



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

12 | 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE




Aus dem Inhalt:

Kindertagesbetreuung 2009

Landwirtschaft 2009

Verfügbares Einkommen 2007

Hochschulen 2008/09



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Thomas Kirschey

Der Anteil der Kinder, die tagsüber außerhalb der Familie betreut werden, nimmt weiter zu. Zum Stichtag 1. März 2009 gingen insgesamt 15 588 Mädchen und Jungen unter 3 Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren 16,1%. Im Jahr 2006 lag diese Quote erst bei 8,8%.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

B e i l a g e n : Kreisfreie Städte und Landkreise – Ein Vergleich in Zahlen
Inhaltsverzeichnis der Statistischen Monatshefte 2009
Lesezeichen

12 | 2009

STATISTISCHE MONATSHEFTE


62. Jahrgang

kurz + aktuell	897
Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Einzelhandel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Soziale Mindestsicherung ■ Studierende ■ Gesund- heit ■ Verkehr	
Verbraucherpreise	909
Rheinland-Pfalz in Karten: Kommunale Steuern und steuerähnliche Einnahmen 2008	910
Kindertagesbetreuung 2009	911
Wieder überdurchschnittliche Getreideernte eingefahren	921
Verfügbares Einkommen in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2007	931
Hochschulen 2008/09	941
Daten zur Konjunktur	957
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	981
Neuerscheinungen	991

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie erhielt im September spürbar mehr Aufträge als im August

Im September verzeichnete das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz einen kräftigen Anstieg der Auftragseingänge. Im Vergleich zum Vormonat belief sich das Plus auf 11,8%. Die inländischen Bestellungen verbesserten sich um 10,1%. Bei der Auslandsnachfrage nach rheinland-pfälzischen Industriegütern war ein Anstieg um 13,4% zu beobachten. Allerdings konnte mit dieser Verbesserung lediglich der urlaubsbedingte Auftragsrückgang des Monats August ausgeglichen werden. Unter den größten rheinland-pfälzischen Branchen erzielte der Fahrzeugbau (+24,6%) im Vormonatsvergleich das stärkste Auftragsplus. Deutliche Zuwächse verzeichneten auch der Maschinenbau (+21,5%) und der Bereich „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (+22,8%).

Das Niveau der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe ist nach wie vor sehr niedrig; darin spiegelt sich der weltweite Konjunkturereinbruch wider. Im September 2009 lag der Indexwert bei 80,8 und damit um 22,9% unter dem des entsprechenden Vorjahresmonats. Die Aufträge aus dem Inland blieben um 19,6% und die aus dem Ausland um 25,6% hinter dem Wert vom September 2008 zurück. Im Vorjahresvergleich ist der Maschinenbau am stärksten betroffen. Dort sind die Auftragseingänge gegenüber September 2008 um 37,2% gesunken.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Indikator	Monatswerte	Veränderung September 2009	
	September 2009 2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingänge (real)			
Industrie	80,8	-22,9% ↓	11,8% ↑
Inland	86,5	-19,6% ↓	10,1% ↑
Ausland	76,4	-25,6% ↓	13,4% ↑
Chemie	70,8	-31,8% ↓	6,3% ↑
Fahrzeugbau	65,5	-17,3% ↓	24,6% ↑
Maschinenbau	84,3	-37,2% ↓	21,5% ↑
Metallerzeugnisse	94,0	-8,4% ↓	22,8% ↑
Bauhauptgewerbe	141,8	-35,6% ↓	18,7% ↑
Umsätze (real)			
Großhandel	113,2	-5,0% ↓	14,7% ↑
Einzelhandel (ohne Kfz)	105,4	-2,5% ↓	1,2% ↑
Kfz-Handel	92,9	2,1% ↑	11,0% ↑
Gastgewerbe	105,3	-3,9% ↓	-2,4% ↓

Die Umsätze im rheinland-pfälzischen Handel stiegen im September wieder. Das größte Umsatzplus erzielte mit 14,7% der Großhandel gefolgt vom Kfz-Handel mit +11%. Der Einzelhandel legte um 1,2% zu, nach einem deutlichen Umsatzrückgang im August. Dagegen musste das Gastgewerbe im Vergleich zum Vormonat einen Umsatzrückgang um 2,4% verkraften.

Im Vergleich zum September 2008 lagen die Umsätze im Handel im Minus, lediglich der Kfz-Handel liegt mit +2,1% im positiven Bereich.

Veränderungen gegenüber August 2009

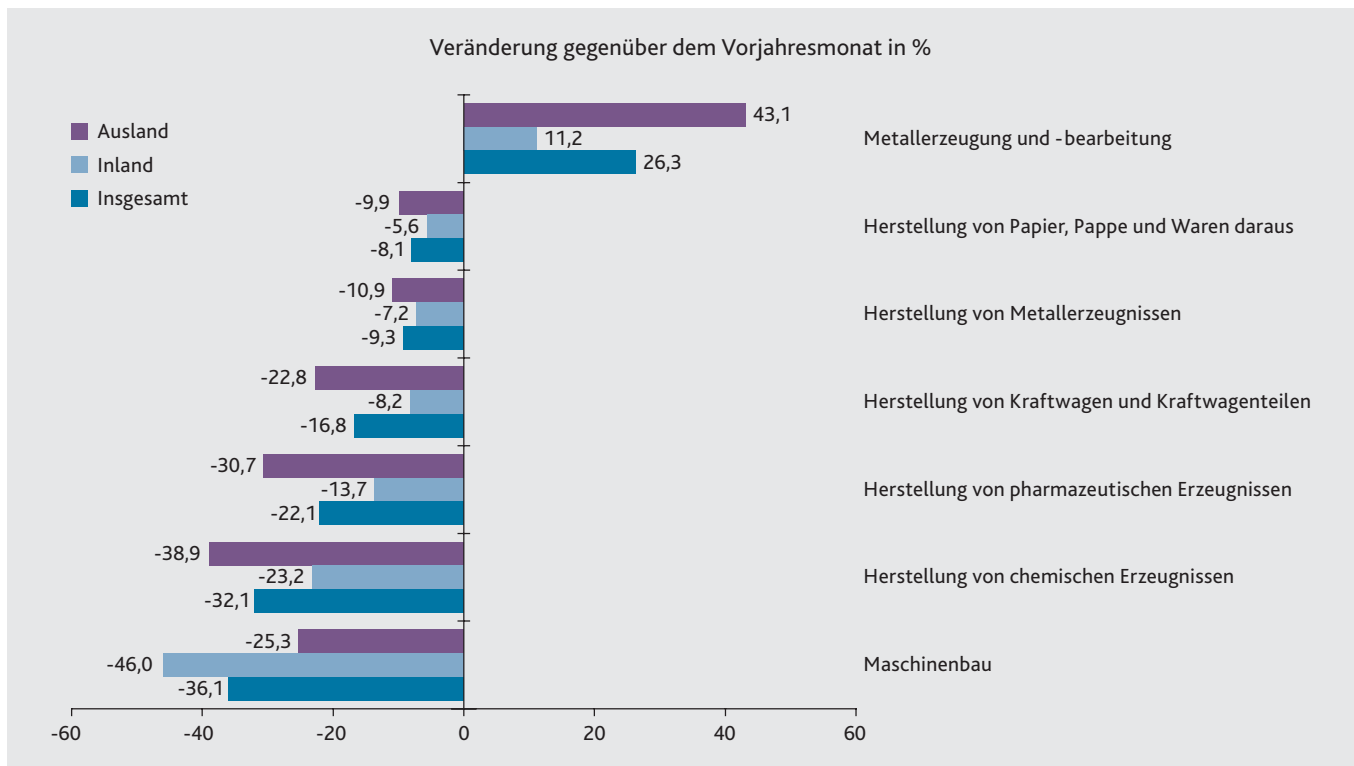
Im Einzelnen haben sich die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe wie folgt geändert.

Im September 2009 erhielt die rheinland-pfälzische Industrie preisbereinigt 12,2% mehr Aufträge als im August (Deutschland: +17,4%). Getragen wurde das Auftragsplus durch eine Zunahme der Bestellungen sowohl aus dem Inland (+10,3%) als auch aus dem Ausland (+13,9%). Von den umsatzstarken Branchen verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, der Maschinenbau und die Hersteller von Metallerzeugnissen die höchsten Zuwachsraten; sie lagen zwischen 21,7 und 25,3%.

Hinweis

Weitere Daten zur Konjunktur finden Sie auf den folgenden Seiten und ab Seite 952 in diesem Heft sowie im Internet unter www.statistik.rlp.de/vgr/index.html

Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe im September 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Die Auslandsnachfrage stieg in diesen Zweigen zwischen 27,6 und 38,4%. Die Hersteller von Papier, Pappe und Waren aus diesen Stoffen, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Hersteller von chemischen und von pharmazeutischen Erzeugnisse registrierten ebenfalls Auftragszuwächse, die sich in einer Spannbreite zwischen 1,5 und 11,7% bewegten. Mit Ausnahme der chemischen Industrie lagen die Zuwächse der Auslandsaufträge höher als die der inländischen Nachfrage.

Minus bei den Bestellungen gegenüber September 2008

Im Vergleich zum September 2008 lag das Ordervolumen preisbereinigt um 22,7% niedriger als ein Jahr

zuvor (Deutschland: -13,1%). Die Bestelltätigkeit aus dem Ausland blieb um 25,3% unter dem Vorjahreswert (Deutschland: -12,2%). Aus dem Inland gingen 19,4% weniger Bestellungen ein als vor einem Jahr (Deutschland: -14,1%).

Von den umsatzstarken Branchen verzeichnete die Metallerzeugung und -bearbeitung den vierten Monat in Folge einen signifikanten Anstieg des Ordervolumens; sie erzielte im Vorjahresvergleich einen Zuwachs von 26,3%. Während sich die Inlandsbestellungen in diesem Zweig um 11,2% verbessert haben, wiesen die Auftragseingänge aus dem Ausland sogar ein Plus von 43,1% auf. Kräftige Auftragsrückgänge hingegen waren wiederum beim Maschinenbau (-36,1%)

sowie bei der Herstellung von chemischen Erzeugnissen (-32,1%) und von pharmazeutischen Erzeugnissen (-22,1%) zu verzeichnen, wobei die negative Entwicklung beim Maschinenbau maßgeblich durch den Rückgang der Inlandsbestellungen (-46%) und in den beiden anderen Branchen durch die Abnahme der Auslandsaufträge (-38,9 bzw. -30,7%) verursacht wurde. Ebenfalls deutliche Einbußen bei den Bestellungen mussten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-16,8%), von Metallerzeugnissen (-9,3%) sowie von Papier, Pappe und Waren aus diesen Stoffen (-8,1%) hinnehmen. Auch in diesen Branchen gingen die Bestellungen aus dem Ausland deutlich stärker zurück als die Inlandsaufträge.

Umsätze von Januar bis September 2009 sowie Beschäftigte der Industrie im September 2009 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Industrieumsätze weiterhin deutlich unter Vorjahresniveau

Beschäftigung sinkt kontinuierlich

Die Wirtschaftskrise hat die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie in den ersten neun Monaten um fast ein Viertel schrumpfen lassen. Auch bei den Arbeitsplätzen werden die Folgen der stärksten Rezession der Nachkriegszeit zunehmend spürbar. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erwirtschafteten von Januar bis September Umsätze in Höhe von 45,9 Mrd. Euro, das waren 23,1%

weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: -21,1%). Der Auslandsumsatz sank in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz um 26,4% (Deutschland: -23,9%), der Inlandsumsatz ging um 19,8% zurück (Deutschland: -18,7%). Die Exportquote liegt damit nahezu unverändert bei 48,3% (Deutschland: 43,8%).

Im September 2009 zählte die rheinland-pfälzische Industrie 242 560 Beschäftigte, das waren 3,2% weniger als vor Jahresfrist (Deutschland: -4,4%). Damit hat sich die Beschäftigungssituation in Rheinland-Pfalz in

diesem Jahr seit März kontinuierlich verschlechtert; bundesweit hatte der Rückgang bereits im Februar eingesetzt. Von Januar bis September wurden 8,5% weniger Arbeitsstunden geleistet als in den ersten neun Monaten 2008 (Deutschland: -9,9%).

Nur zwei Branchen – die Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+1,5%) und der vergleichsweise kleine Wirtschaftszweig „Tabakverarbeitung“ (+5,8%) – erzielten höhere Umsätze als im gleichen Vorjahreszeitraum. Alle anderen Branchen

verzeichneten Rückgänge, die bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, dem zweitgrößten Wirtschaftszweig in Rheinland-Pfalz, besonders deutlich ausfielen (–46,7%). Von der Krise ebenfalls stark betroffen waren die umsatzstarken Branchen wie die Metallherzeugung und -bearbeitung (–29,2%), der Maschinenbau (–26%) sowie die Hersteller von chemischen Erzeugnissen (–23,2%), von Metallerzeugnissen (–21,5%) und von Gummi- und Kunststoffwaren (–21,4%).

In den meisten Wirtschaftszweigen führten die Umsatzeinbußen im September 2009 zu weniger Beschäftigung. Unter den fünf umsatzstärksten Branchen war bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (–6%), den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–4,1%), den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren (–3,8%), dem Maschinenbau (–1,6%) sowie den Herstellern von chemischen Erzeugnissen (–1,2%) eine negative Entwicklung der Beschäftigtenzahlen zu beobachten. Gegen den Trend gab es im September in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+0,9%), der Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (+0,3%) und in der weniger bedeutenden Tabakbranche (+8,6%) einen Anstieg der Beschäftigung.

Im September 2009 verbuchte die rheinland-pfälzische Industrie Umsätze von 5,4 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Rückgang von 21,5% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Das Minus im Inlandsgeschäft

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte	Veränderung September 2009	
	September 2009 2005=100	zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingang	141,8	-35,6 % ↓	18,7 % ↑
Hochbau insgesamt	120,6	-55,9 % ↓	58,5 % ↑
Wohnungsbau	105,1	-37,7 % ↓	38,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	168,6	-43,9 % ↓	91,0 % ↑
öffentlicher Hochbau	59,1	-82,0 % ↓	3,4 % ↑
Tiefbau insgesamt	161,3	-5,7 % ↓	1,3 % ↗
gewerblicher Tiefbau	124,7	-36,0 % ↓	-30,3 % ↓
öffentlicher Tiefbau	132,6	-17,3 % ↓	41,7 % ↑
Straßenbau	189,3	11,3 % ↑	-1,6 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	148,4	10,3 % ↑	20,4 % ↑
Hochbau insgesamt	133,3	3,0 % ↑	16,8 % ↑
Wohnungsbau	113,2	-5,0 % ↓	5,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	161,8	13,5 % ↑	30,1 % ↑
öffentlicher Hochbau	109,3	-8,5 % ↓	3,6 % ↑
Tiefbau insgesamt	163,2	17,0 % ↑	23,4 % ↑
gewerblicher Tiefbau	168,9	4,3 % ↑	9,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	138,2	22,2 % ↑	46,3 % ↑
Straßenbau	177,0	19,2 % ↑	19,0 % ↑

fiel mit 21,6% um 0,3 Prozentpunkte stärker aus als beim Auslandsumsatz. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 8,9%.

Positive Entwicklung der Baukonjunktur

Die rheinland-pfälzische Baukonjunktur zeigte im September dieses Jahres eine positive Entwicklung; verglichen zum Vormonat sind die Auftragseingänge um 18,7% gestiegen. Dieses Auftragsplus ist vor allem auf die gute Auftragslage im Hochbau (+58,5%) – und hier insbesondere im gewerblichen Hochbau (+91%) – zurückzuführen. Aber auch im öffentlichen

Hochbau ist die Nachfrage nach Bauleistungen, nach dem kräftigen Rückgang im Vormonat, wieder gewachsen (+3,4%). Im Tiefbau hat sich die Auftragslage verglichen mit August 2009 zwar insgesamt leicht verbessert (+1,3%), aber lediglich für den Bereich des öffentlichen Tiefbaus ist ein Zuwachs an Aufträgen festzuhalten (+41,7%). Dagegen mussten sowohl der gewerbliche Tiefbau (–30,3%) als auch der Straßenbau (–1,6%) Nachfragerückgänge hinnehmen.

Verglichen mit September 2008 konnte nur der Straßenbau bei den Auftragseingängen zulegen (+11,3%). Alle anderen Bereiche des Bauhauptgewerbes mussten gegenüber dem

Vorjahresmonat Einbußen bei den Auftragseingängen hinnehmen, wobei der stärkste Rückgang für den öffentlichen Hochbau zu verzeichnen war (–82%).

Die baugewerblichen Umsätze entwickelten sich im September 2009 positiv, sowohl gegenüber dem Vormonat (+20,4%) als auch im Vergleich zum Vorjahresmonat (+10,3%). Verglichen mit August 2009 konnten sämtliche Bereiche ihren Umsatz steigern, insbesondere der öffentliche Tiefbau (+46,3%) und der gewerbliche Hochbau (+30,1%). Gegenüber September 2008 sind die baugewerblichen Umsätze im September dieses Jahres lediglich im Wohnungsbau (–5%) sowie im öffentlichen Hochbau (–8,5%) niedriger ausgefallen.

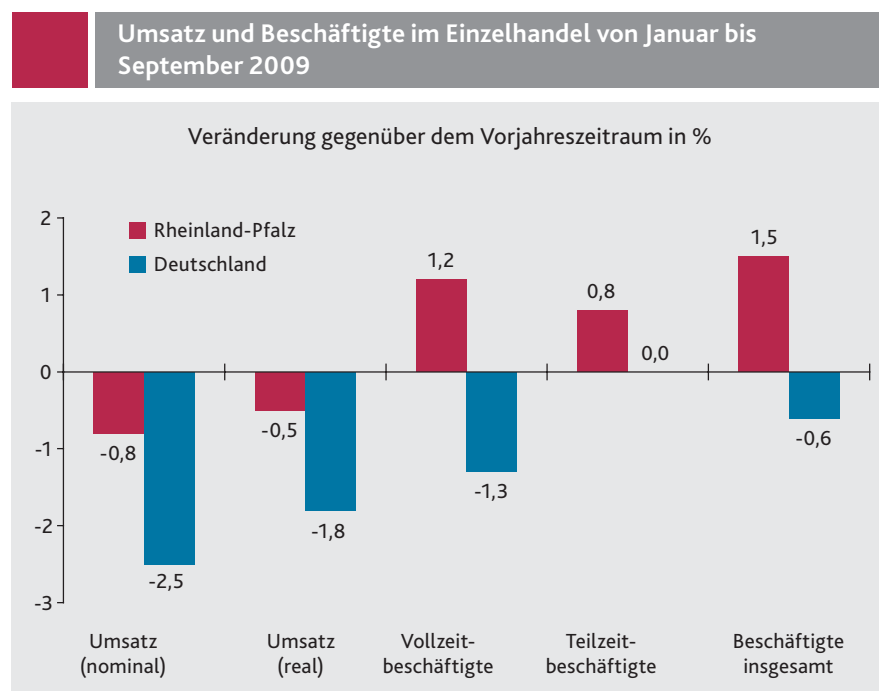
Einzelhandel verzeichnet

Umsatzrückgang

Mehr Beschäftigte

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel bekommt die Konsumzurückhaltung der Kunden infolge der Wirtschaftskrise zu spüren. Die Einzelhandelsumsätze waren in den ersten neun Monaten 2009 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 0,8% niedriger als im Vorjahreszeitraum. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, gingen die Umsätze um 0,5% zurück (Deutschland: nominal: –2,5%, real: –1,8%).

Den stärksten Umsatzrückgang verzeichnete in Rheinland-Pfalz der „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“, zu dem Supermärkte, SB-Warenhäuser und Verbrauchermär-



kte gehören (nominal: –2,4%, real: –2,5%). Der Handel mit „Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“ setzte ebenfalls weniger um (nominal: –1%, real: –1,3%). Positiv entwickelte sich der sonstige Facheinzelhandel, zu dem z. B. die Branchen Bekleidung, Schuhe und Lederwaren gehören (nominal: +3,3%, real: +2,1%). Einen nominalen Umsatzrückgang um 2,2% gab es im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik. Ursache hierfür war jedoch nicht die geringere Nachfrage, sondern ein deutlicher Preisrückgang; real ergab sich ein Umsatzplus von 6,4%. Eine nominale Umsatzsteigerung von 2,4% verzeichnete der „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“, zu dem u. a. Möbelhäuser und Baumärkte gehören. Real gingen die Umsätze allerdings um

0,7% zurück. Auch der Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren legte nominal zu, setzte aber real weniger um (nominal: +1,8%, real: –0,3%).

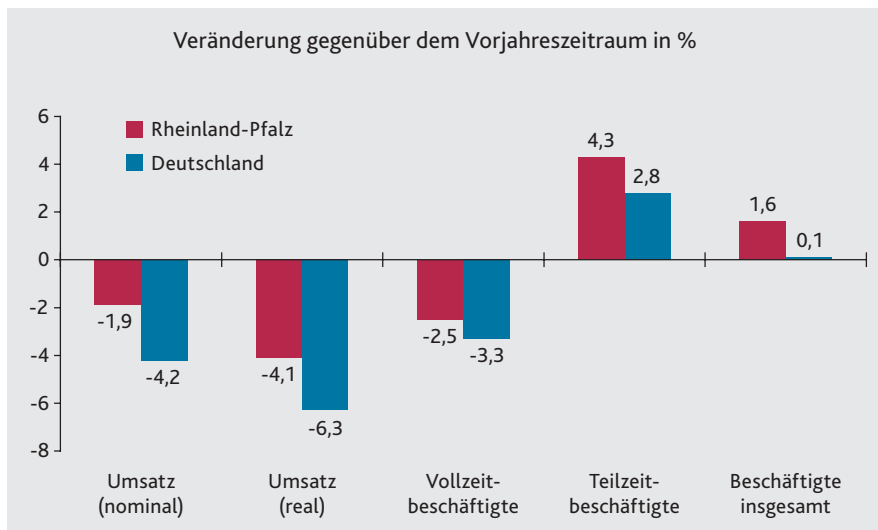
Die Beschäftigtenentwicklung des rheinland-pfälzischen Einzelhandels stand in den ersten neun Monaten unter positiven Vorzeichen. Sowohl die Zahl der Vollzeitkräfte als auch die der Teilzeitbeschäftigten nahm zu. Besonders stark stieg die Beschäftigung im „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten usw.“ (Vollzeitkräfte: +5,5%; Teilzeitkräfte: +2,1%).

Umsatzminus im Gastgewerbe

Weniger Vollzeitstellen, mehr Teilzeitbeschäftigung

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe musste im Zeitraum von Januar bis September 2009 einen Umsatzrückgang verkraften. Die Umsätze waren

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe von Januar bis September 2009



nominal um 1,9% niedriger als im Vorjahreszeitraum. Real lagen die Umsätze um 4,1% unter dem Vorjahreswert. Damit fiel der Rückgang schwächer aus als im Bundesdurchschnitt (nominal: -4,2%, real: -6,3%).

Im rheinland-pfälzischen Beherbergungsgewerbe lagen die Umsätze in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 nominal um 4,4% und real um 6,7% unter den Vorjahreswerten. Dies dürfte vor allem mit der Reisezurückhaltung aufgrund der Wirtschaftskrise zu erklären sein. Auf den Beherbergungsbereich entfallen etwa 40% der Umsätze des Gastgewerbes.

Im Bereich der Gastronomie, in dem etwa 60% der Gastgewerbeumsätze erwirtschaftet werden, fiel das Umsatzminus deutlich geringer aus (nominal: -0,2%, real: -2,2%). In der speisengeprägten Gastronomie, zu der Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben zählen, nahmen die Umsätze nominal um 1,3% zu,

während die Umsätze real um 0,8% unter denen des Vorjahreszeitraums lagen. Der durch den Ausschank von Getränken geprägte Teil der Gastronomie konnte zwar eine nominale Umsatzsteigerung um 2,5% verzeichnen, real sanken die Umsätze dort aber um 4,6%. Einen deutlichen Umsatzrückgang mussten die Caterer und Erbringer sonstiger Verpflegungsdienstleistungen hinnehmen. Die Umsätze blieben in diesem Segment nominal um 8,2% und real um 10,3% hinter denen des Vorjahreszeitraums zurück. Eine mögliche Erklärung für den Umsatzeinbruch in diesem Segment ist die im Vergleich zu den anderen Bereichen größere Abhängigkeit von Firmenkunden, die ihre Nachfrage in der Wirtschaftskrise stärker reduzierten als private Verbraucher.

Die Zahl der Beschäftigten im Gastgewerbe lag in den ersten drei Quartalen des Jahres 2009 um 1,6% höher als im Vorjahreszeitraum. Allerdings

wurden Vollzeitbeschäftigte durch Teilzeitbeschäftigte ersetzt: Während die Zahl der Teilzeitkräfte um 4,3% zunahm, ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 2,5% zurück.

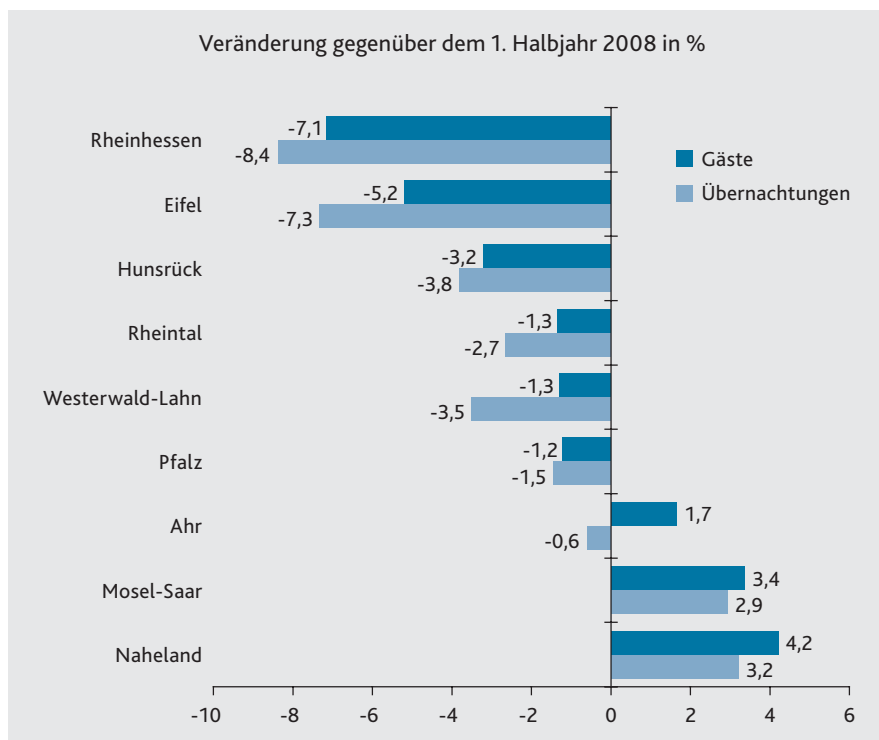
Tourismus leicht im Minus

Übernachtungen ausländischer Gäste nahmen zu

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche konnte in den ersten drei Quartalen 2009 nicht ganz an das Rekordergebnis des Vorjahres anknüpfen, erzielte aber trotz leichter Rückgänge eines der besten Resultate der vergangenen zehn Jahre. Von Januar bis September kamen knapp 5,9 Mill. Gäste. Das waren 0,8% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum, der den bisherigen Höchststand markierte. Gut 16,4 Mill. Übernachtungen bedeuteten das viertbeste Ergebnis seit 1999; gegenüber dem Vorjahreszeitraum war ein Rückgang um 1,6% zu verzeichnen. Das Minus wäre noch deutlicher ausgefallen, hätten die Gäste aus dem Ausland nicht für ein Übernachtungsplus von 1,1% gesorgt. Die Übernachtungszahl der Gäste aus Deutschland sank um 2,4%.

Gäste aus dem Ausland buchten knapp ein Viertel aller Übernachtungen, wobei die Niederländer mit Abstand für die größte Nachfrage sorgten. Auf sie entfielen gut 1,7 Mill. Übernachtungen, das waren rund 96 000 mehr als ein Jahr zuvor (+5,4%). Auf Rang zwei lagen die Gäste aus Belgien mit gut 703 000 Übernachtungen, 16 000 mehr als im Vorjahreszeitraum (+2,4%). Gäste aus den USA

Gäste und Übernachtungen im 1. Halbjahr 2009 nach Tourismusregionen



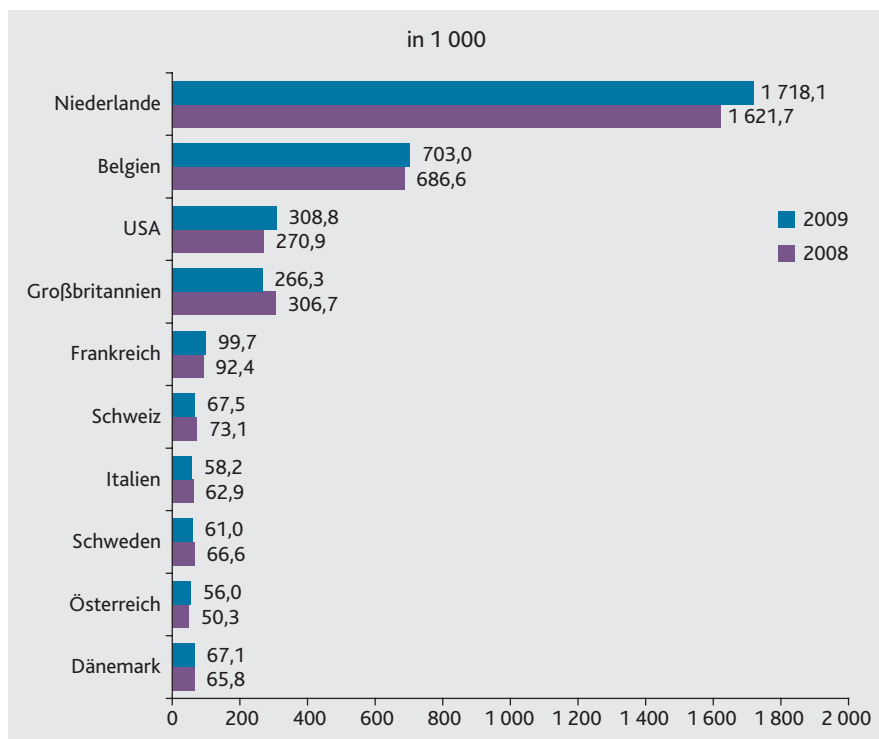
buchten rund 309 000 Übernachtungen, fast 38 000 mehr als in den ersten neun Monaten 2008 (+14%). Sie schoben sich damit auf Rang drei der wichtigsten Herkunftsländer und überholten die Briten, deren Übernachtungszahl um gut 40 000 sank (-13,2%).

In den neun rheinland-pfälzischen Tourismusregionen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Die Anbieter in den Regionen Naheland und Mosel-Saar freuten sich über ein Übernachtungsplus, während in allen anderen Fremdenverkehrsgebieten Rückgänge zu verzeichnen waren. Schlusslichter waren die Regionen Eifel und Rheinhausen.

Ähnlich uneinheitlich war die Entwicklung bei den verschiedenen touristischen Betriebsarten. Eine höhere Nachfrage verzeichneten lediglich Privatquartiere und Gasthöfe. Bei den übrigen Betriebsarten war die Zahl der Übernachtungen in den ersten neun Monaten rückläufig. Ein deutliches Minus mussten dabei die Anbieter von Ferienhäusern und Ferienwohnungen verbuchen.

Im Monat September, der traditionell zu den stärksten Monaten im rheinland-pfälzischen Tourismus gehört, konnte mit 928 000 Gäste nahezu an das Vorjahresergebnis angeknüpft werden. Die Übernachtungszahlen sanken jedoch um 0,7% auf 2,6 Mill. Auch im September stand einem deutlichen Rückgang der Nachfrage aus dem Inland (Gäste: -0,9%, Übernachtungen: -2,5%) ein starker Zuwachs aus dem Ausland gegenüber (Gäste: +3,2%, Übernachtungen: +6,7%).

Übernachtungen von Januar bis September 2008 und 2009 nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern



Rund 293 000 Menschen auf Mindestsicherung angewiesen – Deutschlandweit drittniedrigste Quote

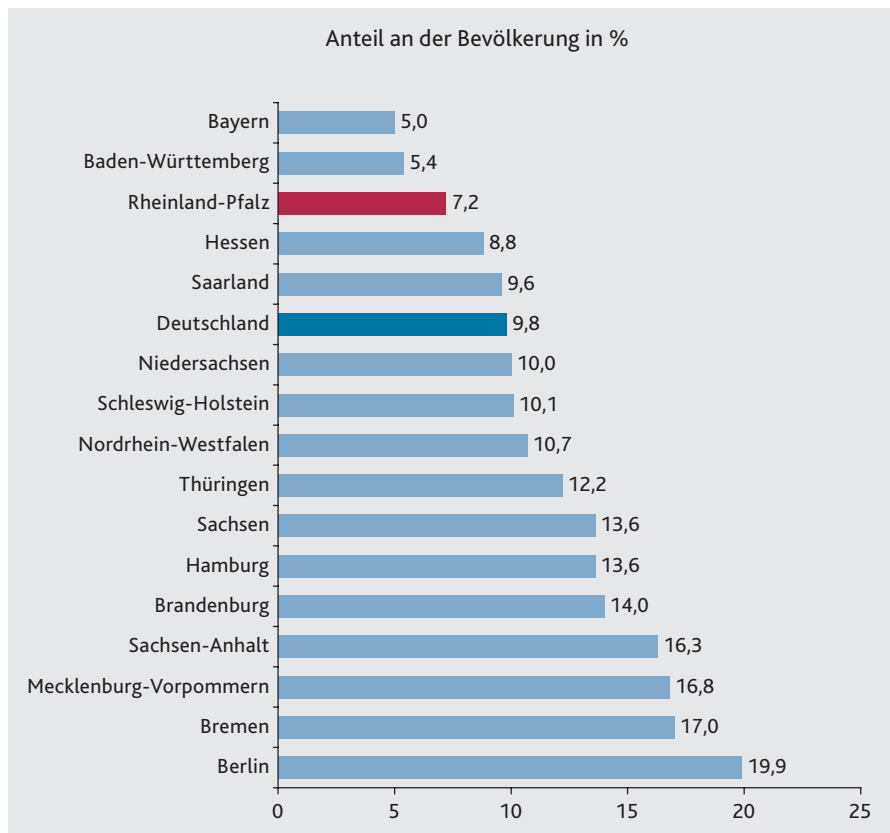
In Rheinland-Pfalz waren Ende des Jahres 2007 rund 293 000 Menschen auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen, um ihren grundlegenden Lebensunterhalt zu sichern. Damit erhielten 7,2% der gut 4 Mill. Einwohner Leistungen der sozialen Mindestsicherung. Im Vergleich der Bundesländer wies Rheinland-Pfalz die drittniedrigste Quote auf. Lediglich in Bayern (5%) und Baden-Württemberg (5,4%) waren die Anteile geringer. Deutschlandweit waren 9,8% der Bevölkerung, also rund jeder Zehnte, auf finanzielle Hilfen des Staates angewiesen.

Zu den Transferleistungen der sozialen Mindestsicherungssysteme zählen:

- Arbeitslosengeld II / Sozialgeld nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch („Hartz IV“, SGB II „Grundsicherung für Arbeitsuchende“),
- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII „Sozialhilfe“,
- Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und
- Leistungen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Der weitaus größte Teil der Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können,

Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2007 nach Ländern



erhielt den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit zufolge sogenannte Hartz-IV-Leistungen. In Rheinland-Pfalz gab es Ende 2007 rund 250 000 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung für Arbeitssuchende, das waren 7,7% der Bevölkerung unter 65 Jahren (Deutschland: 10,7%). Davon erhielten knapp 175 000 als Erwerbsfähige Arbeitslosengeld II. Bei den restlichen rund 75 000 handelte es sich um nicht erwerbsfähige Familienangehörige – insbesondere Kinder –, denen das sogenannte Sozialgeld gezahlt wurde.

Rund 32 000 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2007 Leistungen der Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren 14 900 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen dauerhaft voller Erwerbsminderung, knapp 17 200 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter.

Die „originäre Sozialhilfe“, also die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) an Bedeutung verloren. Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungs-

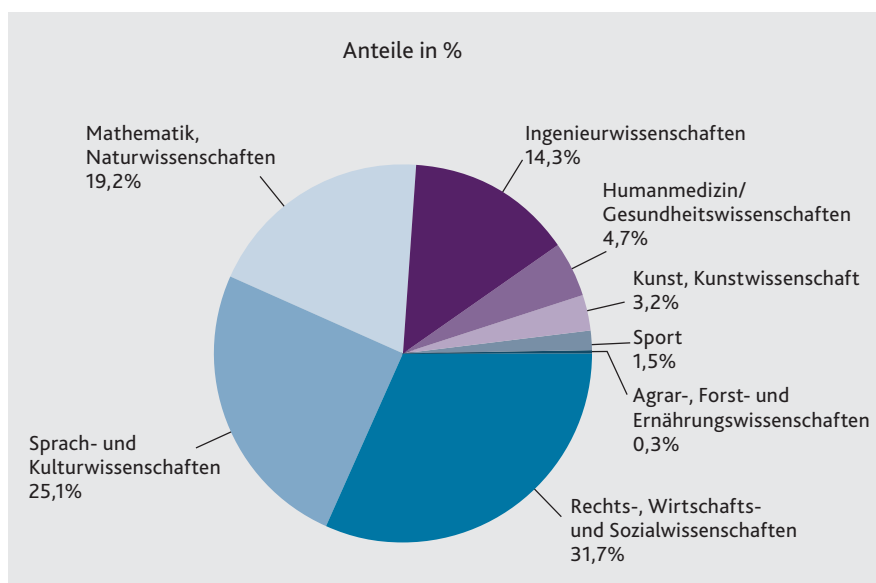
träger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2007 auf 10 000 Einwohner gut sieben Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt.

Diese Angaben sowie weitere ausführliche Ergebnisse enthält die Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2007“, die als PDF-Datei kostenfrei heruntergeladen werden kann (www.statistik.rlp.de/verlag/gesamt/sonstiges/Soziale_Mindestsicherung_2007.pdf). Die Publikation ist Teil des Projekts „Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik“, das in dieser Form seit Mitte 2006 von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt wird.

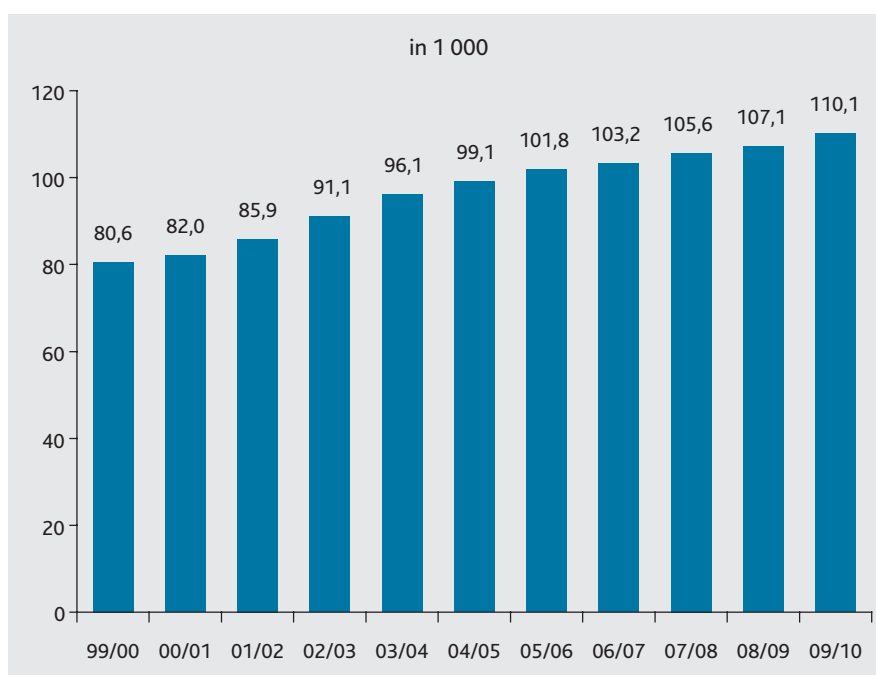
Soviel Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen wie noch nie

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen studieren so viele Menschen wie noch nie, und auch die Zahl der Studienanfänger hat einen neuen Höchststand erreicht. Zu Beginn des laufenden Wintersemesters 2009/10 waren insgesamt 110 079 Studierende eingeschrieben. Das waren 2 963 mehr als im Vorjahr (+2,8%). Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger ist gegenüber dem vorigen Wintersemester um 9,4% auf 15 910 gestiegen.

Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen im Wintersemester 2009/10¹⁾ nach Fächergruppen



Studierende an rheinland-pfälzischen Hochschulen in den Wintersemestern 1999/2000–2009/10



Die absolut höchsten Zuwächse bei den Studierenden verzeichneten die Universität Koblenz-Landau (+1 033) und die Technische Universität Kaiserslautern (+810). Unter den Fach-

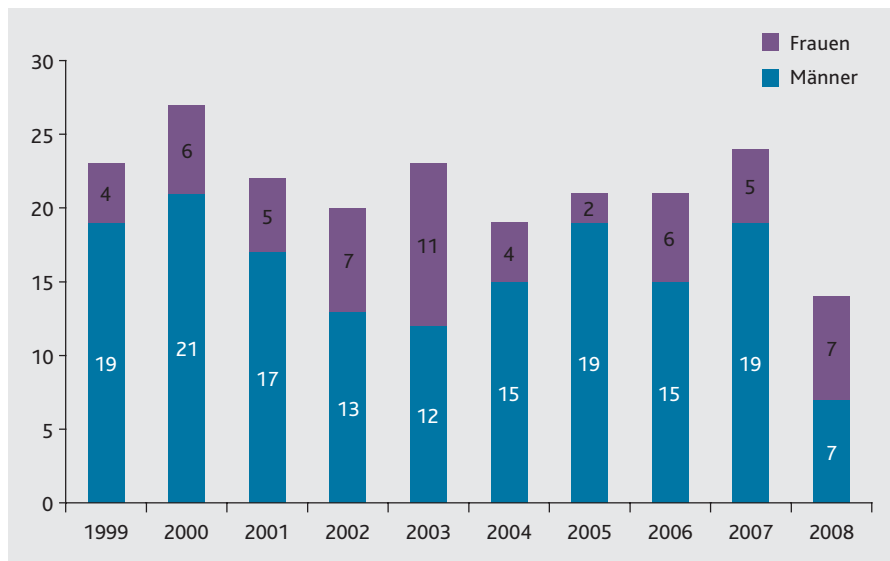
hochschulen erreichte die FH Koblenz (+351) vor der FH Ludwigshafen (+249) die größte Zunahme. An fünf Einrichtungen lag die Zahl der Immatrikulierten – gegen den Trend – niedriger

als im vergangenen Wintersemester. Die größten Rückgänge verzeichneten die Fachhochschule Worms (–67) und die Fachhochschule Mainz (–51).

Fast ein Drittel der angehenden Akademikerinnen und Akademiker belegen Studiengänge im Bereich der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (31,7%). Gut ein Viertel der Studierenden wird in sprach- und kulturwissenschaftlichen Fächern ausgebildet (25,1%). Auf den Bereich Mathematik, Naturwissenschaften entfallen 19,2%, auf die Ingenieurwissenschaften 14,3% und auf die Fächergruppe Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften 4,7% der Hörerschaft. In den übrigen Fächergruppen sind 5% der Studierenden eingeschrieben.

Auch in den nächsten Jahren ist mit deutlich steigenden Studierendenzahlen zu rechnen. Gründe hierfür sind u. a. die relativ geburtenstarken Jahrgänge der 1990er-Jahre und der wachsende Anteil von Abiturienten. Im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 haben sich Bund und Länder daher darauf verständigt, die Ausbildungskapazitäten der Hochschulen spürbar zu erhöhen. Auf dieser Grundlage verpflichtete sich Rheinland-Pfalz, von 2007 bis 2010 insgesamt rund 5 800 Studienanfängerinnen und -anfänger im ersten Hochschulsemester mehr aufzunehmen als im Studienjahr 2005 (Sommersemester 2005 und Wintersemester 2006). Hierfür stellen das Land und der Bund bis zum Jahr 2010 jeweils 28 Mill. Euro zur Verfügung.

Todesfälle durch Aids 1999–2008



Immunschwächekrankheit Aids forderte binnen zehn Jahren 214 Todesopfer

In den vergangenen zehn Jahren sind in Rheinland-Pfalz 214 Menschen an Aids gestorben.

Drei Viertel der von 1999 bis 2008 in Rheinland-Pfalz an Aids Gestorbenen waren Männer. Überwiegend starben Menschen mittleren Alters. Zwei Drittel waren zwischen 30 und 50 Jahre alt, und 5% waren jünger als 30 Jahre.

Mit 14 Todesfällen war die Zahl der an Aids Gestorbenen im Jahr 2008 besonders niedrig. Doch daraus auf einen grundsätzlich rückläufigen Trend zu schließen, wäre verfrüht. Bei diesen niedrigen Zahlen wirken sich zufällige Einflüsse besonders stark aus.

Nach Schätzungen der UNO sind weltweit 33,4 Mill. Menschen HIV-

infiziert, 90% der Infizierten leben in Entwicklungsländern. In Deutschland leben etwa 67 000 Menschen mit einer HIV-Infektion.

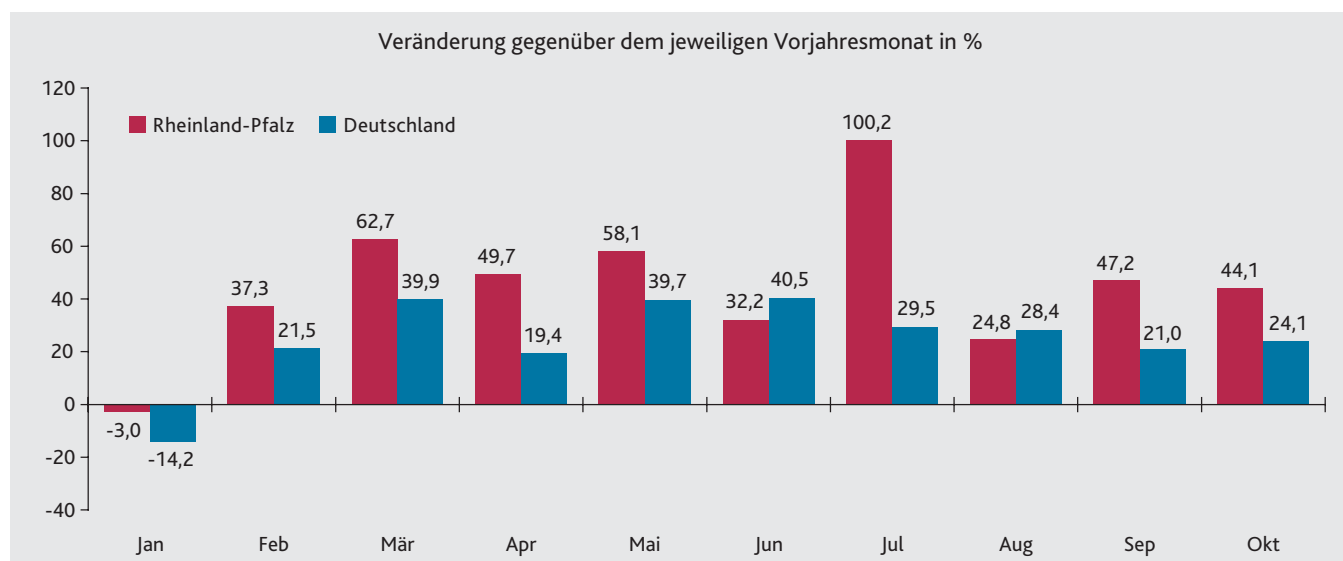
Starker Anstieg der Pkw-Neuzulassungen in den ersten zehn Monaten

Auslaufen der Abwrackprämie im Oktober noch nicht spürbar

Die Abwrackprämie für Pkw hat in Rheinland-Pfalz in den ersten zehn Monaten des Jahres 2009 die Neuzulassungen von Personenkraftwagen kräftig in die Höhe schnellen lassen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der neu zugelassenen Pkw um 49 000 auf 154 818 (+46,3%). Der Zuwachs lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 25,9%.

Die letzten Anträge auf die Abwrackprämie wurden Anfang September beim Bundesamt für Ausfuhrkon-

Pkw-Neuzulassungen von Januar bis Oktober 2009



trolle (BAFA) eingereicht. Wegen langer Lieferzeiten schlug sich das Auslaufen dieser Förderung jedoch noch nicht auf die Zulassungszahlen nieder. Sie lagen im Oktober um rund 44% höher als im gleichen Vorjahresmonat. Experten rechnen damit, dass bis in den Sommer 2010 hinein Autos zugelassen werden, deren Käufer von der Umweltpremie profitieren.

Der starke Anstieg der Pkw-Neuzulassungen hatte kaum Einfluss auf den Gebrauchtwagenmarkt. Insgesamt ging die Zahl der Besitzumschreibungen gebrauchter Pkw in Rheinland-Pfalz in den ersten zehn Monaten nur um 2,4% auf 278 324 zurück (Deutschland: -2,2%).

Bei den Neuzulassungen anderer Fahrzeugarten waren im Gegensatz zum Pkw-Sektor jeweils zweistellige Rückgänge zu verzeichnen. Von Januar bis Oktober 2009 wurden im Land insgesamt 7 219 neue Lastkraftwagen zugelassen, das waren 24,1% weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Daneben gab es noch 7 972 Neuzulassungen für Krafträder (-14,9%) und 2 643 Neuzulassungen für Zugmaschinen (-21,2%).

Weniger Todesopfer und Verletzte bei Verkehrsunfällen

Von Januar bis September 2009 verloren auf rheinland-pfälzischen Straßen bei Verkehrsunfällen 179 Menschen

ihr Leben. Das waren zwei weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Bei Verkehrsunfällen wurden 2 955 Unfallbeteiligte schwer verletzt, das waren 5,7% weniger als in den ersten neun Vorjahresmonaten. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 12 403 um 2,7% unter dem Vorjahreswert. Insgesamt registrierte die Polizei 92 074 Verkehrsunfälle, 0,2% weniger als in den ersten drei Quartalen 2008. Noch deutlicher zurückgegangen ist die Zahl der Unfälle, bei denen Menschen zu Schaden kamen; sie sank um 3% auf 11 843. Bei 80 225 Unfällen entstand lediglich Sachschaden, der in 4 963 Fällen als schwerwiegend eingestuft wurde.

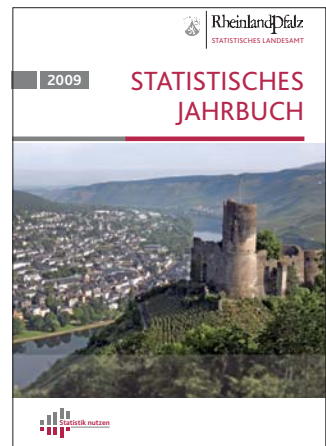
Aus der amtlichen Statistik

Statistisches Jahrbuch 2009 erschienen**Ein bewährter und zeitgemäßer Datenquerschnitt für Rheinland-Pfalz**

Neben einem Angebot an wirtschaftsstatistischen Daten und Informationen über die öffentlichen Finanzen bietet das Statistische Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2009 erneut mit Inhalten zu Bevölkerung, Bildung, Gesundheitswesen, Sozialem, Verkehr und Umwelt sowie vielen anderen Gebieten einen guten Einblick in die gesellschaftlichen und infrastrukturellen Gegebenheiten von Rheinland-Pfalz.

Das Statistische Jahrbuch wird kontinuierlich dem sich wandelnden Informationsangebot sowie der veränderten Datennachfrage angepasst. Es zeichnet in 23 Kapiteln ein umfassendes Bild des Landes und enthält darüber hinaus Regionaldaten zu ausgewählten Themen. Die 56 Grafiken mit kurzen Kommentierungen rücken wesentliche Strukturen, Entwicklungen und Zusammenhänge in das Blickfeld. Rund 600 Tabellen geben detailliert Auskunft über langfristige Zeitreihen, aktuelle Veränderungen und strukturelle Zusammenhänge.

Das Statistische Jahrbuch kann zum Preis von 18 Euro einschließlich Versandkosten bestellt werden bei: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Vertrieb, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603 71-2450, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de. Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen stehen als PDF zum kostenlosen Download zur Verfügung unter www.statistik.rlp.de/verlag/index.html#jb

**Kreisfreie Städte und Landkreise 2009**

Soeben ist die Veröffentlichung »Kreisfreie Städte und Landkreise Rheinland-Pfalz – ein Vergleich in Zahlen« in der Ausgabe 2009 erschienen. Dort werden in 62 Regionaltabellen – unterstützt durch grafische und kartografische Aufbereitungen – für alle kreisfreien Städte und Landkreise Daten zu unterschiedlichen Themenbereichen dargestellt. Statistiken, die im Ergebnis jährlich auch regionalstatistische Daten liefern, stehen hier im Vordergrund.

Die diesjährige Ausgabe wurde wiederum etwas erweitert. Neu aufgenommen wurde eine Auswertung aus dem Unternehmensregister zur Zahl der in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen nach Wirtschaftsabschnitten. Auch im Themenbereich Umwelt ist durch die Aufnahme von Merkmalen zu den Trinkwasserentgelten und der Klärschlamm Entsorgung eine Tabelle hinzugekommen. Vereinzelt wurde zudem der Informationsgehalt bestehender Tabellen durch zusätzliche oder geänderte Nachweisungen verbessert.

Gezielte Anmerkungen ergänzen die tabellarischen Darstellungen. Daneben wird ein Hinweis auf die Aktualisierungstermine der zugrunde liegenden Statistiken gegeben.

Die Veröffentlichung »Kreisfreie Städte und Landkreise Rheinland-Pfalz 2008« umfasst 144 Seiten und wird im DIN A4-Format (Pappband, Klebebindung) zum Preis von 11,50 Euro angeboten. Sie ist diesem Statistischen Monatsheft als Beilage beigelegt.

Sowohl die aktuelle Ausgabe als auch ältere Publikationen stehen als PDF zum kostenlosen Download zur Verfügung unter www.statistik.rlp.de/verlag/index.html#lk



Verbraucherpreise im November 2009

Die Verbraucherpreise lagen im November um 0,3% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Von Mai bis Oktober 2009 hatten die Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz jeweils unter dem Vorjahresniveau gelegen. Gegenüber November 2008 stiegen die Preise in der Hauptgruppe Verkehr um 2,7%. Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren in erster Linie die Kraftstoffpreise, die binnen Jahresfrist deutlich stiegen (+6,2%). Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl) verbilligte sich insgesamt um 6,8%, wobei die Preise für Gas (-19,3%) und Heizöl (-14,6%) deutlich zurückgingen, während Strom sich merklich verteuerte (+5,9%). Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verbilligten sich um 2,1% gegenüber November vergangenen Jahres. Insbesondere

die Preise für Gemüse (-10,3%) sowie Molkereiprodukte und Eier (-4,3%) sanken binnen Jahresfrist deutlich. Brot und Getreideerzeugnisse kosteten im Durchschnitt etwa so viel wie vor einem Jahr. Alkoholische Getränke und Tabakwaren verteuerten sich dagegen binnen Jahresfrist merklich (+3,7%).

Gegenüber dem Vormonat sank der Verbraucherpreisindex leicht um 0,1%. In den Hauptgruppen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (-0,7%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (-0,7%) waren gegenüber Oktober 2009 überdurchschnittliche Preisrückgänge zu verzeichnen. Günstig für die Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelten sich auch die Preise für „Bekleidung und Schuhe“ (-2%).

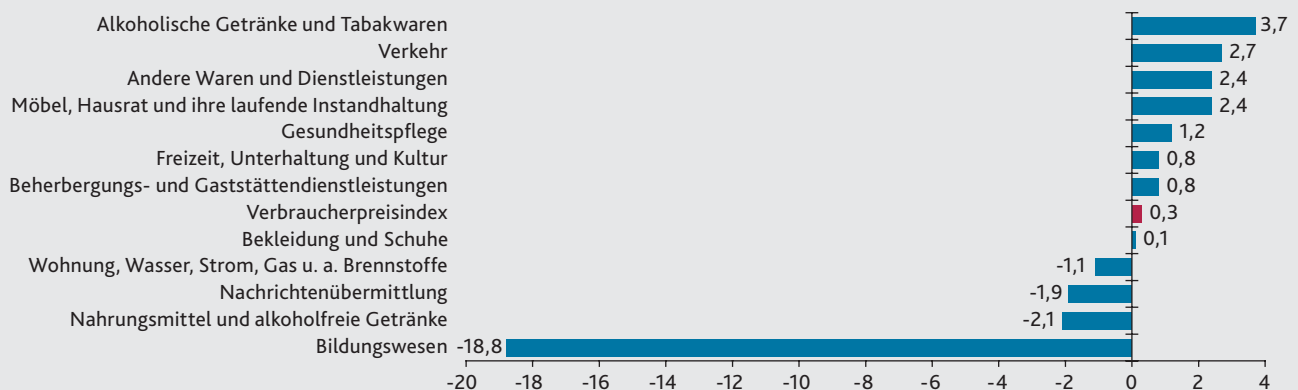
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

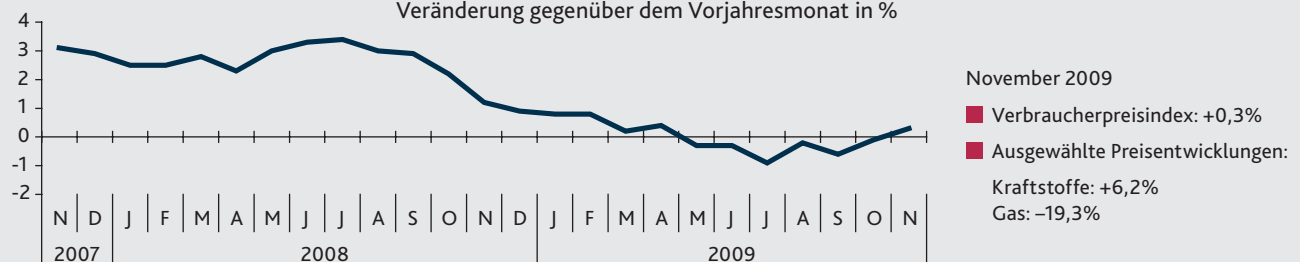
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preismittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2.000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 17.000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im November 2009

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber November 2008 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

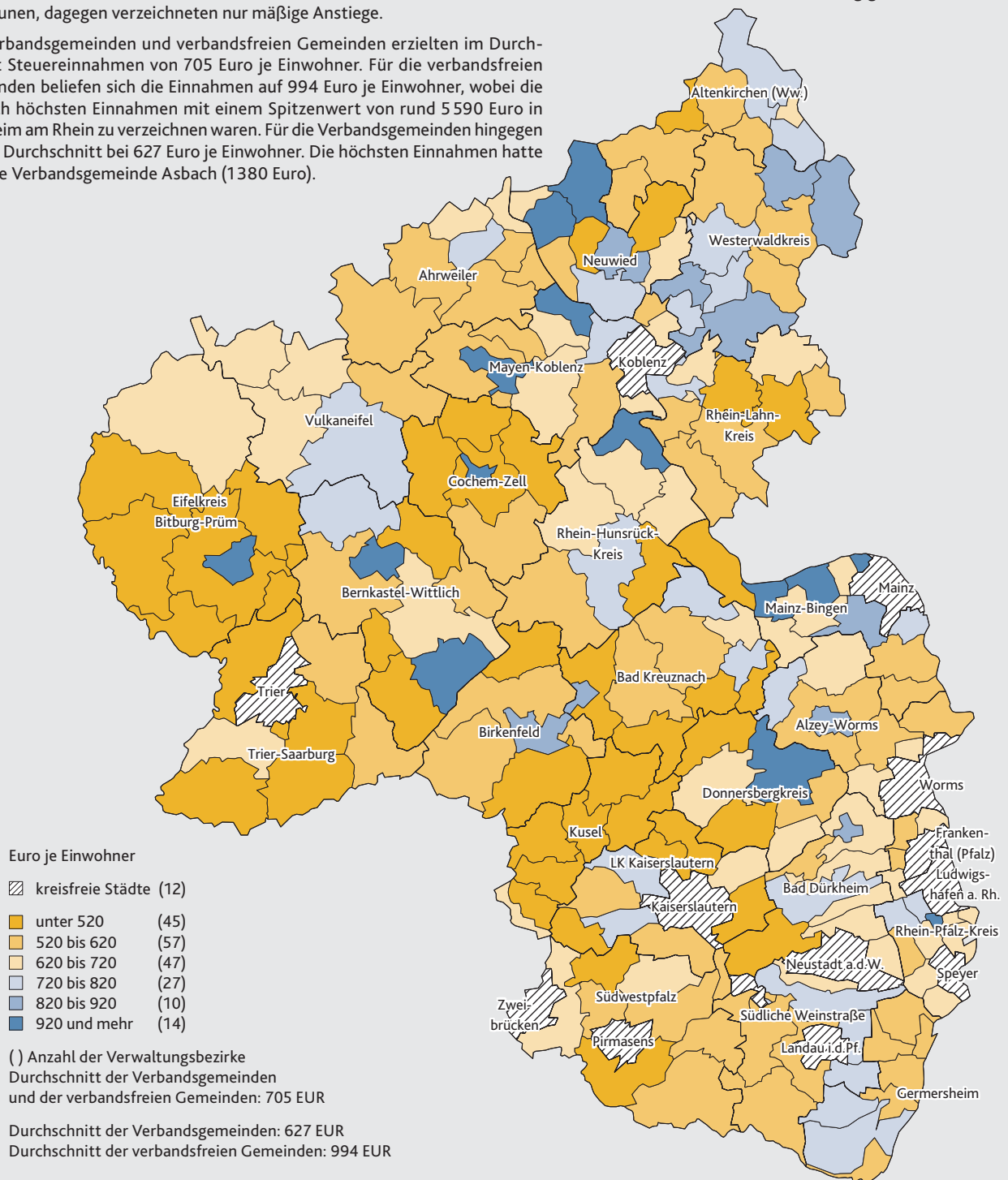


Kommunale Steuern und steuerähnliche Einnahmen 2008

Positive Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen der rheinland-pfälzischen Kommunen sind 2008 trotz der sich gegen Ende anbahnenden Wirtschaftskrise im Durchschnitt weiter gestiegen. Konkret gab es Zuwächse in 133 von 163 Verbandsgemeinden und in 28 von 37 verbandsfreien Gemeinden. Am stärksten erhöhte sich dabei der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Realsteuern, die aufkommensmäßig größte Steuer der Kommunen, dagegen verzeichneten nur mäßige Anstiege.

Die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden erzielten im Durchschnitt Steuereinnahmen von 705 Euro je Einwohner. Für die verbandsfreien Gemeinden beliefen sich die Einnahmen auf 994 Euro je Einwohner, wobei die deutlich höchsten Einnahmen mit einem Spitzenwert von rund 5 590 Euro in Ingelheim am Rhein zu verzeichnen waren. Für die Verbandsgemeinden hingegen lag der Durchschnitt bei 627 Euro je Einwohner. Die höchsten Einnahmen hatte dort die Verbandsgemeinde Asbach (1 380 Euro).



Kindertagesbetreuung 2009

Weiterer Anstieg der Betreuungsquoten

Von Gerhard Hehl und Günter Ickler

Der Anteil der Kinder, die tagsüber außerhalb ihrer Familie betreut werden, nimmt weiter zu. Im März 2009 nahmen in Rheinland-Pfalz gut 139 000 Kinder eine Betreuungseinrichtung in Anspruch. Weitere 3 300 Kinder wurden von einer Tagesmutter oder von einem Tagesvater betreut.

Insbesondere das Angebot für unter 3-Jährige wurde ausgeweitet; deren Betreuungsquote liegt jetzt bei 17,5%. Dabei bestehen große regionale Unterschiede: In den nördlichen Landesteilen sind die Betreuungsquoten eher niedriger als in den südlichen Regionen. Im Jahr 2006 lag der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter im Landesdurchschnitt noch bei 9,4%.

Mehr als 141 000 Kinder in Tagesbetreuung

139 115 Kinder
in Tages-
einrichtungen

Im März 2009 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 417 Tageseinrichtungen, in denen 139 115 Kinder betreut wurden. Neben Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 25 577 Hortplätze für Schulkinder enthalten. Über 70% der versorgten Kinder waren zwischen drei und sechs Jahre, gut 11% der Kinder waren jünger als drei Jahre und rund 18% zwischen sechs und 14 Jahre.

3 321 Kinder
bei registrierter
Tagesmutter
oder -vater

Außerdem wurden 3 321 Kinder von einer bzw. einem bei einem Jugendamt registrierten Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut. Von diesen Kindern besuchten 1 021 zusätzlich auch eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagschule. Damit hatten insgesamt 141 415 Kinder tagsüber eine Betreuung außerhalb des Elternhauses.

T 1		Kinder in Tagesbetreuung 2009	
Betreute Kinder insgesamt ¹⁾		141 415	
Tageseinrichtungen	In Einrichtungen betreute Kinder ¹⁾	139 115	
	unter 3-Jährige	15 588	
	3- bis unter 6-Jährige	97 950	
	6- bis unter 14-Jährige	25 577	
	Zahl der Einrichtungen	2 417	
	Öffentliche Träger	1 103	
	Caritasverband	686	
	Diakonisches Werk	402	
	Sonstige Träger	226	
Tagespflege	In Tagespflege betreute Kinder	3 321	
	unter 3-Jährige	1 547	
	3- bis unter 6-Jährige	636	
	6- bis unter 14-Jährige	1 138	
	Zahl der Tagesmütter und -väter	1 641	

1) Sowohl in Tagespflege als auch in einer Tageseinrichtung wurden 1 021 Kinder betreut.

In der Statistik wird jedoch nur die öffentlich geförderte Kindertagespflege betrachtet, die zumindest eine Vermittlung oder Beratung umfasst. Ausschließlich privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden dabei nicht einbezogen.

26 700
Beschäftigte

In den Einrichtungen waren nahezu 26 700 Personen beschäftigt. Davon waren rund 5 000 als hauswirtschaftliches oder technisches Personal tätig.

Knapp 46% der Einrichtungen befinden sich in öffentlicher Trägerschaft von Städten und Gemeinden. Über 28% der Tageseinrichtungen werden von der Caritas oder einem anderen katholischen Träger und fast 17% von der Diakonie bzw. einem anderen evangelischen Träger geführt. Die restlichen gut 9% verteilen sich auf verschiedene Träger, darunter auch Elterninitiativen.

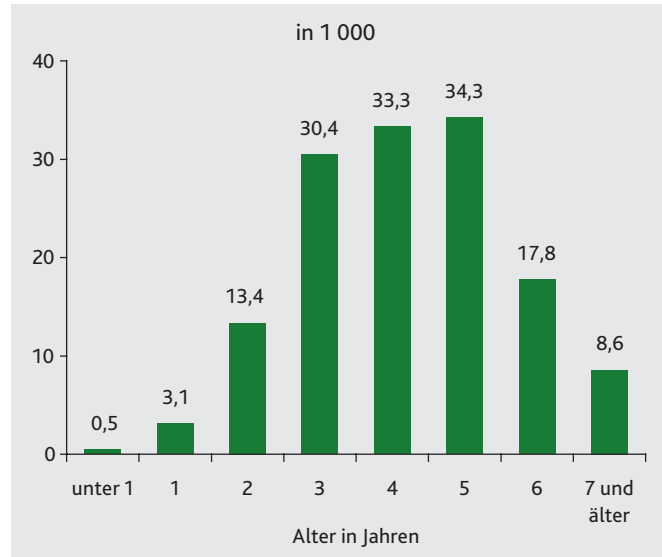
Die Zahlen stammen aus der Erhebung über die Kindertagesbetreuung, die seit dem Jahr 2006 jährlich zum Stichtag 15. März und seit 2009 zum Stichtag 1. März bei allen Kindertageseinrichtungen und den Jugendämtern des Landes durchgeführt wird.

Die früher übliche Unterscheidung der Einrichtung nach Kindergärten, Krippen und Horten liegt dem neuen Erhebungskonzept nicht mehr zugrunde, zumal die Kindertageseinrichtungen zunehmend über altersgemischte Gruppen verfügen. Für eine differenziertere Betrachtung wird im Folgenden eine Unterteilung nach den drei klassischen Altersgruppen (unter 3-Jährige, 3- bis unter 6-Jährige sowie 6- bis unter 14-Jährige) vorgenommen.

1) Dazu wird die Bevölkerungsfortschreibung zum 31. 12. des vorangegangenen Jahres verwendet.

G 1

Kinder in Tagesbetreuung 2009 nach dem Alter



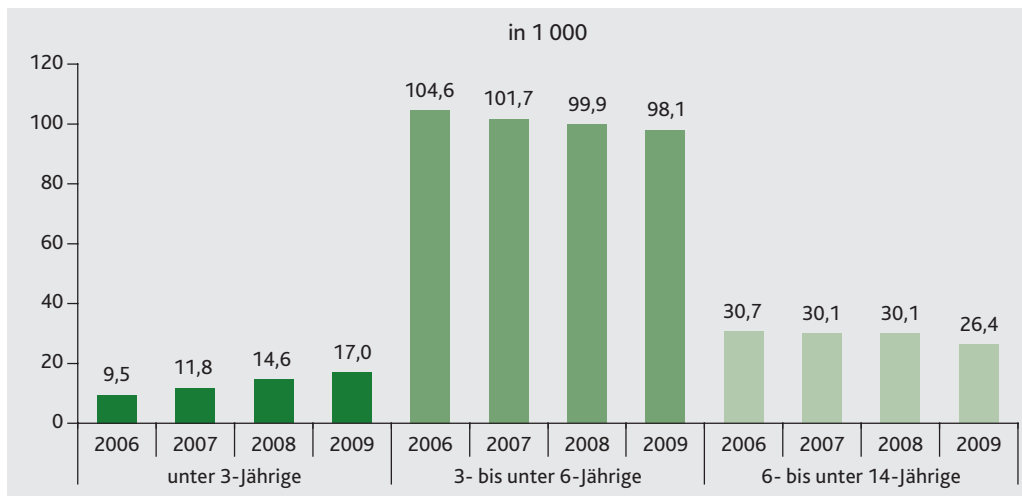
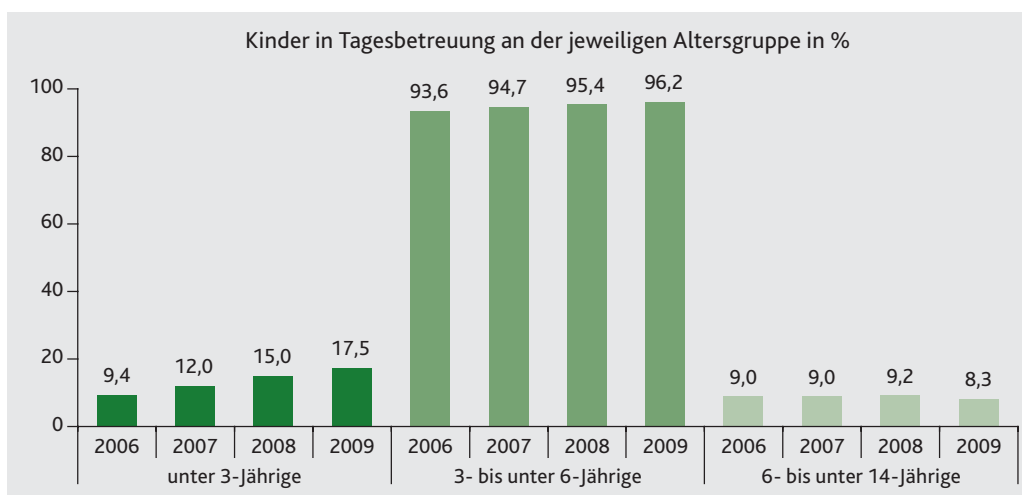
Von den 3- bis 6-Jährigen besuchen 96% den Kindergarten

Kinder im üblichen Kindergartenalter werden besonders häufig außerhalb des Elternhauses betreut. Insgesamt 97 950 Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren besuchten zum Stichtag der Erhebung im März dieses Jahres eine Kindertageseinrichtung. Bezogen auf alle Kinder des entsprechenden Alters errechnet sich eine Besuchsquote von 96%.¹⁾

Besuchs- und Betreuungsquote in Kindertagesbetreuung

Unter **Besuchsquote** wird bei getrennter Betrachtung der Betreuung in einer Tageseinrichtung und der Inanspruchnahme von Tagespflege jeweils der Anteil der versorgten Kinder an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe verstanden.

Bezogen auf die Inanspruchnahme von Angeboten in Tageseinrichtungen und in Tagespflege zusammen wird dieser Wert als **Betreuungsquote** bezeichnet.

G 2 Kinder in Tagesbetreuung 2006–2009 nach dem Alter

G 3 Betreuungsquote 2006–2009 nach dem Alter


Fast 640
der 3- bis
6-jährigen
erhalten
Betreuung
durch Tages-
pflege

Durch eine Tagespflegeperson wurden 636 Kinder betreut, davon waren 519 auch in einer Tageseinrichtung bzw. bei unterschiedlichen Tagespflegepersonen oder befanden sich zusätzlich in einer Ganztagschule. Damit hatten 98 067 der 3- bis 6-jährigen eine Tagesbetreuung (96,2%).

Weniger
betreute
Kinder ...

Eine Betrachtung im Zeitablauf seit der Umstellung des Erhebungskonzepts im Jahr 2006 zeigt, dass immer weniger Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tagesein-

richtung aufsuchen. Dies ist eine Folge des demografischen Wandels, denn auch die Bevölkerung entsprechenden Alters nimmt aufgrund der rückläufigen Geburtenzahlen seit Jahren ab.

Der Anteil der betreuten Kinder in diesem Alter hat im Betrachtungszeitraum hingegen leicht zugenommen: Die Betreuungsquote, beträgt derzeit 96,2%, während sie im Jahr 2006 noch bei 93,6% lag. Dies kann zum einen Ausdruck dafür sein, dass vor dem

... aber
steigende
Betreuungs-
quote

Info

Neue Statistiken zur Kindertagesbetreuung seit 2006

Die Erhebungen zur Kindertagesbetreuung wurden mit dem Jahr 2006 grundlegend modifiziert. Bis zu diesem Zeitpunkt standen – im Abstand von vier Jahren – lediglich Ergebnisse zu den genehmigten Plätzen und dem eingesetzten Personal zur Verfügung. Seit 2006 werden jährlich auch Angaben zu den betreuten Kindern erhoben. Damit wird einem Informationsbedürfnis Rechnung getragen, dem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels eine besondere Bedeutung zukommt.

Nach dem neuen Erhebungskonzept werden auch Angaben über Kinder in öffentlich geförderter Kindertagespflege sowie über die Tagespflegepersonen ermittelt. Voraussetzung für die Einbeziehung in die Statistik ist die finanzielle Förderung durch die Jugendämter. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst.

Die wesentlichen Erhebungsmerkmale sind für die **Kinder in Tageseinrichtungen**:

- Alter und Geschlecht
- Betreuungszeiten
- Migrationshintergrund
- Erhöhter Förderbedarf
- Schulbesuch

Bei den **in Kindertagespflege betreuten Kindern** wird erfragt:

- Alter und Geschlecht
- Verwandtschaftsverhältnis zur Tagespflegeperson
- Betreuungszeiten
- Migrationshintergrund
- Umfang der öffentlichen Förderung
- Gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements

Für die **Tagespflegepersonen** erhobene Angaben betreffen:

- Alter und Geschlecht
- Qualifikationsnachweis
- Zahl der betreuten Kinder
- Betreuungsort

Darüber hinaus werden Merkmale zu dem in den Tageseinrichtungen eingesetzten Personal und zur Trägerschaft der Einrichtung erhoben.

Rechtsgrundlage der Kinder- und Jugendhilfe ist das Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII).

Hintergrund der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein größerer Teil der Eltern ihre Kinder außerhalb der Familie betreut sehen wollen. Zum anderen können aber auch vermutlich die durch die Einrichtungen vorgehaltenen Plätze bei sinkender absoluter Nachfrage verstärkt in Anspruch genommen werden.

Starker Anstieg der Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen

In der Altersgruppe der unter 3-Jährigen hat es bei insgesamt wesentlich niedrigerer Betreuungsquote weitaus größere Veränderungen im Zeitablauf gegeben.

Zum Stichtag 1. März 2009 gingen insgesamt 15 588 Mädchen und Jungen unter drei Jahren in eine Kindertageseinrichtung, das waren 16,1% der Kinder in dieser Altersgruppe. Bei der Erhebung im März 2006 waren es lediglich 8 949 Kinder (8,8%).

16,1% der unter 3-Jährigen besuchen Tageseinrichtungen...

Weitere 1 379 Kinder unter drei Jahren wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und Tagesvätern betreut. Das waren mehr als doppelt so viele wie 2006. Die entsprechende Quote stieg hier innerhalb von vier Jahren von 0,6 auf 1,4%.

...1,4% von Tagesmutter oder Tagesvater betreut

Damit hatten im März 2009 insgesamt 17,5% aller unter 3-Jährigen eine Tagesbetreuung, im Jahr 2006 waren es erst 9,4%.

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder von einer Tagesmutter bzw. Tagesvater betreut werden, wird auch in Zukunft weiter steigen. Nach dem im September 2008 vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz sollen bis zum Jahr 2013 für ein Drittel aller Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Bundestag beschließt weiteren Ausbau

T 2
Kinder in Tagesbetreuung sowie Tageseinrichtungen und Tagespflegepersonen 2009 nach Alter und Verwaltungsbezirken

Kreisfreie Stadt Landkreis	Ins- gesamt	Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						Tagesein- richtungen	Tagespflege- personen
		0 – 3		3 – 6		6 – 14			
		zusammen	Betreuungs- quote ¹⁾	zusammen	Betreuungs- quote ¹⁾	zusammen	Betreuungs- quote ¹⁾		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		
Frankenthal (Pfalz), St.	1 508	143	13,0	1 096	96,9	269	7,8	21	23
Kaiserslautern, St.	3 527	514	22,0	2 184	98,6	829	12,8	57	38
Koblenz, St.	3 739	428	15,9	2 455	94,7	856	12,1	60	43
Landau i. d. Pfalz, St.	1 664	214	19,6	1 114	103,4	336	10,7	30	28
Ludwigshafen a. Rh., St.	6 566	688	15,0	4 249	94,0	1 629	13,5	90	96
Mainz, St.	6 790	744	14,3	4 566	95,6	1 480	11,5	102	51
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 906	254	19,9	1 282	94,3	370	9,4	35	21
Pirmasens, St.	1 303	130	13,3	850	93,9	323	11,1	30	13
Speyer, St.	2 087	269	21,3	1 251	94,0	567	14,8	24	35
Trier, St.	4 050	630	24,6	2 424	98,9	996	15,4	72	75
Worms, St.	2 899	258	11,4	2 095	94,0	546	8,8	48	41
Zweibrücken, St.	1 238	160	20,3	779	96,1	299	11,4	29	18
Ahrweiler	3 989	471	17,3	2 891	95,2	627	6,1	65	24
Altenkirchen (Ww.)	4 126	408	12,5	3 063	91,1	655	5,8	79	51
Alzey-Worms	4 695	599	19,4	3 275	96,8	821	7,5	83	70
Bad Dürkheim	4 744	673	23,7	3 117	97,0	954	8,9	94	15
Bad Kreuznach	5 249	621	16,6	3 803	95,8	825	6,7	101	35
Bernkastel-Wittlich	3 767	362	13,7	2 839	98,7	566	6,2	82	44
Birkenfeld	2 663	305	15,5	1 926	95,0	432	6,6	51	43
Cochem-Zell	2 105	224	15,3	1 556	95,2	325	6,1	47	50
Donnersbergkreis	2 719	304	16,0	2 014	95,8	401	6,0	50	50
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 368	361	15,6	2 456	97,8	551	6,8	58	56
Germersheim	4 952	511	15,4	3 220	96,4	1 221	11,5	76	47
Kaiserslautern	4 021	648	25,9	2 785	101,9	588	6,5	67	30
Kusel	2 300	270	17,2	1 698	98,2	332	5,8	47	35
Mainz-Bingen	7 982	1 129	21,7	5 393	95,7	1 460	8,5	126	95
Mayen-Koblenz	7 503	983	19,3	5 179	96,2	1 341	7,8	124	60
Neuwied	6 276	637	14,5	4 622	94,9	1 017	6,5	87	41
Rhein-Hunsrück-Kreis	3 486	338	14,4	2 592	97,1	556	6,5	55	18
Rhein-Lahn-Kreis	4 269	506	17,3	2 950	97,6	813	8,2	76	31
Rhein-Pfalz-Kreis	5 027	677	20,8	3 414	95,5	936	7,9	82	42
Südliche Weinstraße	3 604	530	21,8	2 546	98,8	528	6,0	71	70
Südwestpfalz	3 488	536	27,2	2 100	98,5	852	11,1	70	55
Trier-Saarburg	4 904	675	19,0	3 529	95,5	700	5,9	79	106
Vulkaneifel	2 013	184	13,4	1 500	94,9	329	6,3	30	58
Westerwaldkreis	6 888	583	11,5	5 254	95,1	1 051	6,0	119	33
Rheinland-Pfalz	141 415	16 967	17,5	98 067	96,2	26 381	8,3	2 417	1 641
Kreisfreie Städte	37 277	4 432	17,0	24 345	95,9	8 500	12,0	598	482
Landkreise	104 138	12 535	17,7	73 722	96,3	17 881	7,2	1 819	1 159

1) Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege am 1. März 2009 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2008.

Schulkinder seltener in Tagesbetreuung

Die Schulpflicht beginnt für Kinder, die bis zum 31. August das sechste Lebensjahr vollendet haben, mit dem folgenden Schuljahr.²⁾

8,3% der
Schulkinder in
Betreuung

Zahlreiche Schulkinder befinden sich darüber hinaus in der Obhut einer Tagesbetreuung. So wurden zum Stichtag im März 2009 von den nahezu 320 000 Kindern zwischen sechs und 14 Jahren mehr als 26 700 in einer Tageseinrichtung (25 577 Kinder) bzw. in Tagespflege (1 138 Kinder) betreut. Damit lag deren Betreuungsquote bei 8,3%. Im Vergleich zu den vorangegangenen Erhebungen ist die Quote gefallen (2006: 9%). Auch die absolute Zahl ist – der demografischen Entwicklung folgend – gesunken (2006: 31 000).

Große regionale Unterschiede

Im ländlichen
Raum
niedrigere
Betreuungs-
quoten

Ein Blick auf die Tagesbetreuung in den kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt große regionale Unterschiede. Die Bandbreite der Betreuungsquoten erstreckt sich bei den

- unter 3-Jährigen von 11,4% in Worms bis 27,2% im Landkreis Südwestpfalz,
- 3- bis 6-Jährigen von 91,1 im Landkreis Altenkirchen (Westerwald) bis 103,4% in Landau in der Pfalz,
- 6- bis 14-Jährigen von 5,8% in den Landkreisen Altenkirchen (Westerwald) und Kusel bis 15,4% in Trier.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass die Betreuungseinrichtungen auch von Kindern aus benachbarten kreisfreien Städten und Landkreisen aufgesucht werden können. Die Berechnung der Quo-

ten bezieht sich aber auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebietes, sodass sich auch Quoten von mehr als 100% ergeben können.

Im Rahmen der Diskussion über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommt der Betreuungssituation der unter 3-Jährigen eine besondere Bedeutung zu. Während bereits die überwiegende Mehrheit der Kinder im klassischen Kindergartenalter eine Tagesbetreuung außerhalb des Elternhauses hat, strebt die Politik den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für die unter 3-Jährigen an. Damit sollen insbesondere Frauen mit kleinen Kindern die Möglichkeit erhalten, einer Berufstätigkeit nachzugehen, wovon letztlich eine Erhöhung der Geburtenrate erhofft wird.

Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist in allen kreisfreien Städten und Landkreisen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Die höchsten Werte unter den kreisfreien Städten verzeichnete in dem vierjährigen Betrachtungszeitraum die Stadt Trier mit zuletzt 24,6% (2006: 16,2%). Bei den Kreisen war es der Landkreis Südwestpfalz; die Quote lag im März 2009 dort bei 27,2% (2006: 16%).

Die niedrigsten Betreuungsquoten unter den kreisfreien Städten hatte in allen vier Jahren die Stadt Worms (2009: 11,4%, 2006: 5,7%), unter den Landkreisen bildete der Westerwaldkreis im Jahr 2009 mit 11,5 % das Schlusslicht. Niedrige Werte gab es aber auch in den Landkreisen Altenkirchen (Westerwald) und Vulkaneifel. Mit Ausnahme der Städte Trier und Mainz, wo es einen leichten Rückgang gab, ist die Betreuungsquote der unter 3-jährigen gegenüber März 2008 in allen kreisfreien Städten und Landkreisen gestiegen.

Betreuungs-
situation
der unter
3-Jährigen
hat besonders
hohen Stellen-
wert

Betreuungs-
quote für unter
3-Jährige ist
rasant gestie-
gen

Hohe Quote
im Landkreis
Südwestpfalz

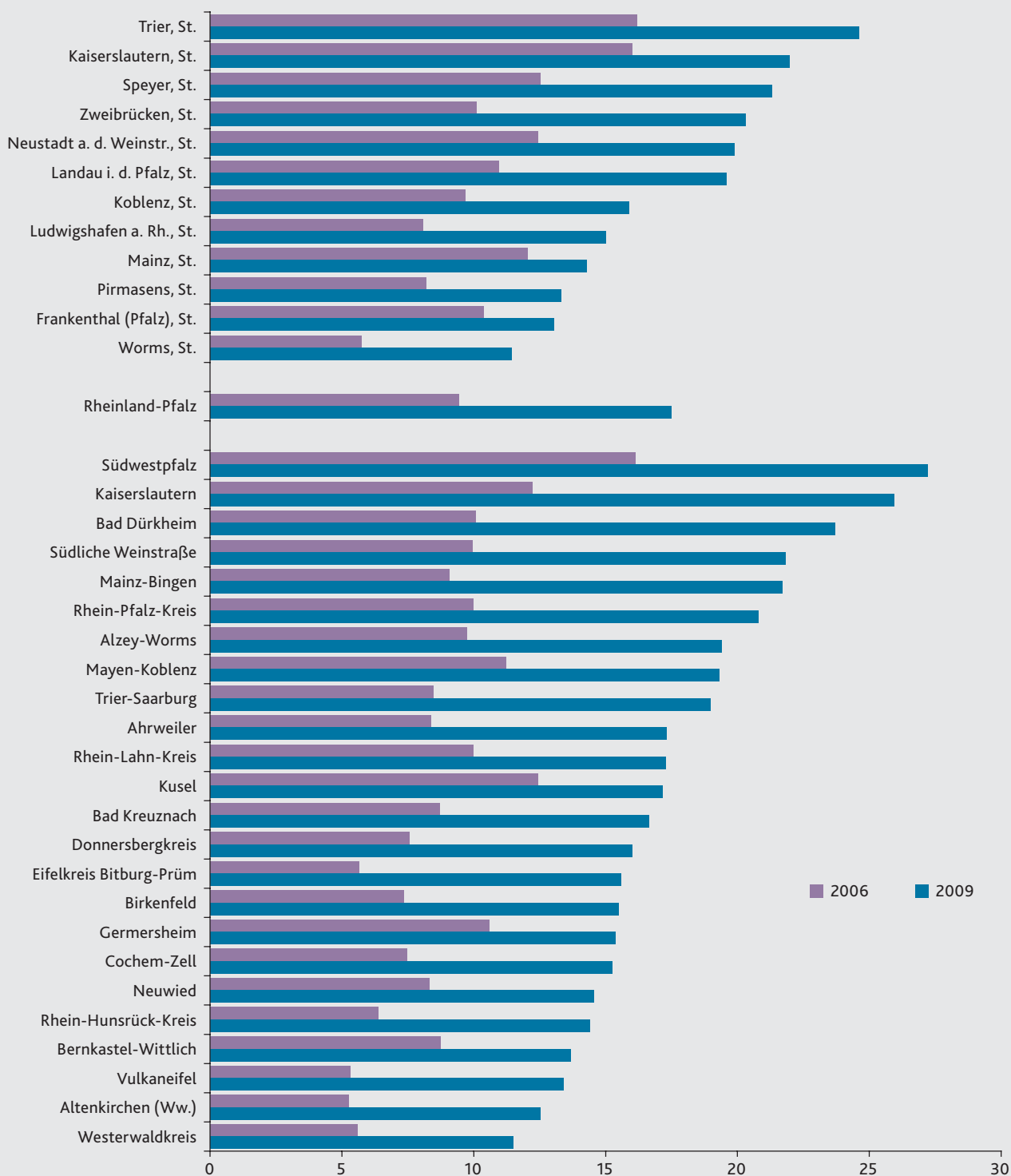
Niedrige Quote
in Worms und
im Westerwald-
kreis

2) Diese Regelung gilt in Rheinland-Pfalz seit dem Schuljahr 2008/09. Bis dahin galt der 30. Juni als Stichtag.

G 4

Betreuungsquote¹⁾ unter 3-Jähriger 2006 und 2009

Anteil der unter 3-Jährigen in Kindertagesbetreuung an allen unter 3-Jährigen in %



1) Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

T 3

Kinder in Tageseinrichtungen und in Tagespflege 2006–2009
nach Migrationsstatus und Alter

Alter in Jahren	2006	2007	2008	2009
Kinder in Tagesbetreuung insgesamt				
0 – 3	9 520	11 844	14 603	16 967
3 – 6	104 631	101 654	99 854	98 067
6 – 14	30 731	30 126	30 123	26 381
Insgesamt	144 882	143 624	144 580	141 415
Kinder in Tagesbetreuung ohne Migrationshintergrund				
0 – 3	7 495	9 227	11 339	13 182
3 – 6	77 695	73 922	71 295	68 930
6 – 14	22 541	21 578	21 370	18 627
Zusammen	107 731	104 727	104 004	100 739
Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund				
0 – 3	2 025	2 617	3 264	3 785
3 – 6	26 936	27 732	28 559	29 137
6 – 14	8 190	8 548	8 753	7 754
Zusammen	37 151	38 897	40 576	40 676
Anteil der Kinder in Tagesbetreuung mit Migrationshintergrund in %				
0 – 3	21,3	22,1	22,4	22,3
3 – 6	25,7	27,3	28,6	29,7
6 – 14	26,7	28,4	29,1	29,4
Zusammen	25,6	27,1	28,1	28,8

1) Mindestens ein Elternteil stammt aus einem ausländischen Herkunftsland oder in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.

Mehr Tages-
mütter in den
Städten

Der Anteil der Kinder, die bei Tagesmüttern oder Tagesvätern betreut werden, war in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. In den Städten wurden 2,6% der unter 3-jährigen in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut, in den Landkreisen waren es nur 1%. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugendamt registriert werden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

Deutliches
Süd-Nord
Gefälle

Bei der Betreuung der unter 3-jährigen ist ein deutliches Süd-Nord-Gefälle zu erkennen. Von den 14 kreisfreien Städten und Landkreisen mit überdurchschnittlichen Betreuungsquoten liegen fast alle im südlichen bzw. süd-östlichen Teil des Landes. Außerdem weisen die Stadt Trier und der Landkreis Trier-Saargau über dem Landesdurchschnitt liegende Betreuungsquoten auf.

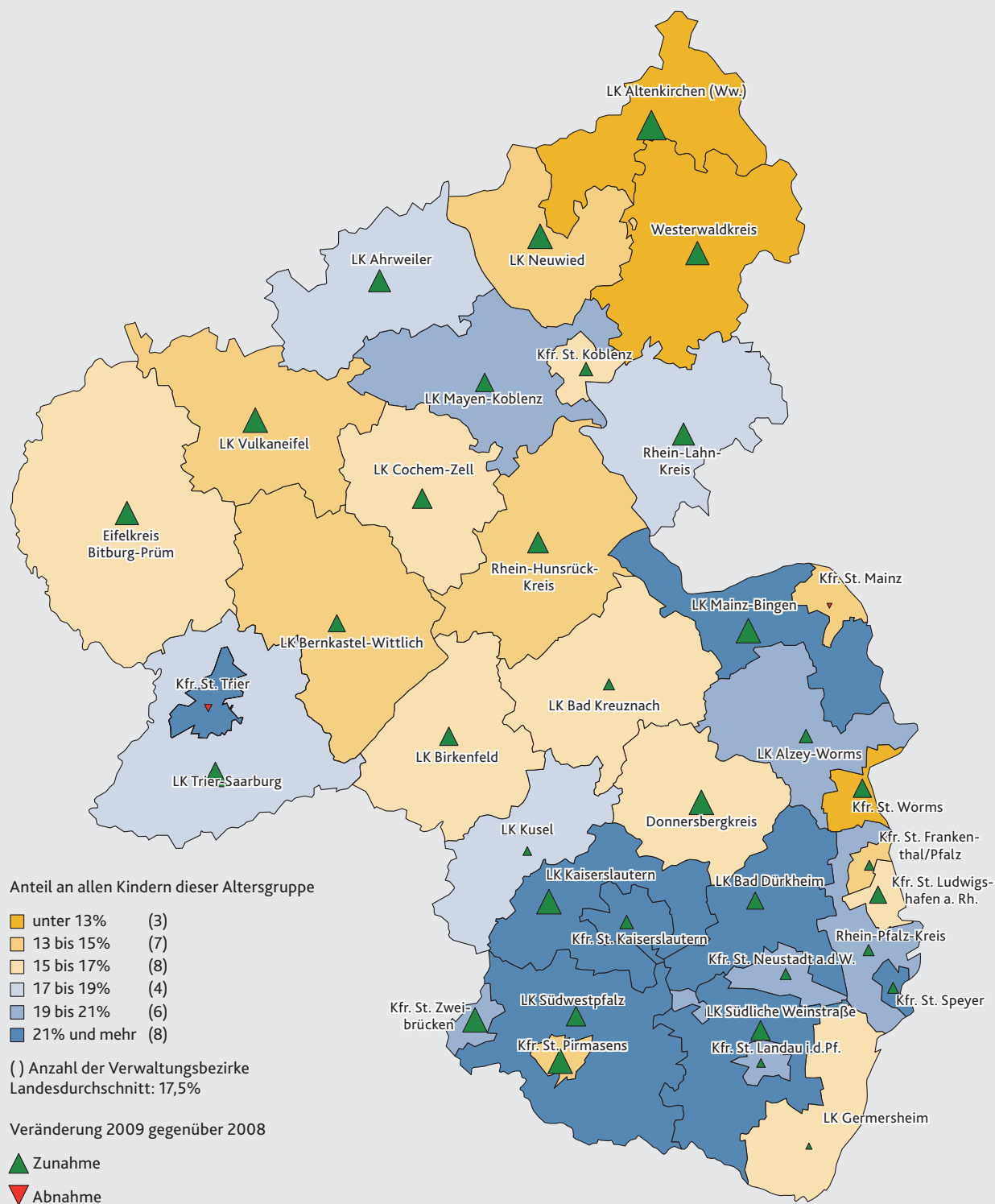
Fast 29% der betreuten Kinder haben Migrationshintergrund

Die neu konzipierte Statistik bietet auch Informationen zum Migrationshintergrund. Zur Erfassung dieses Sachverhalts sind durch die Betreuungspersonen in den Fragebogen für jedes Kind Angaben zu der in der Familie vorrangig gesprochenen Sprache sowie zu einer gegebenenfalls vorliegenden ausländischen Herkunft der Eltern zu machen.

Von den in Tageseinrichtungen und Tagespflege betreuten Kindern hatten 28,8% mindestens einen Elternteil ausländischer Herkunft oder die in der Familie gesprochene Sprache war nicht deutsch. Sie zählen somit nach der in der Kinder- und Jugendhilfestatistik geltenden Abgrenzung als Kinder mit Migrationshintergrund. Im Zeitablauf zeigt

G 5

Unter 3-Jährige in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2009
in den kreisfreien Städten und Landkreisen



sich eine kontinuierlich ansteigende Quote von 25,6% im Jahr 2006 auf zuletzt 28,8%. Bei den Kindern unter 3 Jahren ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund mit zuletzt 22,3% (2006: 21,2%) geringer als bei den Kindern der älteren Jahrgänge.

Ausblick

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel, der sich durch eine stetig zunehmende Zahl älterer Menschen und zugleich geringere Zahl an Kindern auszeichnet, hat bereits Auswirkungen auf die Kindertageseinrichtungen, die in einer rückläufigen Zahl der betreuten 3- bis 6-Jährigen zum Ausdruck kommen. Da sich der Umfang entsprechender Elternjahrgänge in den nächsten Jahren erheblich reduzieren wird, sind deutlich rückläufige Geburtenzahlen vorhersehbar.

Bis 2050 ein Viertel weniger unter 6-Jährige

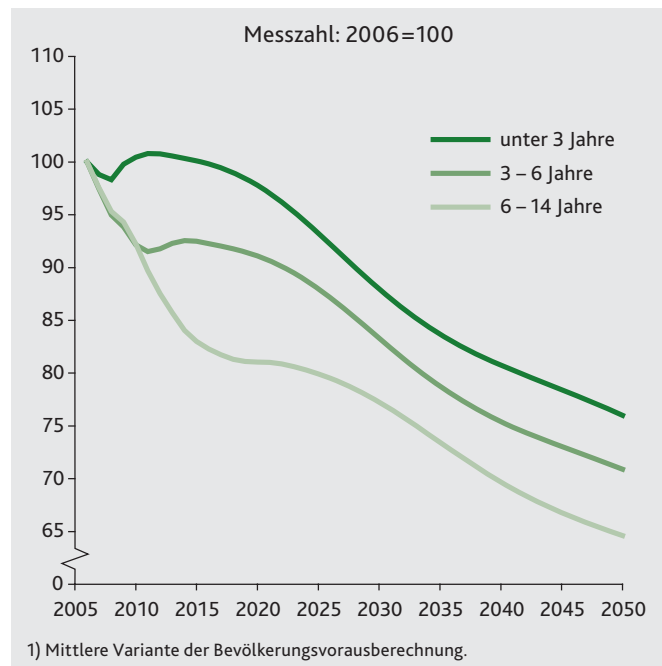
Nach Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes ist davon auszugehen, dass bis 2050 die Zahl der unter 3-Jährigen und die der 3- bis 6-Jährigen um rund ein Viertel zurückgehen wird. Die Zahl der 6- bis 14-Jährigen wird danach sogar um ein Drittel unter der heutigen Zahl liegen.³⁾ Diese Entwicklung wird auch Auswirkungen auf die Nachfrage nach Tagesbetreuung für die Kinder haben.

Nach den obigen Ausführungen ist aber eine steigende Betreuungsquote für die unter 3-jährigen zu erwarten. Das bedeutet, dass die Zahl der benötigten Plätze langfristig nicht in einem der demografischen Entwicklung entsprechenden Ausmaß zurückgehen wird, sondern eher sogar noch steigen wird.

3) Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Statistische Analyse N° 7 „Rheinland-Pfalz 2050 – Zweite regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2006)“. Bad Ems 2007.

G 6

Kinder 2006–2050¹⁾ nach ausgewählten Altersgruppen



Dagegen stellt sich die Situation für die 3- bis 6-jährigen Kinder anders dar. Bei den bereits sehr hohen Ausgangswerten ist hier in Zukunft nicht mit nennenswert höheren Betreuungsquoten zu rechnen; damit werden die rückläufigen Bevölkerungszahlen in dieser Altersgruppe auch einen sinkenden absoluten Bedarf der Tagesbetreuung nach sich ziehen.

Das Statistische Landesamt wird im Frühjahr 2010 zu diesem Thema eine Statistische Analyse als Anschlussrechnung zu den aktuellen Bevölkerungsprojektionen vorlegen.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Soziale Leistungen, Gesundheit, Rechtspflege“. Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet in diesem Referat das Sachgebiet „Soziale Leistungen“.

Wieder überdurchschnittliche Getreideernte eingefahren

Rekordernte von Winterraps

Von Jörg Breitenfeld

Die rheinland-pfälzischen Landwirte droschen dieses Jahr knapp 1,6 Mill. t Getreide und damit fast soviel wie im letzten Jahr. Die Winterrapsernte erreichte mit 186 000 t einen neuen Höchststand. Sowohl beim Getreide (66 dt/ha) als auch beim Winterraps (42 dt/ha) wurden Rekorde eingebracht. Die Kartoffelernte erreichte mit 300 000 t ebenfalls einen guten Wert. Dagegen wird die Weinmosternte mit fast 6 Mill. hl unterdurchschnittlich ausfallen. Nicht zuletzt aufgrund der warmen und sonnigen Witterung im September wird jedoch ein qualitativ guter Jahrgang erwartet. Auch im Obstbau sind große Mengen herangewachsen, die wegen der geringen Erlöse teilweise aber nicht abgeerntet wurden.

Langer und kalter Winter

Die Aussaat von Winterraps, Wintergerste, Winterweizen und der übrigen Winterungen im Herbst 2008 erfolgte ohne größere Probleme. Während der September eher kühler und trockener als der langjährige Durchschnitt war, lagen die Temperaturen und Niederschläge im Oktober im langjährigen Bereich. Der November begann mit milden Temperaturen, bevor gegen Ende des Monats ein Kaltlufteinbruch den Winter einleitete.

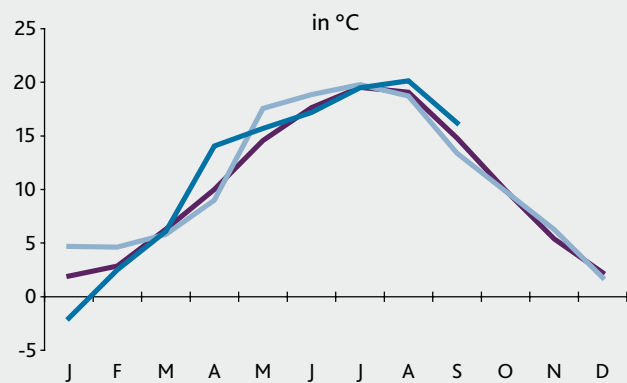
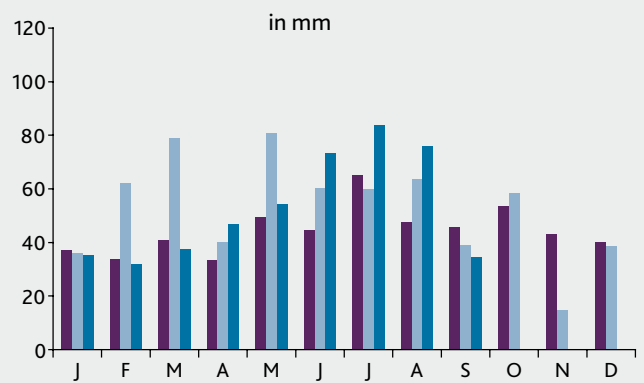
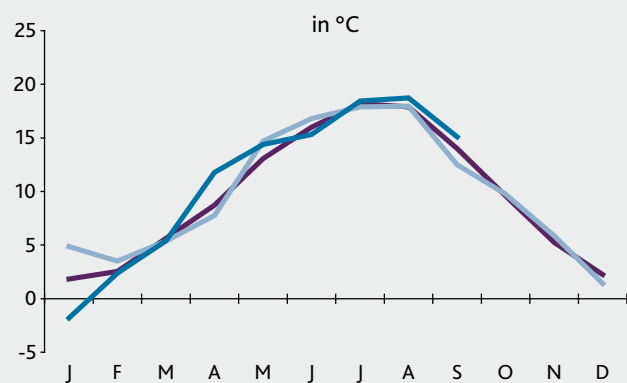
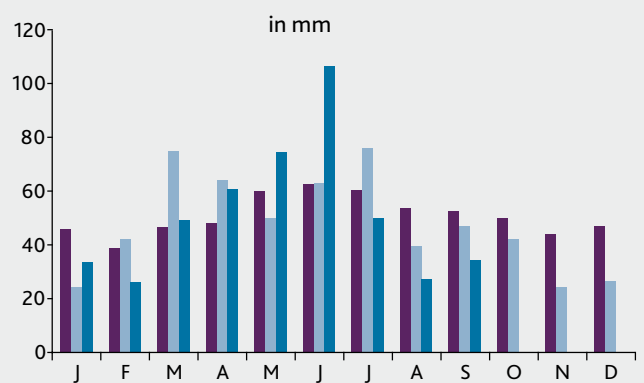
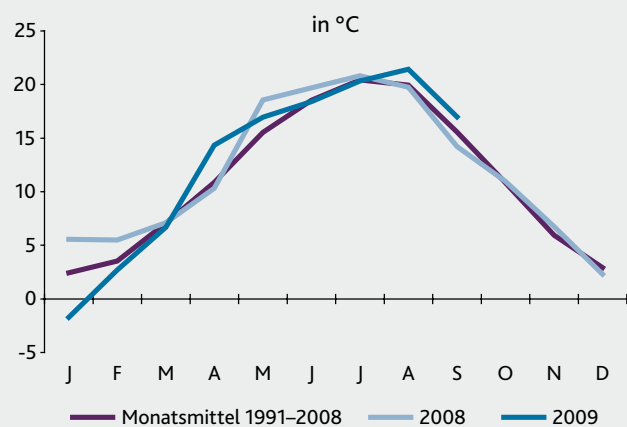
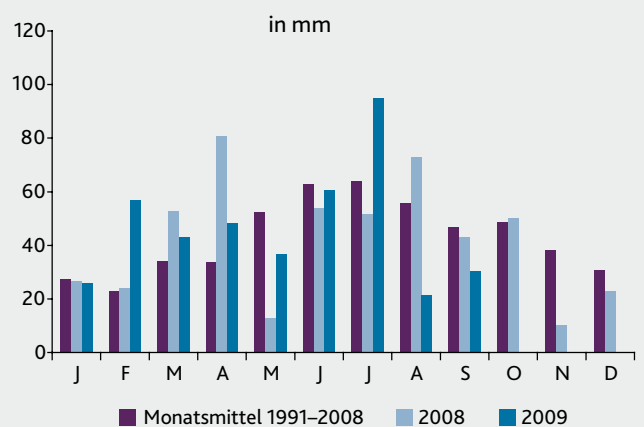
Im Dezember herrschte eine nasskalte Witterung vor und zum Jahresende wurde

es winterlich kalt. Die winterlichen Witterungsverhältnisse hielten den Januar und Februar an. Während es im Januar teilweise sehr kalt war, fiel im Februar gebietsweise viel Schnee. Die häufigen Niederschläge im März behinderten oftmals die Frühjahrsbestellung (Aussaat des Sommergetreides; Bestellarbeiten für Kartoffeln und Zuckerrüben). Der Vegetationsrückstand wurde jedoch im April aufgeholt. Aufgrund der hohen Temperaturen blühten viele landwirtschaftliche Kulturen wie z. B. Obstbäume fast gleichzeitig. Nach den Berechnungen des deutschen Wetterdienstes war der April der wärmste seit Beginn der Messungen. Die Abweichung zum vieljährigen Mittel betrug 4,5 Kelvin (K)¹⁾.

„Explosionsartiges“
Wachstum
im April

1) Ekko Bruns, „Das erste Halbjahr 2009 klimatologisch-phänologisch betrachtet“; Deutscher Wetterdienst, Zentrale Offenbach

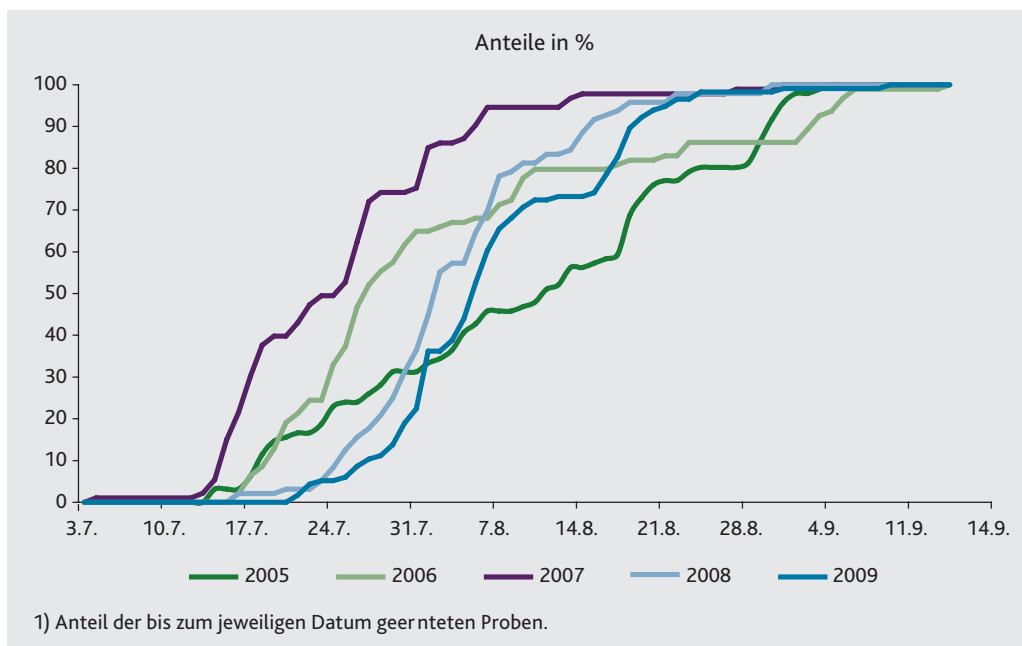
http://www.dwd.de/bvbw/generator/Sites/DWDWWW/Content/Oeffentlichkeit/KU/KUPK/Phaenologische__Betrachtungen/PDF/2009__erstes__Halbjahr,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/2009__erstes__Halbjahr.pdf; Abruf vom 5. Oktober 2009

G 1a Durchschnittliche Monatstemperaturen (Monatsmittel) an der Wetterstation Bad Kreuznach 1991 – 2009**G 1b** Monatliche Niederschlagssummen an der Wetterstation Bad Kreuznach 1991 – 2009**G 1c** Durchschnittliche Monatstemperaturen (Monatsmittel) an der Wetterstation Münstermaifeld 1991 – 2009**G 1d** Monatliche Niederschlagssummen an der Wetterstation Münstermaifeld 1991 – 2009**G 1e** Durchschnittliche Monatstemperaturen (Monatsmittel) an der Wetterstation Schifferstadt 1991 – 2009**G 1f** Monatliche Niederschlagssummen an der Wetterstation Schifferstadt 1991 – 2009

Quelle: Agrarmeteorologie Rheinland-Pfalz

G 2

Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2005–2009 nach Druschterminen



Die warme Witterung setzte sich im Mai fort und die Rebblüte begann ausgesprochen früh. Anfang Juni schlug die Witterung um und das unbeständige Wetter verhinderte einen frühen Start der Wintergerstenernte. Das Abblühen der Rebstöcke verzögerte sich und die Ernteberichterstatte(r)innen und Ernteberichterstatte(r) berichteten vielfach von Verrieselungsschäden. Auch im Juli setzte sich die unbeständige Witterung fort und die Landwirte nutzten die trockenen Abschnitte zur Ernte von Wintergerste und Winterraps. Im August setzte sich dann jedoch „Standwetter“ durch. Die Ernte der Mähdruschfrüchte konnte bei hohen Temperaturen und geringen Niederschlägen ohne größere Probleme beendet werden.

Sommergerste deutlich im Minus

Die rheinland-pfälzischen Ackerflächen werden überwiegend zur Getreideerzeugung genutzt. Im Jahr 2009 betrug die Anbaufläche (ohne Körnermais) nach dem endgül-

tigen Ergebnis der Bodennutzungshaupterhebung rund 239 000 ha. Damit stand auf 60% des Ackerlandes Getreide. Weitere wichtige Kulturarten auf dem Ackerland sind Futterpflanzen (13%), Ölfrüchte (11%) und Hackfrüchte (6,8%).

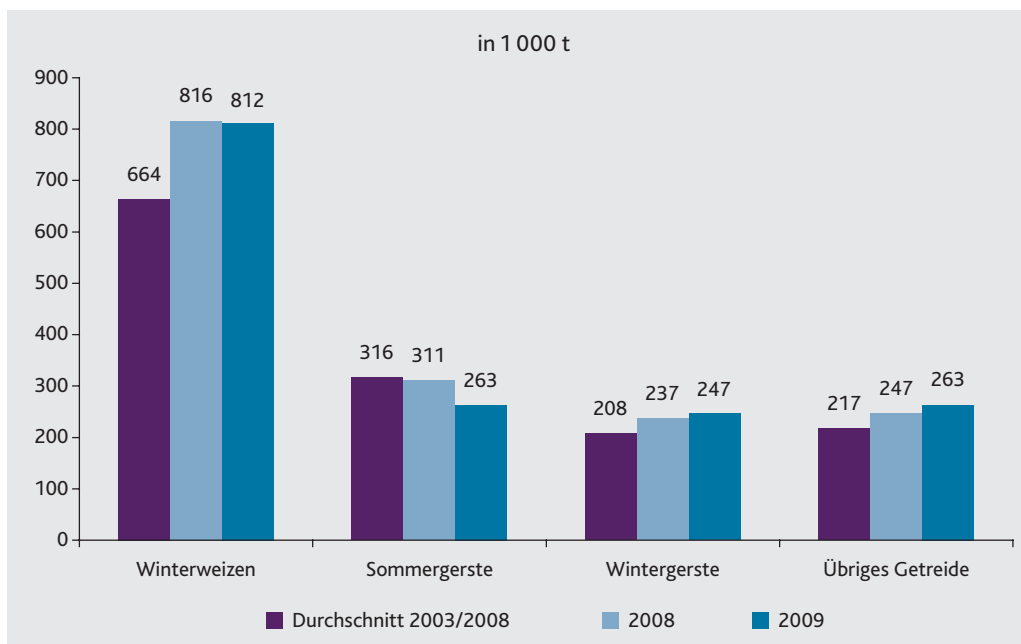
Innerhalb der Getreideerzeugung konnte Winterweizen (108 500 ha) mit einem Anteil von 45% seine führende Stellung weiter ausbauen. Im Gegensatz zum Winterweizen wurde die Anbaufläche von Sommergerste wieder deutlich gegenüber dem Vorjahr reduziert und betrug nur noch 49 000 ha (-17,4%). Der Anteil an der Getreidefläche fiel damit von 24% auf knapp 21%.

Bundesweit wurde die Getreidefläche ebenfalls verringert. Im Jahr 2009 wurden rund 6,4 Mill. ha Getreide angebaut. Das entspricht einem Anteil am Ackerland von 54%. Futterpflanzen wuchsen auf fast einem Fünftel des Ackerlandes (19,7%), Ölfrüchte auf knapp 13%.

Mähdrusch
zunächst witterungsbedingt
immer wieder unterbrochen

G 3

Getreideernte 2008 und 2009



Zu berücksichtigen ist, dass auch die Getreideflächen in der Flächenschätzung enthalten sind, die nicht zur Körnerproduktion, sondern zur energetischen Verwertung bestellt wurden.

Rekordhektarertrag für Getreide

Die rheinland-pfälzischen Landwirte ernteten dieses Jahr nach dem endgültigen Ergebnis der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE) von 1 ha durchschnittlich 66 dt Getreide. Ein höherer Ertrag ist in Rheinland-Pfalz bisher noch nicht ermittelt worden. Im Vergleich zum Vorjahr beträgt der Ertragszuwachs 2% und gegenüber dem sechsjährigen Mittel der Jahre 2003 bis 2008 sogar fast 12%. Da jedoch gleichzeitig die Anbaufläche verkleinert wurde, wird die Rekorderntemenge des Jahres 2008 nicht erreicht. Sie liegt dieses Jahr bei 1,59 Mill. t (–1,6%). Der vorläufige durchschnittliche Ertrag in Deutschland

beläuft sich auf 70 dt/ha (+1,7%). Insgesamt droschen die deutschen Landwirte 45,2 Mill. t Getreide (+0,5%). Körnermais und Corn-Cob-Mix sind hierbei nicht enthalten.

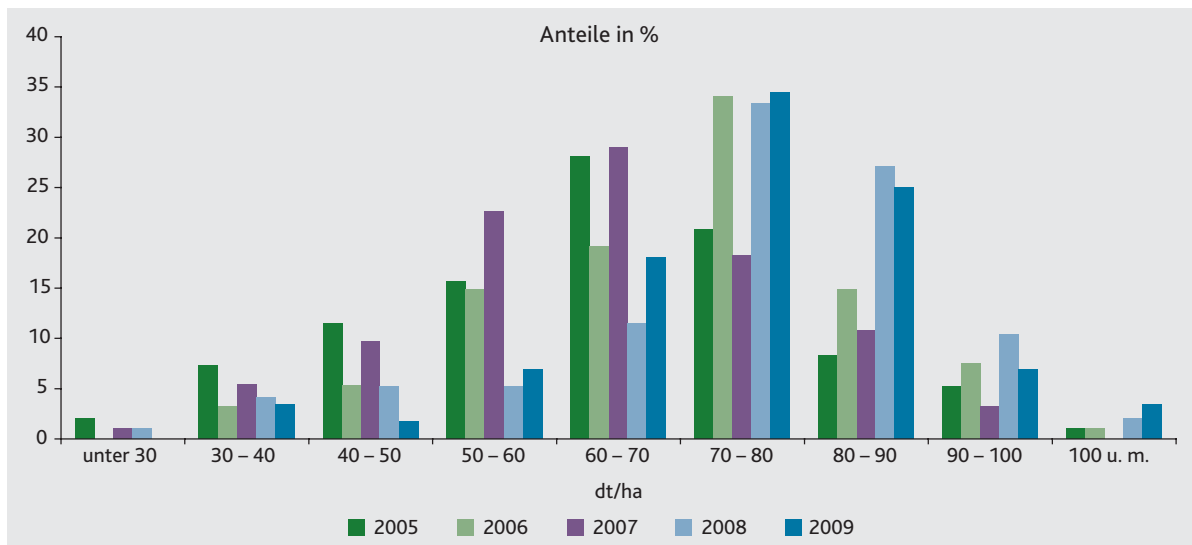
Auf Winterweizen entfällt gut die Hälfte der Getreideernte

Den höchsten Ertrag brachte wie in der Vergangenheit Winterweizen mit knapp 75 dt/ha. Mit 812 000 t entfallen über 51% der gesamten Getreideernte auf diese Fruchtart. Im sechsjährigen Mittel betrug der Hektarertrag 68 dt/ha. Bundesweit wurden 24,9 Mill. t Winterweizen und damit 78 dt/ha geerntet (–3,6%).

Wie im Vorjahr lag der Modalwert für die Erträge der Proben der BEE in der Ertragsklasse 70 bis 80 dt/ha. Auf diese Ertragsklasse entfielen 35% der Proben. Es folgte die Ertragsklasse 80 bis 90 dt/ha mit 25%.

G 4

Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2005 – 2009 nach Ertragsklassen



Winterweizen mit guten Qualitäten

Da Weizen und Roggen für die menschliche Ernährung eine größere Bedeutung haben, werden im Rahmen der BEE auch technologische Qualitätsparameter für die beiden Getreidearten ermittelt. Eine wichtige Kennzahl ist die Fallzahl. Dieses Jahr konnte das bereits sehr gute Vorjahresergebnis noch übertroffen werden. Wiesen letztes Jahr noch einige Proben Fallzahlen von unter 220 s auf, übertrafen dieses Jahr alle untersuchten Proben den Grenzwert. In Deutschland belief sich der Anteil der Weizenpartien mit mindestens 220 s auf gut 98%. Ein weiteres Qualitätskennzeichen ist der Proteingehalt. Mit 12,3% liegt er jedoch deutlich unter dem Vorjahreswert von 13,1%.

Hohe Fallzahlen und niedriger Proteingehalt

Die Grundlage für die Weizenqualität wird mit der Sortenwahl gelegt. Wie in den letzten Jahren wiesen gut 63% der Proben eine Sorte der Backqualitätsgruppe E oder A auf. Das Sortenspektrum beim Winterweizen bestimmten wie im Vorjahr die drei Sorten Cubus (23%), Dekan (15%) und Tommi (12%).

Qualitätsweizenanbau dominiert

Braugerste keine Alternative mehr

Die Sommergerste erreichte mit 54 dt/ha ebenfalls einen guten Ertragswert. Aufgrund der nicht befriedigenden Erlöse, kann sie jedoch wirtschaftlich mit anderen Feldfrüchten nicht mehr mithalten und die Anbaufläche wurde verringert. Somit errechnet sich nur eine Erntemenge von 263 000 t (–16%). In Deutschland wurden 2,2 Mill. t Sommergerste erzeugt und der Hektarertrag liegt bei knapp 52 dt. Da auch bundesweit die Anbaufläche zurückgegangen ist, trägt die rheinland-pfälzische Erzeugung nach wie vor rund 12% zur deutschen Produktion bei.

12% der deutschen Sommergerste aus Rheinland-Pfalz

Der arithmetische Mittelwert des Eiweißgehaltes und der Vollkornanteil der BEE-Proben, für die ein Untersuchungsergebnis vorliegt, beträgt 10,3 bzw. 93% (2008: 12,7 bzw. 95%). Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass bei Braugerste – im Gegensatz zu den anderen Getreidesorten – ein hoher Proteingehalt schlechter zu beurteilen ist als ein niedriger.

Info

Qualitätsbestimmung bei Brotgetreide

Für die Herstellung von Backwaren muss Getreide bestimmte Qualitätskriterien erfüllen. Eine schnelle und einfache Methode zur Beurteilung der Qualität von Weizen und Roggen ist die Ermittlung der Fallzahl. Die Fallzahl ist ein Maß für die Aktivität des Enzyms Alpha-Amylase, das bei der Keimung Stärke in Zucker umwandelt. Die Stärke im Getreide ist wichtig für die gewollte sogenannte „Verkleisterung“ des Teigs. Je größer die Alpha-Amylase-Aktivität, desto kleiner ist die Fallzahl. Alpha-Amylase wird vermehrt gebildet, wenn es während der Reife- und Erntezeit zu kalt oder zu feucht ist. So weisen oft Partien mit Auswuchs (d. h. Getreidekörner keimen noch vor der Ernte auf dem Halm) zu niedrige Fallzahlwerte auf.

Für die Herstellung von Backwaren geeignete Handelspartien von Weizen müssen Fallzahlen von über 220 Sekunden und solche von Roggen über 120 Sekunden aufweisen. Ideal sind bei Weizenmehl Fallzahlen von 250 bis 300 Sekunden und bei Roggenmehl von 150 bis 180 Sekunden.

Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung (BEE)

Für die BEE werden landesweit 500 Getreide- und Rapsfelder repräsentativ ausgewählt. Der Landwirt verwiegt direkt nach dem Drusch des Probefeldes das Erntegut und nimmt eine Probe. Die Proben werden von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt in Speyer (LUFA) und dem Max Rubner-Institut (MRI) untersucht. Parameter sind u. a. Wassergehalt, Auswuchs, Fallzahl und Proteingehalt. Die Ernteerträge bilden die Grundlage zur Schätzung der Erntemengen. In Rheinland-Pfalz sind die Getreidearten Winterweizen, Roggen, Triticale, Winter- und Sommergerste sowie die Ölfrucht Winterraps erfasst. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird die Erntemenge auf einen Wassergehalt von 14% (Getreide) bzw. 9% (Raps) bezogen. In die BEE werden ferner die mittelfrühen und späten Kartoffeln einbezogen. Dazu werden auf 80 Kartoffelfeldern Proberodungen durchgeführt.

Qualitätsgruppen

Das Bundessortenamt ist eine selbstständige Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bun-

desministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Es ist zuständig für die Zulassung und für den Sortenschutz von Pflanzensorten und die damit zusammenhängenden Angelegenheiten. Das Bundessortenamt prüft auf Antrag der Pflanzenzüchter für jede neue Sorte mittels sorgfältiger Anbauprüfungen, ob die Voraussetzungen für die Erteilung des Sortenschutzes oder für die Sortenzulassung erfüllt sind. Im Rahmen der Zulassung von Weichweizensorten werden diese in eine von vier sogenannten Backqualitätsgruppen eingeteilt. Die Volumenausbeute, die nach den Verfahren des Rapid-Mix-Testes ermittelt wird, ist ein zentrales Qualitätsmerkmal und für die Zuordnung zu einer Qualitätsgruppe von großer Bedeutung.

Es werden folgende Qualitätsgruppen unterschieden:

E-Weizen: Eliteweizen – Weizen mit hervorragenden Eigenschaften. Er wird meistens zum Aufmischen schwächerer Weizenpartien verwendet oder exportiert.

A-Weizen: Qualitätsweizen – Er weist eine hohe Eiweißqualität auf und kann Defizite anderer Sorten ausgleichen.

B-Weizen: Brotweizen – alle Sorten, die für die Gebäckherstellung gut geeignet sind.

C-Weizen: sonstiger Weizen – hauptsächlich für Futterzwecke.

Bei Weizensorten, die besonders für die Flachwaffel- und Hartkeksherstellung geeignet sind, wird die Qualitätsgruppe mit dem Index „K“ an der Qualitätsgruppe gekennzeichnet, also z. B. C_K.

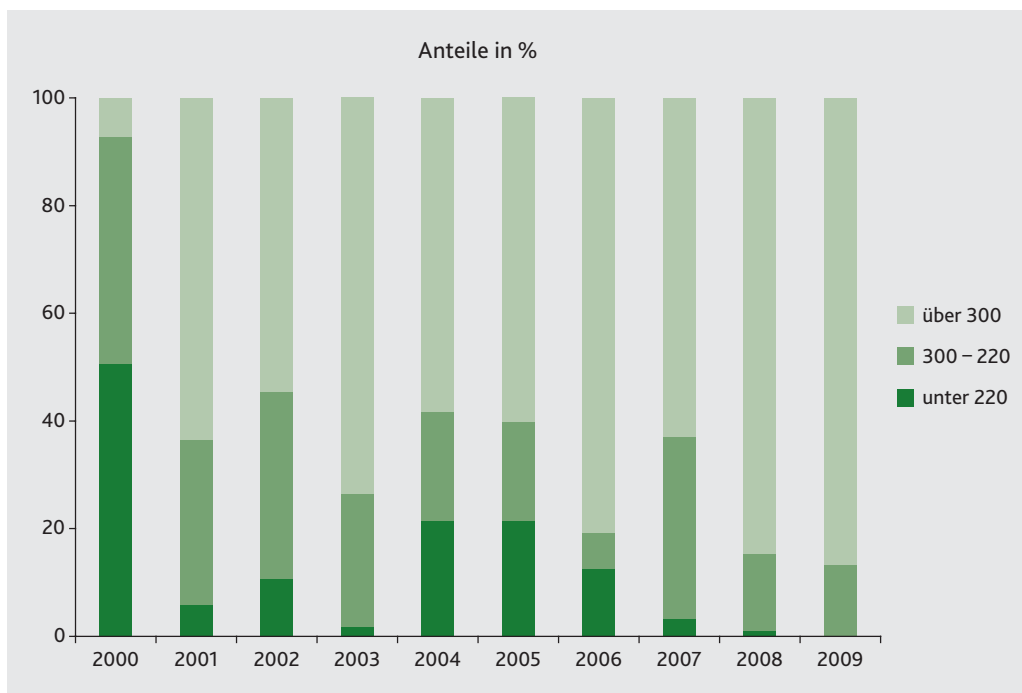
Sorten, die in anderen EU-Ländern zugelassen und noch nicht vom Bundessortenamt geprüft wurden, werden unter dem Kürzel EU-Sorten zusammengefasst.

Quelle:

Beschreibende Sortenliste Getreide, Mais, Ölfrüchte, Leguminosen (großkörnig), Hackfrüchte (außer Kartoffeln) 2008; Herausgeber: Bundessortenamt; Quelle: www.bundessortenamt.de/internet30/fileadmin/Files/PDF/bsl_getreide_2008.pdf

G 5

Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitätsermittlung 2000–2009 nach Fallzahlklassen



Braemer
und Marthe
bestimmen
den Sommer-
gerstenanbau

Die Abnehmer von Braugerste erwarten große, sortenreine Partien, sodass im Sommergerstenanbau nur wenige Sorten angebaut werden. Zurzeit sind Braemer (56%) und Marthe (31%) die Leitsorten im Anbau.

Die Ernte von Wintergerste liegt mit 246 500 t nur geringfügig unter der von Sommergerste. Ertraglich erreicht sie mit knapp 64 dt/ha in etwa den Ertrag von Triticale (64 dt). Im mehrjährigen Vergleich liegt der Hektarertrag von Wintergerste rund 2 dt über dem von Triticale. Durch die Ausweitung der Anbaufläche von Triticale beträgt die Erntemenge 116 000 t. Im Wintergerstenanbau wurden vor allem Fridericus (17%), Finesse (16%), und Malwinta (13%) gesät.

Neben dem Getreide ist der Winterraps eine wichtige Anbaupflanze auf dem Ackerland. Durch die Ausweitungen der Anbau-

flächen von Winterraps in den letzten Jahren und der deutlichen Anbaueinschränkung der Sommergerste besteht zwischen diesen beiden wichtigen Anbaupflanzen nur noch eine Differenz von 4 500 ha. Der Ertrag und die Erntemenge erreichen dieses Jahr mit 42 dt/ha bzw. 186 000 t neue Höchststände. Gegenüber dem Vorjahr sind das Steigerungen von 8 bzw. 12%.

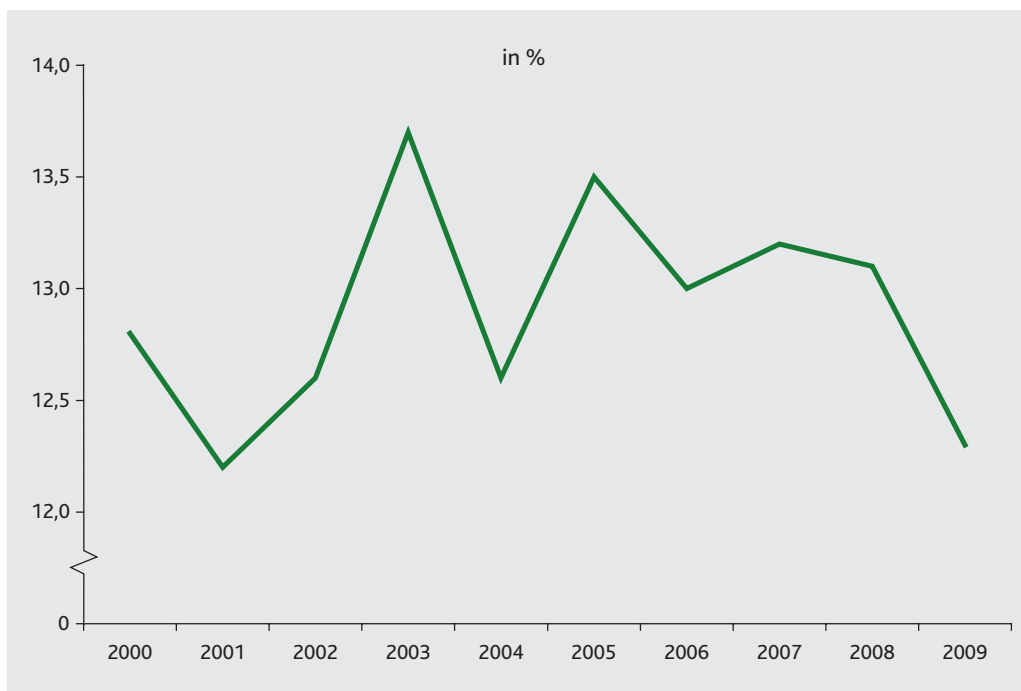
Der Ölgehalt der untersuchten Proben betrug im Durchschnitt 44% und übertraf damit den Vorjahreswert um 1 Prozentpunkt. In mehr als der Hälfte der Proben wurde eine der drei Sorten NK-Flair (27%), Lorenz (16%) oder Billy (13%) gesät.

Sehr gute Kartoffelerträge

Die Kartoffelerzeugung hat nur noch regional – wie in der Vorderpfalz – eine größere Bedeutung. Aufgrund der günstigen klimatischen

Rekordernte
bei Winterraps

G 6

Proteingehalt der Winterweizenproben der Besonderen Ernte- und Qualitäts-
ermittlung 2000–2009

Sehr gute
Kartoffel-
erträge

Bedingungen in der Vorderpfalz werden dort insbesondere Frühkartoffeln angebaut. So stammt fast ein Viertel der deutschen Frühkartoffeln aus Rheinland-Pfalz. Der Ertrag wurde 2009 auf 338 dt/ha geschätzt. Bei den Spätkartoffeln wurde ein Ertrag von 420 dt/ha im Rahmen der BEE ermittelt. Im Vergleich zum langjährigen Mittel ist das ein Plus von 6,9 bzw. 21,9%.

Insgesamt wurden dieses Jahr rund 7 900 ha Kartoffeln gepflanzt (-7,4%). Rund 44% dieser Fläche waren für die Frühkartoffelerzeugung vorgesehen. Die geerntete Menge beläuft sich somit auf rund 118 000 t. An mittelfrühen und späten Kartoffeln wurden 185 500 t geerntet. Die bundesweite Kartoffelernte beträgt 11,6 Mill. t, wobei fast die Hälfte in Niedersachsen produziert wird. Lediglich im Frühkartoffelsortiment haben auch andere Bundesländer größere Bedeutung.

Mehr Futterpflanzen angebaut

Futterpflanzen, wie Silomais oder Feldgras, nehmen seit mehreren Jahren eine immer größere Fläche in Anspruch. Ihre Anbaufläche wuchs in den letzten fünf Jahren um über 50% auf nunmehr 50 100 ha. Silomais, die wichtigste Fruchtart in dieser Kulturartengruppe, wurde im genannten Zeitraum um 43% auf 26 000 ha ausgeweitet. Ein Grund für die große Flächenerweiterung ist die zunehmende Zahl an Biogasanlagen, in denen Silomais und andere Pflanzen energetisch verwertet werden.

Silomais entwickelte sich dieses Jahr unterschiedlich. Der Ertrag liegt mit gut 480 dt Grünmasse (2008:495 dt/ha) unter dem Vorjahreswert. Das Vorjahresergebnis von 1,2 Mill. t Grünmasse wird um 8,7% überschritten (1,3 Mill. t). Die übrigen Feldfutterpflanzen und Grünland lieferten im Schnitt einen mengenmäßig guten

Futterpflanzen
auch für Ener-
gieerzeugung
einsetzbar

Ertrag²⁾. Die Rohprotein- und Energiegehalte der Grassilagen liegen nach Auswertungen der Futtermittelprüfungen allerdings unter der des Vorjahres. Als ein Grund für die schlechtere Qualität wird die geringere Stickstoffdüngung im Frühjahr vermutet. Aufgrund hoher Düngemittelpreise reduzierten die Landwirte den Einsatz³⁾.

Die Zuckerrübenanbauer können sich dieses Jahr über eine sehr gute Ernte freuen. Mit 689 dt/ha wurde ein Rekordertrag geerntet, der um knapp 94 dt über dem Durchschnittsertrag der Jahre 2003 bis 2008 lag. Trotz der kleinen Anbaufläche errechnet sich eine Erntemenge von 1,3 Mill. t (+12,9%).

Gute Obsternte

Sauerkirschen
nicht
abgeerntet

Die Witterungsbedingungen im Frühjahr ließen eine gute Obsternte heranwachsen. Teilweise wurden sogar Rekordernten erzielt. Mit fast 94 dt lag der Hektarertrag von Sauerkirschen fast doppelt so hoch wie im letzten Jahr. Die sich daraus ergebende Erntemenge von 7700 t konnte allerdings nicht am Markt untergebracht werden, sodass ein Teil der Ernte am Baum verblieb. Die Süßkirschenernte brachte mit 2700 t im Vergleich zum Vorjahr (2600 t) nur eine geringfügig höhere Menge.

Während im letzten Jahr die Apfelernte mit 34300 t unterdurchschnittlich ausfiel, übertrifft sie dieses Jahr die durchschnittliche Erntemenge der Jahre 2003 bis 2008 um 14%. Mit 45300 t wird eine der höchsten Erntemengen der letzten Jahre erzielt. Da bei Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden und Birnen im letzten Jahr nur geringe Ernten ermittelt worden waren und dieses Jahr eine große Menge heranwuchs, erge-

ben sich sehr hohe Veränderungsraten. Für den Ergebnisvergleich werden daher nur die mehrjährigen Durchschnitte herangezogen. Die Pflaumen- und Zwetschenernte beläuft sich auf 25000 t (+113%), die von Mirabellen und Renekloden auf 4400 t (+141 %) sowie von Birnen auf 4700 t (+5,5 %).

Qualitativ guter Weinjahrgang erwartet

Auf knapp 6 Mill. hl schätzten die Erntebeurichter des Statistischen Landesamtes Ende Oktober die Erntemenge für Weinmost. Sie lag um 8,6% unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre von 6,5 Mill. hl. Die endgültige Erntemenge des Vorjahres wird voraussichtlich um 10,6% unterschritten.

Ursache für die unterdurchschnittliche Weinmosternte sind die ungünstigen Witterungsbedingungen während der Blüte. Diese begann zwar zeitig, verzögerte sich dann aber aufgrund der niedrigen Temperaturen und häufigen Niederschläge. Als Folge davon wurde ein Teil der Blüten nicht befruchtet und von der Rebe abgeworfen (Verrieselungsschäden). Die reduzierte Erntemenge und die optimalen Witterungsbedingungen im September lassen einen qualitativ guten Jahrgang erwarten.

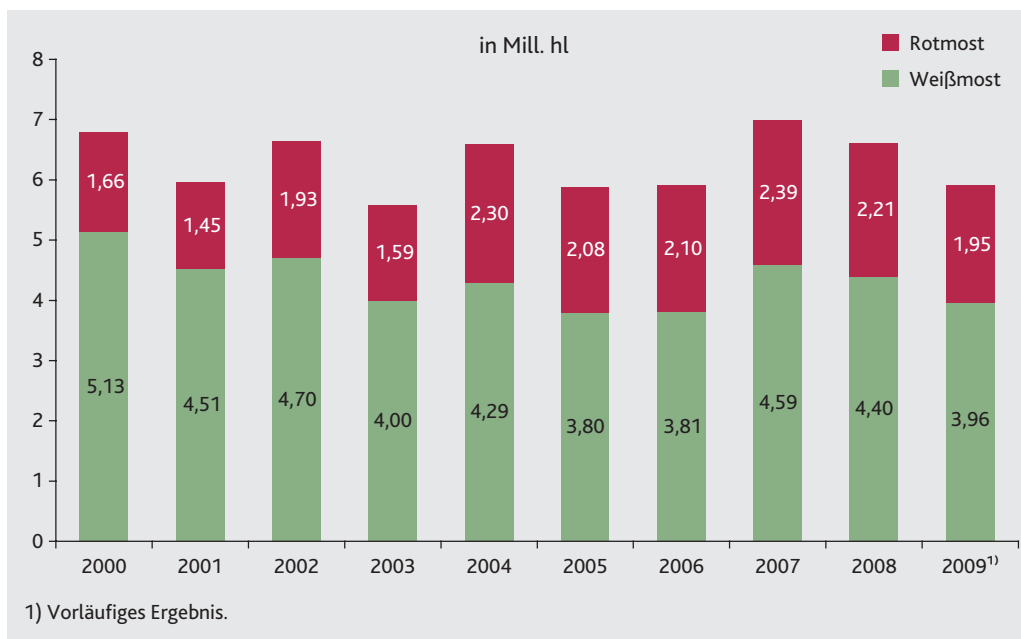
Die erwartete Weinmostmenge an Weißmost liegt mit 4 Mill. hl um 10% unter dem Vorjahreswert. Rotmost (1,95 Mill. hl) verfehlt die Erntemenge des Vorjahres um knapp 12%. Die Ertragsrückgänge der mengenmäßig wichtigsten Rebsorten sind im Vergleich zum Vorjahr sehr unterschiedlich. Während beim Riesling (1,4 Mill.) nur eine um 4,3% kleinere Erntemenge erwartet wird, beträgt der Rückgang beim Müller-Thurgau –17% auf gut 860000 hl. Beim Dornfelder wird mit 850000 hl sogar eine um 15% kleinere Erntemenge geschätzt.

2) Bei Redaktionsschluss lagen noch keine abschließenden Ergebnisse vor.

3) Priesmann, Thomas, Dr.; Margraff, Josef; „Große Qualitätsunterschiede in den Grassilagen“ in Rheinische Bauernzeitung 2009 Nr. 37, Seite 28 ff.

G 7

Weinmosternte 2000–2009



Gemüseanbau weiter auf Wachstumskurs

Die Gemüseanbaufläche stieg innerhalb eines Jahres um 2,9% auf knapp 18 200 ha. In Deutschland gehört Rheinland-Pfalz mit 15% (2008) der deutschen Gemüseanbaufläche zu den bedeutenden Anbauländern. Darüber hinaus verfügten die rheinland-pfälzischen Gemüsebaubetriebe über die größte durchschnittliche Gemüseanbaufläche im Freiland im gesamten Bundesgebiet. Im Jahr 2008 kam ein rheinland-pfälzischer Betrieb im Mittel auf 31,5 ha. Bundesweit bewirtschafteten die Betriebe nur durchschnittlich 11 ha.

Von der Vielzahl an angebauten Gemüsearten sind nur wenige Arten flächenmäßig von Bedeutung. Auf Radieschen (2 770 ha) sowie Möhren und Karotten (1 890 ha) entfällt ein Viertel der Anbaufläche. Weitere wichtige Gemüsearten waren mit rund 1 300 ha Anbaufläche Speisewiebeln, Bundzwiebeln (1 230 ha), Blumenkohl (1 200 ha), Feldsalat (1 130 ha) und Spargel (1 030 ha).

Die Erträge der genannten Gemüsearten entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr unterschiedlich. Während Radieschen mit 292 dt/ha (–2,6%) sowie Möhren und Karotten mit 497 dt/ha (–1,3%) geringfügig unter dem Vorjahreswert liegen, konnten Speisewiebeln auf 550 dt/ha zulegen (+13,5%).

Auch die Ertragsschätzungen für Bundzwiebeln übersteigen mit 492 dt/ha den Vorjahresertrag deutlich (+38,6%). Blumenkohl übertrifft ebenfalls mit 327 dt/ha den Vorjahreswert (+16,6%). Der Feldsalat bleibt mit 89 dt/ha auf Vorjahresniveau. Im Jahr 2009 konnte auch eine sehr gute Spargelernte eingebracht werden (58 dt/ha; +3%).

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft und Umwelt.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen 2007



Von Werner Kertels

Im Jahr 2007 betrug das durchschnittliche verfügbare Einkommen je Einwohner in Rheinland-Pfalz 17 855 Euro. Dieser Betrag stand den privaten Haushalten – nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge von den Erwerbs- und Vermögenseinkommen und unter Berücksichtigung der empfangenen laufenden Transfers wie Renten, Pensionen und Sozialleistungen – für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. Das höchste verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz hatten die Einwohner des Landkreises Mainz-Bingen mit durchschnittlich 21 119 Euro, rund ein Viertel niedriger lag der Wert der Stadt Ludwigshafen mit 15 798 Euro. Insgesamt ergab sich für die Landkreise ein um knapp 1 000 Euro höheres verfügbares Einkommen je Einwohner als für die kreisfreien Städte.

Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stellt eine zentrale Einkommensgröße im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dar. Es ist das nach (überwiegend staatlichen) Umverteilungsvorgängen resultierende Einkommen, das von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden kann. Der Sektor „private Haushalte“, zu dem nicht nur Einzelpersonen und Gruppen von Einzelpersonen als Konsumenten, sondern auch als Produzenten (selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler usw.) gehören, wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen.

Ausgehend von primärer Einkommensverteilung ...

Ausgangspunkt der Berechnungen für die kreisfreien Städte und Landkreise ist die Ermittlung des nach dem Inländer- bzw. Wohnortkonzept abgegrenzten Primäreinkommens der privaten Haushalte. Dieses umfasst die empfangenen Arbeitnehmerentgelte (Bruttolöhne und -gehälter einschließlich der Sozialbeiträge der Arbeitgeber), die von den privaten Haushalte per Saldo empfangenen Vermögenseinkommen sowie die Unternehmenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Zu Letzteren gehören die Selbstständigeneinkommen der dem Sektor private Haushalte angehörenden Unternehmen ohne eigene Rechtspersön-

Inländerkonzept

lichkeit sowie die unterstellten Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohneigentum.

Das Primäreinkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2007 insgesamt 85,8 Mrd. Euro. Es entstand überwiegend als Arbeitnehmerentgelt (61,1 Mrd. Euro bzw. 71,1%), das vollständig diesem Sektor zugerechnet wird. Die restlichen 24,8 Mrd. Euro bzw. 28,9% waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen, und zwar 10,9 Mrd. Euro bzw. 12,7% als Betriebsüberschuss und Selbstständigen-einkommen und 13,9 Mrd. Euro bzw. 16,2% als Vermögenseinkommen.

... ergibt sich nach Umverteilung die sekundäre Einkommensverteilung

Steuern,
Abgaben und
Sozialbeiträge

Das Primäreinkommen stellt jedoch noch nicht den Betrag dar, über den die Haushalten frei verfügen können. Das verfügbare Einkommen ergibt sich, indem vom Primäreinkommen die geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers hinzu gezählt werden. Die Umverteilung der Einkommen durch laufende Transfers spielt sich in erster Linie zwischen dem Staat (einschließlich der Sozialversicherung) und dem Haushaltssektor ab. Zu den von privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) und die Sozialbeiträge. Letztere beinhalten die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Sozialbeiträge der Selbstständigen und der Nichterwerbstätigen sowie die unterstellten Sozialbeiträge (insbesondere für die Beamtenversorgung und Beihilfen im Krankheitsfall). Zu den

geleisteten Transfers zählen außerdem die Nettoprämien für Schadenversicherungen wie private Krankenversicherung, Kfz- und allgemeine Haftpflichtversicherung u. Ä.

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers stellen überwiegend monetäre Sozialleistungen dar. In erster Linie sind dies die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Dazu gehören außerdem Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie z. B. Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Arbeitslosenhilfe, Hartz IV, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung). Neben den Sozialleistungen empfangen die privaten Haushalte Leistungen von Schadenversicherungen.

Monetäre
Sozialleistungen

Auf dem Weg der Einkommensumverteilung hatten die privaten Haushalte 2007 laufende Transfers in Höhe von 38,4 Mrd. Euro zu leisten und empfangen gleichzeitig 24,9 Mrd. Euro. Per Saldo sank also das Einkommen für die Gesamtheit der privaten Haushalte durch die Umverteilungsaktivitäten um 13,5 Mrd. Euro. Das verfügbare Einkommen betrug somit im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz 72,3 Mrd. Euro, das waren 84,2% des Primäreinkommens. Bei dieser Rechnung ist zu beachten, dass in den empfangenen laufenden Transfers nur die Geldleistungen enthalten sind, jedoch nicht die Dienst- und Sachleistungen des Staates.

Primärein-
kommen wird
durch Um-
verteilung im
Durchschnitt
um 16%
reduziert

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist somit das aussagekräftigste Einkommensaggregat, denn es berücksichtigt sämtliche Einkommensbestandteile, die den privaten Haushalten zufließen,

Verfügbares
Einkommen
als zentraler
Einkommens-
begriff

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte

	Bruttolöhne und -gehälter	
+	Sozialbeiträge der Arbeitgeber	
=	Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	
+	Betriebsüberschuss der privaten Haushalte und Selbstständigeneinkommen	
+	Vermögenseinkommen (Saldo)	
=	Primäreinkommen der privaten Haushalte	
-	Geleistete laufende Transfers	
+	Empfangene laufende Transfers	
=	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	
-	Private Konsumausgaben	
+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	
=	Sparen	

und sämtliche Abzüge, die das Einkommen schmälern. Es steht den privaten Haushalten für private Konsumausgaben oder zur Ersparnisbildung (das Sparen umfasst außerdem noch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) zur Verfügung und ist somit Ausgangspunkt für die Einkommensverwendung. Diese Einkommensgröße ist jedoch nicht gleichbedeutend mit der Kaufkraft der privaten Haushalte im Sinne eines Maßstabs für die regionale Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen des privaten Konsums. Die Absolutwerte des verfügbaren Einkommens geben Aufschluss über die potenzielle Kaufkraft der Bevölkerung in einer Region. Es ist jedoch zu berücksichti-

gen, dass ein Teil des Einkommens gespart oder außerhalb des Wohnortes verausgabt wird. Außerdem wird der Vergleich verschiedener Regionen anhand des (nominalen) verfügbaren Einkommens durch regionale Preisniveauunterschiede eingeschränkt.

Im Vergleich zum Jahr 2000 ist das Primäreinkommen in Rheinland-Pfalz (nominal) um 14,1% gestiegen. Da die empfangenen laufenden Transfers in diesem Zeitraum geringfügig stärker zugenommen haben (+13,5%) als die geleisteten (+12,6%), ergibt sich für das verfügbare Einkommen eine etwas höhere Zunahme als für das Primäreinkommen. Es lag 2007 um 14,7% über dem des Jahres 2000.

Verfügbares Einkommen um knapp 15% seit 2000 gestiegen

T 1

Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ 2007 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Primäreinkommen				Verfügbares Einkommen				Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in %
	Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		Mill. EUR	Anteil am Land in %	je Einwohner		
			EUR	Rheinland-Pfalz = 100			EUR	Rheinland-Pfalz = 100	
Frankenthal (Pfalz), St.	939	1,1	19 971	94,2	821	1,1	17 457	97,8	87,4
Kaiserslautern, St.	1 790	2,1	18 271	86,2	1 595	2,2	16 280	91,2	89,1
Koblenz, St.	2 133	2,5	20 120	94,9	1 867	2,6	17 611	98,6	87,5
Landau i. d. Pfalz, St.	922	1,1	21 382	100,9	773	1,1	17 934	100,4	83,9
Ludwigshafen a. Rh., St.	2 974	3,5	18 160	85,7	2 587	3,6	15 798	88,5	87,0
Mainz, St.	4 485	5,2	22 745	107,3	3 489	4,8	17 692	99,1	77,8
Neustadt a. d. Weinstr., St.	1 200	1,4	22 351	105,4	1 028	1,4	19 146	107,2	85,7
Pirmasens, St.	724	0,8	17 188	81,1	720	1,0	17 082	95,7	99,4
Speyer, St.	1 124	1,3	22 175	104,6	945	1,3	18 644	104,4	84,1
Trier, St.	2 030	2,4	19 602	92,5	1 749	2,4	16 881	94,5	86,1
Worms, St.	1 605	1,9	19 517	92,1	1 364	1,9	16 585	92,9	85,0
Zweibrücken, St.	638	0,7	18 345	86,5	568	0,8	16 343	91,5	89,1
Ahrweiler	2 696	3,1	20 850	98,4	2 338	3,2	18 082	101,3	86,7
Altenkirchen (Ww.)	2 579	3,0	19 057	89,9	2 285	3,2	16 883	94,6	88,6
Alzey-Worms	2 873	3,3	22 822	107,7	2 273	3,1	18 060	101,1	79,1
Bad Dürkheim	3 172	3,7	23 571	111,2	2 576	3,6	19 145	107,2	81,2
Bad Kreuznach	3 317	3,9	21 043	99,3	2 881	4,0	18 275	102,4	86,8
Bernkastel-Wittlich	2 361	2,8	20 847	98,3	2 051	2,8	18 112	101,4	86,9
Birkenfeld	1 674	2,0	19 300	91,1	1 523	2,1	17 554	98,3	91,0
Cochem-Zell	1 251	1,5	19 214	90,6	1 109	1,5	17 032	95,4	88,6
Donnersbergkreis	1 579	1,8	20 214	95,4	1 314	1,8	16 820	94,2	83,2
Eifelkreis Bitburg-Prüm	1 954	2,3	20 509	96,8	1 644	2,3	17 254	96,6	84,1
Germersheim	2 787	3,2	22 199	104,7	2 230	3,1	17 760	99,5	80,0
Kaiserslautern	2 149	2,5	19 893	93,8	1 823	2,5	16 869	94,5	84,8
Kusel	1 414	1,6	18 769	88,5	1 232	1,7	16 357	91,6	87,2
Mainz-Bingen	5 532	6,4	27 494	129,7	4 249	5,9	21 119	118,3	76,8
Mayen-Koblenz	4 437	5,2	20 820	98,2	3 750	5,2	17 596	98,5	84,5
Neuwied	3 921	4,6	21 297	100,5	3 353	4,6	18 211	102,0	85,5
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 169	2,5	20 710	97,7	1 852	2,6	17 678	99,0	85,4
Rhein-Lahn-Kreis	2 653	3,1	20 933	98,8	2 284	3,2	18 024	100,9	86,1
Rhein-Pfalz-Kreis	3 648	4,2	24 439	115,3	2 916	4,0	19 539	109,4	80,0
Südliche Weinstraße	2 370	2,8	21 532	101,6	1 980	2,7	17 991	100,8	83,6
Südwestpfalz	2 025	2,4	19 832	93,6	1 792	2,5	17 550	98,3	88,5
Trier-Saarburg	3 111	3,6	22 125	104,4	2 540	3,5	18 065	101,2	81,6
Vulkaneifel	1 225	1,4	19 449	91,8	1 090	1,5	17 297	96,9	88,9
Westerwaldkreis	4 378	5,1	21 640	102,1	3 717	5,1	18 372	102,9	84,9
Rheinland-Pfalz	85 837	100	21 197	100	72 305	100	17 855	100	84,2
kreisfreie Städte	20 564	24,0	20 118	94,9	17 505	24,2	17 126	95,9	85,1
Landkreise	65 273	76,0	21 561	101,7	54 800	75,8	18 102	101,4	84,0

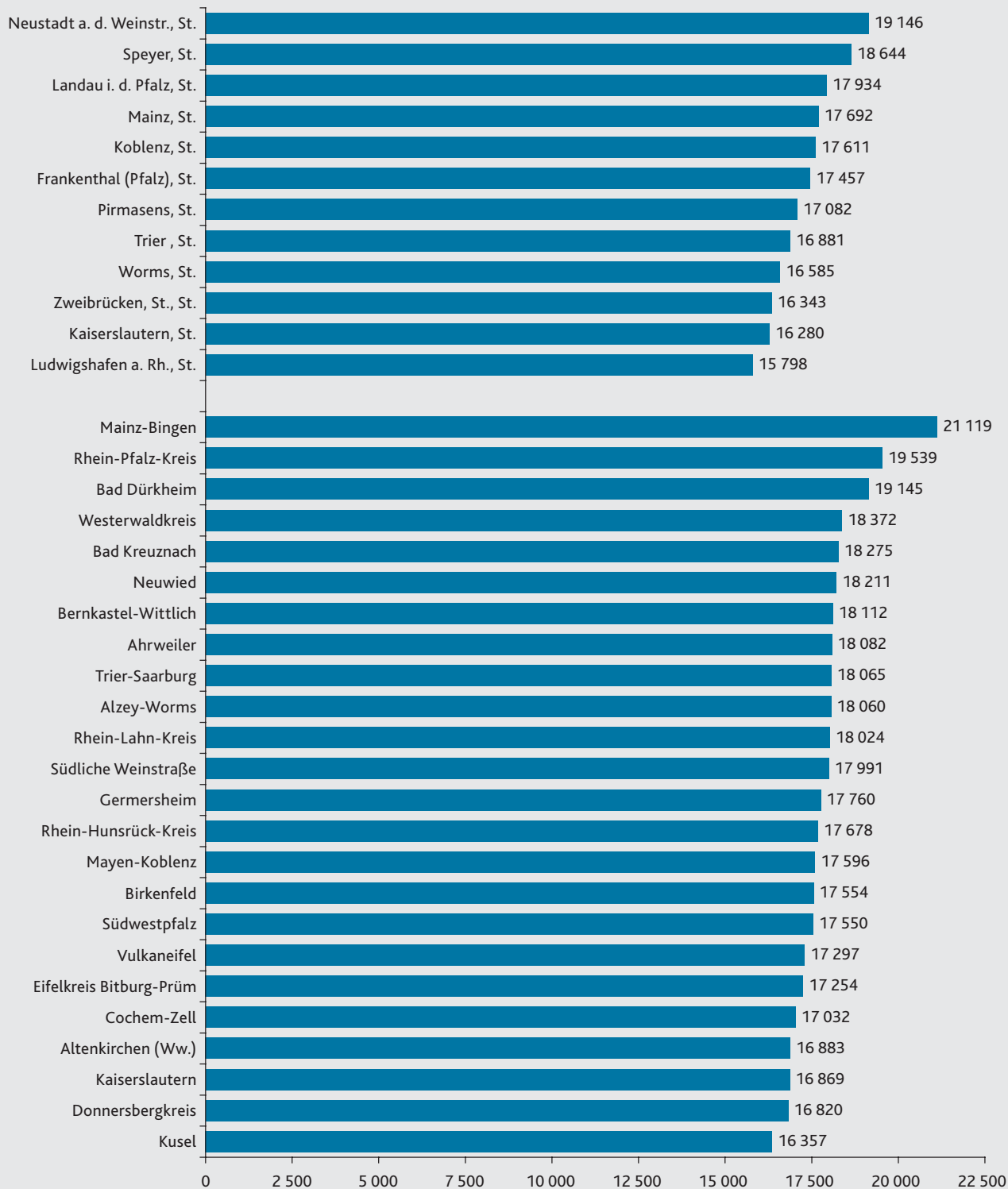
1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2008

G 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2007 nach Verwaltungsbezirken

EUR je Einwohner



Durchschnittlich 17 855 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Bezogen auf die Einwohner errechnet sich für Rheinland-Pfalz ein durchschnittliches Primäreinkommen von 21 197 Euro. Im Durchschnitt lag der Wert für die Landkreise mit 21 561 Euro um gut 1 440 Euro bzw. 7,2% über dem Durchschnitt der kreisfreien Städte (20 118 Euro). Innerhalb dieser Gebietstypen streuen die Pro-Kopf-Einkommen jedoch beträchtlich. Bei den Städten reicht die Spannweite von 22 745 Euro (Mainz) bis 17 188 Euro (Pirmasens) und bei den Landkreisen sogar von 27 494 Euro (Mainz-Bingen) bis 18 769 Euro (Kusel). Der höchste Wert übertraf demnach den Landesdurchschnitt um 30%, während der niedrigste um 19% darunter lag. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert im Landkreis Mainz-Bingen lag also um 60% höher als in Pirmasens.

Im Zuge der Umverteilung ist das durchschnittliche Einkommen um 3 342 Euro gesunken. Im Durchschnitt stand jedem Rheinland-Pfälzer ein Einkommen von 17 855 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. In den Landkreisen lag der durchschnittliche Pro-Kopf-Wert mit 18 102 Euro geringfügig über dem Landesdurchschnitt (+1,4%), in den kreisfreien Städten mit 17 126 Euro dagegen gut 4% darunter. Der Abstand zwischen den kreisfreien Städten und Landkreisen betrug demnach 976 Euro.

Landkreis
Mainz-Bingen
nimmt Spitzen-
position ein

Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner verzeichnete der Landkreis Mainz-Bingen mit 21 119 Euro, gefolgt vom Rhein-Pfalz-Kreis (19 539 Euro) und Bad Dürkheim (19 145 Euro). Auf gleicher Höhe lag der höchste Städtewert von Neustadt an der Weinstraße. Über ein wesentlich geringeres Einkommen verfügten die pri-

vaten Haushalte der Stadt Ludwigshafen mit 15 798 Euro. Unter den Landkreisen war der niedrigste Wert für Kusel festzustellen (16 357 Euro).

Durch die Umverteilung ist die Spannweite insgesamt kleiner geworden: Der höchste Wert übertraf den Landesdurchschnitt um 18,3%, während der niedrigste um 11,5% darunter lag. Demnach verfügten die Einwohner in Mainz-Bingen durchschnittlich über ein um 34% höheres Einkommen als in Ludwigshafen. Von den 36 kreisfreien Städten und Landkreisen in Rheinland-Pfalz lag das verfügbare Einkommen je Einwohner in 13 Verwaltungsbezirken um mehr als 5% über oder unter dem Landesdurchschnitt, beim Primäreinkommen waren es 21 Städte und Landkreise.

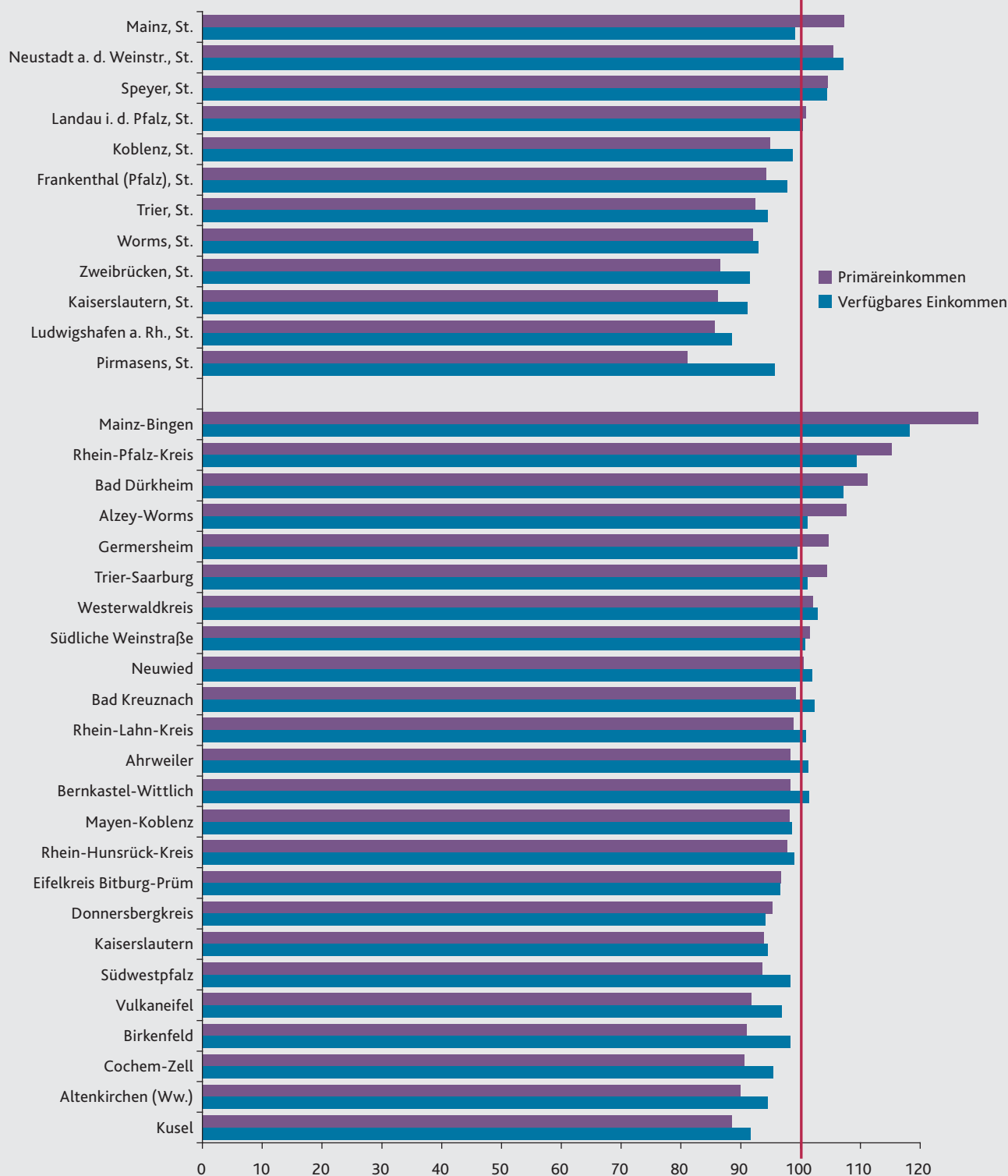
Es hat also tendenziell eine Annäherung an den Landesdurchschnitt stattgefunden. In den meisten Regionen mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Primäreinkommen ist durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt eingetreten. In diesen Gebieten lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen über dem Landesdurchschnitt von 84,2%. Am deutlichsten profitiert hat die Stadt Pirmasens, hier lag das verfügbare Einkommen fast auf gleicher Höhe wie das Primäreinkommen. Auch in den Städten Kaiserslautern und Zweibrücken sowie in den Landkreisen Birkenfeld und Vulkaneifel lag der Anteil bei rund 90%. Umgekehrt hat auch in den meisten Regionen mit überdurchschnittlichem Pro-Kopf-Primäreinkommen durch die Umverteilung eine Annäherung an den Landesdurchschnitt stattgefunden. So lag der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen in der Stadt Mainz und im Landkreis Mainz-Bingen nur bei rund 78 bzw. 77%.

Umverteilung
verringert
regionale
Disparitäten

G 2

Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2007 nach Verwaltungsbezirken

Messzahl: Rheinland-Pfalz = 100



Bedeutung von Pendler- verflechtungen

Die Höhe des Primäreinkommens wird natürlich mitbestimmt von der Wirtschaftsstruktur und der Wirtschaftskraft einer Region sowie der Erwerbsbeteiligung. Bei kleinräumiger Betrachtung ist allerdings zu beachten, dass die in der Region entstandenen Einkommen durch Pendlerverflechtungen gravierend verändert werden können. So wird z. B. in der Stadt Ludwigshafen das höchste Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz erwirtschaftet, während der Wert für den umliegenden Rhein-Pfalz-Kreis deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt. Beim verfügbaren Einkommen je Einwohner jedoch liegt der Wert für den Rhein-Pfalz-Kreis erheblich höher als der der Stadt Ludwigshafen. Außer durch diese Einkommensströme wird das verfügbare Einkommen in den Verwaltungsbezirken auch durch die Umverteilung in unterschiedlichem Ausmaß verändert. Die unterschiedliche Bedeutung der geleisteten und der empfangenen Transfers beruht zum Teil sicherlich auf Abweichungen in der Altersstruktur der Bevölkerung und der Haushaltsstruktur.

Verfügbares Einkommen in den Landkreisen stärker gestiegen als in den Städten

Gegenüber
2006: +1,8%

Gegenüber 2006 erhöhte sich das verfügbare Einkommen in Rheinland-Pfalz im Durchschnitt je Einwohner um 314 Euro bzw. 1,8%. In den rheinland-pfälzischen Landkreisen ist es stärker gestiegen als in den kreisfreien Städten: Von 2006 auf 2007 nahm das Einkommen in den Landkreisen im Durchschnitt um 2,1% zu und um 0,9% in den kreisfreien Städten. Allerdings ist zu beachten, dass es von 2006 auf 2007 bei den Landkreisen eine Abnahme (–0,3%) und

bei den kreisfreien Städten eine Zunahme (+0,5%) der jahresdurchschnittlichen Einwohnerzahl gegeben hat.

Im Vergleich zu 2000 ist das Pro-Kopf-Einkommen in Rheinland-Pfalz um 2 216 Euro bzw. 14,2% gestiegen. Auch über diesen etwas längeren Zeitraum von 2000 bis 2007 betrachtet fiel der Anstieg in den Landkreisen im Mittel stärker aus (15,2%) als in den kreisfreien Städten (11,1%). In diesem Zeitraum stagnierte die Einwohnerzahl in den Landkreisen insgesamt (+0,1%), während die Bevölkerung in den kreisfreien Städten um 1,6% zunahm.

Der stärkste Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens gegenüber dem Jahr 2000 wurde unter den Städten mit 17% in Speyer sowie 16,4% in Trier erreicht. Dagegen nahm das durchschnittliche Einkommen je Einwohner in Mainz nur um 6,1% zu. Durch die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer ist dort die Bevölkerungszahl deutlich gestiegen, da viele

Höchste
Zuwächse in
Trier-Saarburg
und im Eifel-
kreis Bitburg-
Prüm

Weitere Informationen

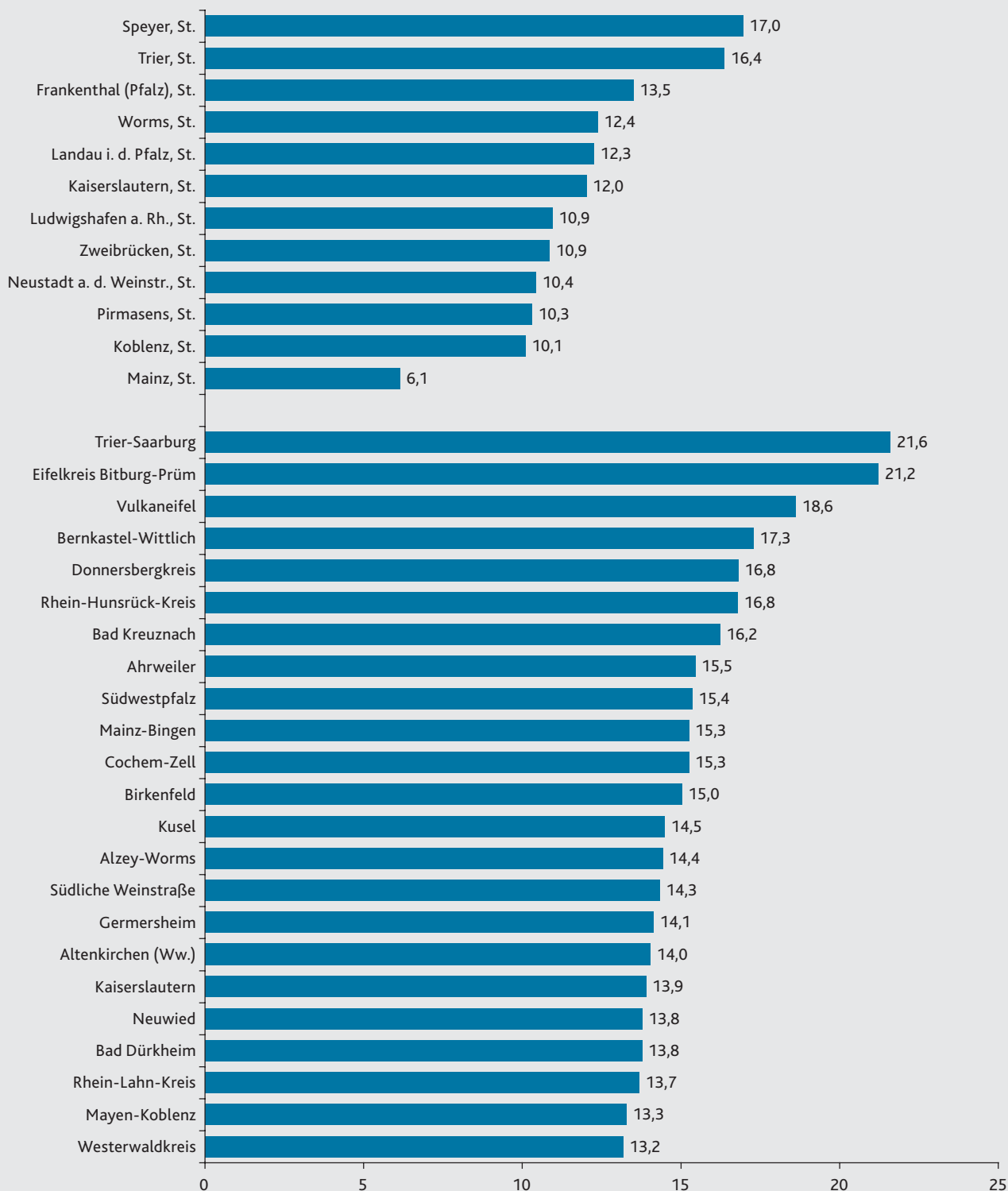
Nähere methodische Erläuterungen und Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Primäreinkommen und verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten, Landkreisen und Regionen 1992 bis 2007“. http://www.statistik.rlp.de/verlag/berichte/P1053_200700_1j_K.pdf.

Die Gemeinschaftsveröffentlichung Reihe 2 Band 3 des Arbeitskreises VGR der Länder mit Ergebnissen für alle kreisfreien Städte und Landkreise in Deutschland steht hier kostenfrei zur Verfügung http://www.statistik.rlp.de/vgr/veroeff/VGR-GV/R2B3_0808.xls.

G 3

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 2007 nach Verwaltungsbezirken

Veränderung gegenüber 2000 in %



Studenten ihren Nebenwohnsitz in den Hauptwohnsitz Mainz umwandelten. Die höchsten Zuwachsraten unter den Landkreisen hatten Trier-Saarburg sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm mit über 21% zu verzeichnen, es folgen die beiden Kreise Vulkaneifel und Bernkastel-Wittlich. Diese Kreise gehören wie auch die Stadt Trier zur Grenzregion des Großherzogtums Luxemburg. Da immer mehr Menschen aus den grenznahen Gebieten dorthin zur Arbeit pendeln, profitiert die Region von der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in Luxemburg. Im Jahr 2000 hatte das durchschnittliche verfügbare

Einkommen im Eifelkreis Bitburg-Prüm den Landesdurchschnitt um 9% unterschritten, im Jahr 2007 waren es nur noch 3,4%, in Trier-Saarburg hatte der Wert 5% darunter gelegen und lag 2007 sogar 1,2% darüber.

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Hochschulen 2008/09

Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen



Von Bettina Link

Die Hochschulen sehen sich zurzeit tief greifenden Veränderungen gegenüber. Schon jetzt verzeichnen sie einen spürbaren Anstieg der Studierendenzahlen, der auch in den nächsten Jahren anhalten wird und einen umfangreichen Ausbau der Studienkapazitäten erfordert. Darüber hinaus erfolgt gegenwärtig die Umstellung der meisten Studiengänge auf ein mehrstufiges Bachelor- und Mastersystem. Zudem wurden in den vergangenen Jahren die Entscheidungsspielräume und das Aufgabenspektrum der Hochschulen schrittweise erweitert. Hierdurch eröffnet sich die Möglichkeit einer stärkeren Differenzierung der Hochschulen. Diese wird vor dem Hintergrund der Exzellenzinitiative und vor allem durch den wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerb immer wichtiger. Die größere Unabhängigkeit der Hochschulen, die neue Wettbewerbssituation, aber auch die knapper werdenden Mittel der öffentlichen Hand sorgen dafür, dass sich das Augenmerk verstärkt auf die von den Hochschulen erzielten Ergebnisse in Forschung und Lehre richtet. Hierdurch gewinnen die Daten und Kennzahlen der amtlichen Statistik eine zunehmende Bedeutung.

Anhaltender Anstieg der Studienanfänger- und Studierendenzahlen

Zahl der Studierenden seit 2003 um gut 11% gestiegen

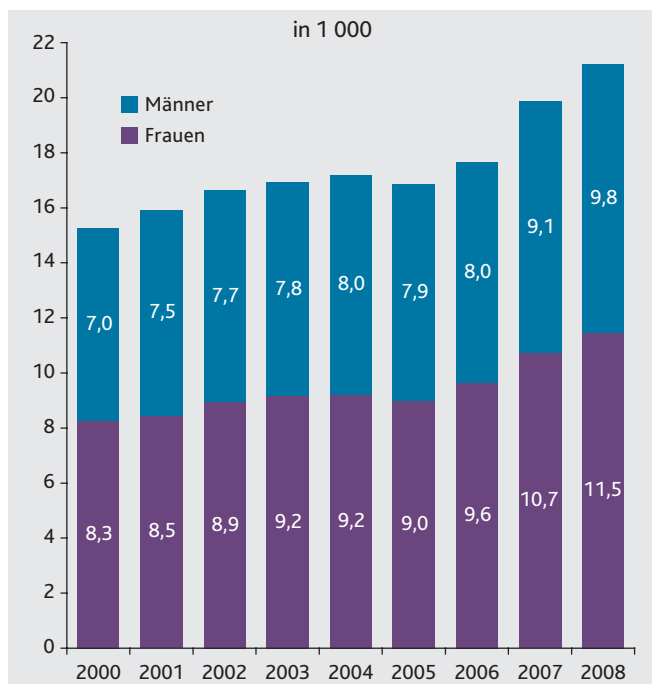
Im Wintersemester 2008/09 erreichte die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz einen neuen Höchststand. Mehr als 107 000 Personen absolvierten ein Studium an einer der 19 Hochschulen im Land. Das waren gut 11% mehr als fünf Jahre zuvor.

In den nächsten Jahren ist mit einer weiteren Zunahme der Studierendenzahlen zu rechnen. Das liegt zum einen an der demografischen Entwicklung. So verlassen derzeit die Kinder der geburtenstarken Jahrgänge der

1960er-Jahre die weiterführenden Schulen. Zum anderen zeigen sich die Effekte eines geänderten Bildungsverhaltens. Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen einen Schulabschluss, der zur Aufnahme eines Hochschulstudiums berechtigt. Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulzugangsberechtigung an der 18- bis 20-jährigen Bevölkerung, stieg in den letzten fünf Jahren um 6,2 Prozentpunkte auf 43,8% im Jahr 2008 (Deutschland: +5,9% auf 45,1%). Die Zahl der Studienberechtigten erhöhte sich in diesem Zeitraum um 25,4%.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler erreichen die Hochschulreife

G 1

Studienberechtigte 2000–2008
nach Geschlecht

Knapp 11%
mehr Studien-
anfänger als
2003

Infolge der höheren Studienberechtigten-
zahlen stieg auch die Zahl der Studienan-
fänger. So begannen im Wintersemester
2008/09 mehr als 20 000 Personen ein
Hochschulstudium in Rheinland-Pfalz. Das
waren knapp 11% mehr als vor fünf Jahren.

Für die Hochschulen bedeuten die zusätz-
lichen Studierenden zunächst eine Heraus-
forderung. Vor dem Hintergrund einer

T 1

Studienberechtigte und Studienberechtigten-
quote 2000–2008 nach Geschlecht

Jahr	Studienberechtigte			Studienberechtigtenquote		
	ins- gesamt	Frauen	Männer	ins- gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%		
2000	15 267	8 259	7 008	34,7	38,3	31,2
2001	15 918	8 451	7 467	35,3	38,3	32,4
2002	16 628	8 936	7 692	36,8	40,6	33,2
2003	16 912	9 162	7 750	37,6	41,6	33,7
2004	17 194	9 231	7 963	38,6	42,4	35,0
2005	16 861	8 985	7 876	37,2	40,5	34,0
2006	17 631	9 635	7 996	38,0	42,4	33,8
2007	19 859	10 728	9 131	41,3	45,4	37,3
2008	21 202	11 451	9 751	43,8	48,1	39,5

alternden Gesellschaft und der absehbar
wachsenden Nachfrage nach qualifizierten
Arbeitskräften stellen die zukünftigen
Akademiker eine wichtige Grundlage zur
Absicherung des gesellschaftlichen Wohl-
standes und der Finanzierbarkeit der sozi-
alen Sicherungssysteme dar. Die Akteure
der Bildungspolitik sind sich daher einig,
dass die Zahl der Studienberechtigten und
die der Hochschulabsolventen weiter erhöht
werden sollen. Die Zielvorgabe des Wissen-
schaftsrates liegt bei einer Studienberech-
tigtenquote von 50%.

Um die Hochschulen für den erwarteten
Studierendenzuwachs zu rüsten, verein-
barten Bund und Länder im Jahr 2007 den
Hochschulpakt 2020.

Hochschulpakt
2020

In diesem verpflichtete sich das Land Rhein-
land-Pfalz bis 2010 – ausgehend vom Ver-
gleichsjahr 2005 – 5 796 zusätzliche Stu-
dientanfänger aufzunehmen. Für den Aus-
bau der Hochschulen wird das Land bis zum
Jahr 2010 rund 28 Mill. Euro aus Bundes-
mitteln und ebenso viel aus eigenen Mitteln
investieren.

Studientanfängerquote gestiegen

Die Studienanfängerquote, also der Anteil
der Studienanfänger in Rheinland-Pfalz an
der gleichaltrigen Bevölkerung des Landes,
stieg im Jahr 2008 auf 41,7%. Sie liegt damit
2,3 Prozentpunkte höher als fünf Jahre zuvor
und leicht über dem von der Bundesregie-
rung angestrebten Wert von 40%.

Studientanfänger-
quote auf
steigt 41,7%

Dieser für Rheinland-Pfalz im Bundesver-
gleich überdurchschnittliche Wert geht
allerdings zu einem wesentlichen Teil auf
die Abiturienten anderer Bundesländer
zurück, die zum Studium ins studiengäh-
renfreie Rheinland-Pfalz kommen. Von den

Erläuterungen

■ Studienberechtigtenquote

Die Studienberechtigtenquote gibt den Anteil der Abgängerinnen und Abgänger berufsbildender und allgemeinbildender Schulen mit Hochschulreife an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 20 Jahren an.

■ Studienanfängerquote

Die Studienanfängerquote gibt an, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Als regionale Bezugsgröße kann entweder das Land, in dem die Studienberechtigung erworben wurde, oder der Studienort gewählt werden. Die Berechnung erfolgt nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

■ Absolventenquote

Die Absolventenquote gibt an, wie hoch der Anteil der Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Die Berechnung erfolgt wie bei der Studienanfängerquote nach dem sogenannten Quotensummenverfahren.

■ Fach- und Gesamtstudiendauer

Die Fachstudiendauer gibt die durchschnittliche Zahl der Ausbildungssemester an, die in einem bestimmten Studiengang bis zum Abschluss benötigt werden. Die Gesamtstudiendauer bezieht sich auf die Zahl der Semester, die insgesamt im Hochschulsystem verbracht werden.

■ Bologna-Reform

In der sogenannten Bologna-Erklärung aus dem Jahr 1999 brachten 29 europäische Staaten ihren Willen zum Ausdruck, bis zum Jahr 2010 einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Zu den Zielen gehörte die Etablierung eines einheitlichen Systems gestufter Studiengänge, dessen erste Stufe der berufsqualifizierende Bachelorabschluss ist, an den sich ein Masterstudium anschließen kann.

■ Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Län-

der Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

■ Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

■ Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittelfinanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

■ Laufende Ausgaben

In die Berechnung der laufenden Ausgaben (Grundmittel) werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke (z. B. für Personal und sächliche Verwaltungsausgaben) die Verwaltungs- und Drittmiteleinahmen abgezogen werden. Bei der Berechnung der laufenden Ausgaben bleiben die Investitionsausgaben unberücksichtigt.

Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängern,
- Studierenden und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal und Personalstellen sowie Habilitationen und
- Hochschulfinanzen

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter <http://www.statistik.rlp.de/bil>.

T 2

Eckdaten zu Studierenden und Studienanfängern 2000–2008 nach Geschlecht

Einheit ¹⁾	Hochschulstandort Rheinland-Pfalz						Studienanfängerquote					
	Studierende			Studienanfänger			am Hochschulstandort Rheinland-Pfalz			der rheinland-pfälzischen Studienberechtigten in Deutschland		
	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl						%					
2000	82 008	39 595	42 413	14 652	7 596	7 056	33,5	35,3	31,7	27,1	26,2	28,0
2001	85 881	42 284	43 597	16 355	8 623	7 732	36,6	39,1	34,4	29,1	28,5	29,7
2002	91 123	45 522	45 601	17 841	9 484	8 357	39,2	42,4	36,3	31,0	31,7	30,5
2003	96 139	47 821	48 318	18 030	9 033	8 997	39,4	40,2	38,7	31,8	30,5	33,1
2004	99 138	49 431	49 707	17 807	8 979	8 828	39,0	40,0	38,1	30,6	29,6	31,6
2005	101 845	50 770	51 075	17 535	8 931	8 604	38,4	39,8	37,1	30,5	29,8	31,2
2006	103 156	51 723	51 433	17 725	9 404	8 321	38,4	41,3	35,7	30,0	30,7	29,3
2007	105 630	53 396	52 234	19 222	10 158	9 064	40,7	43,4	38,1	31,4	31,8	31,1
2008	107 116	54 181	52 935	20 004	10 427	9 577	41,7	43,9	39,7	34,4	34,1	34,7

1) Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester.

Personen, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangten, begannen im Jahr 2008 lediglich 34,4% ein Studium an einer deutschen Hochschule.

Die Differenz zwischen den beiden Quoten ist einerseits ein Indiz für die überregionale Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen. Sie offenbart aber auch ein Potenzial, die Studierneigung der eigenen Landeskinder zu erhöhen.

Absolventen werden jünger

12 077 Studierende schließen Erststudium erfolgreich ab

Die Zahl der Absolventen der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist in den vergangenen Jahren ebenfalls merklich gestiegen. Im Jahr 2008 schlossen 12 077 Studierende ein erstes Studium erfolgreich ab. Gegenüber 2003 ist das ein Anstieg um 44,2%. Die Absolventenquote hat sich zwischen 2003 und 2008 um 7,6 Prozentpunkte auf nun 25,9% erhöht. Damit liegt Rheinland-Pfalz nahe am Bundeswert von 26,2%.

Wird der aktuelle Absolventenjahrgang mit dem bei einer durchschnittlichen Studien-

dauer von fünf Jahren korrespondierenden Studienanfängerjahrgang von 2003 verglichen, so differieren für diese fiktive Kohorte die Absolventenquote (25,9%) und die korrespondierende Studienanfängerquote (39,4%) immerhin um 13,5 Prozentpunkte. Diese Differenz ist ein grober Indikator für den Anteil der Studienabbrecher im Anfängerjahrgang 2003.

Ein wichtiges Thema in der hochschulpolitischen Diskussion ist neben den Absolventenzahlen die Studiendauer, da von ihr unter anderem auch der finanzielle Aufwand für ein Studium abhängt.

Für den erfolgreichen Berufseinstieg der Absolventen spielt zudem das Alter bei Erreichen des Studienabschlusses eine wichtige Rolle. Im Durchschnitt erreichten die Absolventen des Jahrganges 2008 ihren Erstabschluss nach einer Fachstudiendauer von 10,3 Semestern im Alter von 27,5 Jahren und damit etwas früher als in der Vergangenheit.

Absolventen im Durchschnitt 27,5 Jahre alt

T 3

Eckdaten zu Absolventen 2000–2008 nach Geschlecht

Einheit ¹⁾	Absolventen ²⁾			Absolventenquote ²⁾			Durchschnittsalter bei Erstabschluss			Durchschnittliche Fachstudiendauer ²⁾		
	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer	ins-gesamt	Frauen	Männer
	Anzahl			%			Jahre			Fachsemester		
2000	8 824	4 321	4 503	18,0	18,5	17,4	28,1	27,5	28,6	11,1	10,9	11,4
2001	8 531	4 199	4 332	18,2	18,7	17,6	28,0	27,3	28,7	11,0	10,7	11,3
2002	7 909	4 072	3 837	17,2	18,3	16,2	28,0	27,4	28,6	11,0	10,7	11,2
2003	8 374	4 464	3 910	18,3	19,9	16,7	28,1	27,5	28,7	10,8	10,7	11,0
2004	8 893	4 813	4 080	19,6	21,3	17,8	27,7	27,2	28,3	10,6	10,3	11,0
2005	10 008	5 391	4 617	21,9	23,7	20,2	27,6	27,1	28,1	10,6	10,4	10,8
2006	9 937	5 500	4 437	21,5	23,8	19,3	27,6	27,2	28,0	10,6	10,4	10,8
2007	11 198	6 183	5 015	24,0	26,5	21,6	27,5	27,2	27,9	10,4	10,3	10,5
2008	12 077	6 669	5 408	25,9	28,6	23,2	27,5	27,2	27,9	10,3	10,2	10,4

1) Absolventen: Prüfungsjahr. – 2) Erstabsolventen.

Mit der zunehmenden Etablierung der neuen Bachelorabschlüsse ist mit einer weiteren Verringerung der durchschnittlichen Studiendauer und des Alters der Erstabsolventen zu rechnen.

Umsetzung der Bologna-Reform schreitet voran

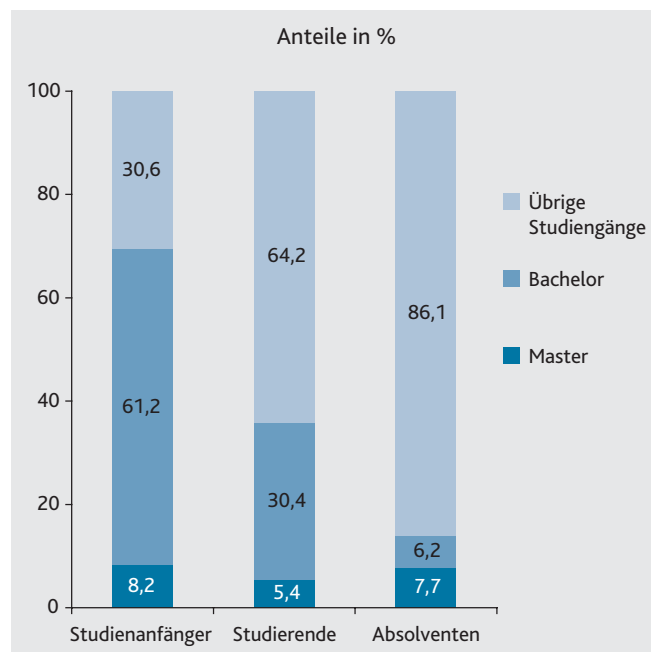
Die infolge der Bologna-Erklärung begonnene Umstellung der Studiengänge auf ein zweistufiges System aus Bachelor- und Master-Studiengängen schreitet voran und führt zu einem anhaltenden Anstieg des Anteils dieser neuen Studiengänge. Im Sommersemester 2009 waren nach Angaben der Hochschulrektorenkonferenz bereits 90% aller Studiengänge in Rheinland-Pfalz auf das neue Bachelor- und Mastersystem umgestellt (Deutschland: 76%).

Im Wintersemester 2008/09 begannen schon 80% der Studierenden im ersten Fachsemester ein auf die Erlangung des Bachelor- oder Masterabschlusses ausgerichtetes Studium. Unter den Absolventen lag der Anteil der Bachelor- und Masterabschlüsse im Prüfungsjahr 2008 bei 14%.

Deutliche Unterschiede bezüglich der Umstellung gibt es zwischen den verschiedenen Hochschularten. An den Fachhochschulen ist die Umstellung am weitesten vorangeschritten. Hier befanden sich im Wintersemester 2008/09 bereits 91% aller Studierenden im ersten Fachsemester in

G 2

Studienanfänger, Studierende und Absolventen 2008 nach angestrebtem Abschluss



T 4

Eckdaten zu MINT-Fächern¹⁾ 2000–2008

Einheit ²⁾	Studienanfänger			Studierende			Absolventen		
	ins-gesamt	Frauen		ins-gesamt	Frauen		ins-gesamt	Frauen	
		Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%
2000	4 799	1 652	34,4	24 920	8 019	32,2	3 184	985	30,9
2001	5 186	1 704	32,9	25 764	8 367	32,5	2 960	949	32,1
2002	5 621	2 013	35,8	27 227	9 105	33,4	2 727	917	33,6
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6

1) Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2) Studienanfänger: Jahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr.

einem Bachelor- oder Masterstudiengang. An den Universitäten betrug dieser Anteil 74%.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine besondere Stellung ein. Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

32,4% aller Studierenden belegen MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2008/09 absolvierten in Rheinland-Pfalz 34 751 Personen ein Studium in einem der MINT-Fächer. Ihr Anteil an allen Studierenden betrug damit 32,4% (Deutschland 34,8%). Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Die Studentinnen waren in den sogenannten MINT-Fächern deutlich unterrepräsentiert. Ihr Anteil an allen MINT-Studierenden lag im Wintersemester 2008/09 bei lediglich 34%. Allerdings variierten die Frauenanteile in den verschiedenen MINT-Studienbereichen erheblich. Relativ hoch waren sie in den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den künstlerischen Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich. In den eher technischen Fächern Elektrotechnik, Maschinenbau oder Informatik waren die Männer dagegen weitestgehend unter sich.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Mit zahlreichen Initiativen versuchen deshalb Akteure in Politik und Wirtschaft zurzeit den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen“. Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch

T 5

Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2008/09 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 008	951	15,8	5 057	84,2
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	5 305	823	15,5	4 482	84,5
Mathematik	3 557	1 744	49,0	1 813	51,0
Biologie	3 082	1 989	64,5	1 093	35,5
Geografie	2 528	1 302	51,5	1 226	48,5
Elektrotechnik	2 245	174	7,8	2 071	92,2
Chemie	2 147	990	46,1	1 157	53,9
Architektur, Innenarchitektur	2 091	1 268	60,6	823	39,4
Bauingenieurwesen	1 604	330	20,6	1 274	79,4
Physik, Astronomie	1 588	336	21,2	1 252	78,8
Ingenieurwesen allgemein	1 396	312	22,3	1 084	77,7
Raumplanung	1 385	657	47,4	728	52,6
Geowissenschaften	676	280	41,4	396	58,6
Pharmazie	501	357	71,3	144	28,7
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	453	275	60,7	178	39,3
Vermessungswesen	172	34	19,8	138	80,2
Verkehrstechnik, Nautik	13	-	0	13	100
Insgesamt	34 751	11 822	34,0	22 929	66,0

die Zahl der „MINT-Studentinnen“ zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

5,6 Prozentpunkte auf 42,3%. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 361 Frauen und 493 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

Nur jede siebte Professur von einer Frau besetzt

53,2% aller Absolventen sind Frauen

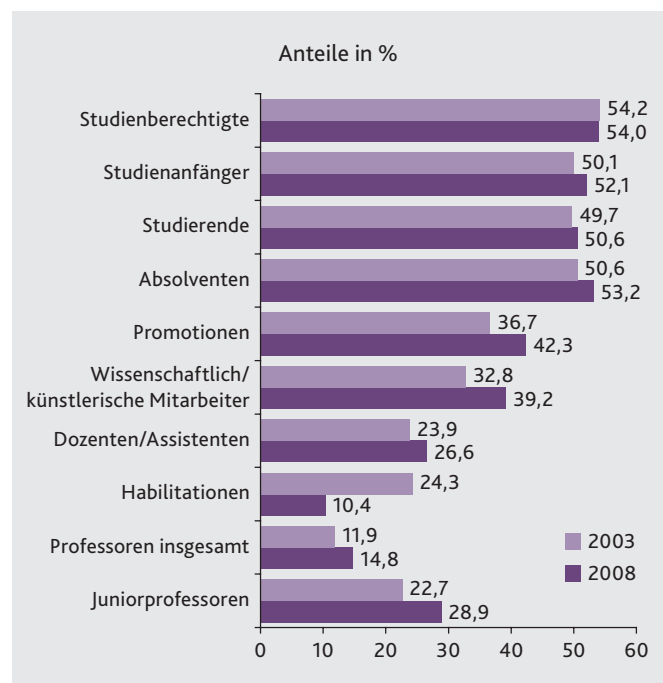
Der Frauenanteil an den Hochschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Mittlerweile stellen die Frauen innerhalb der Studierendenschaft (50,6%), bei den Studienanfängern (52,1%) und auch bei den Absolventen (53,2%) die Mehrheit.

Trotz ihrer starken Präsenz unter den Studierenden gilt für die akademische Laufbahn noch immer: je höher die „Statusgruppe“, desto geringer der Anteil der Frauen.

Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier stieg der Frauenanteil in den vergangenen fünf Jahren um

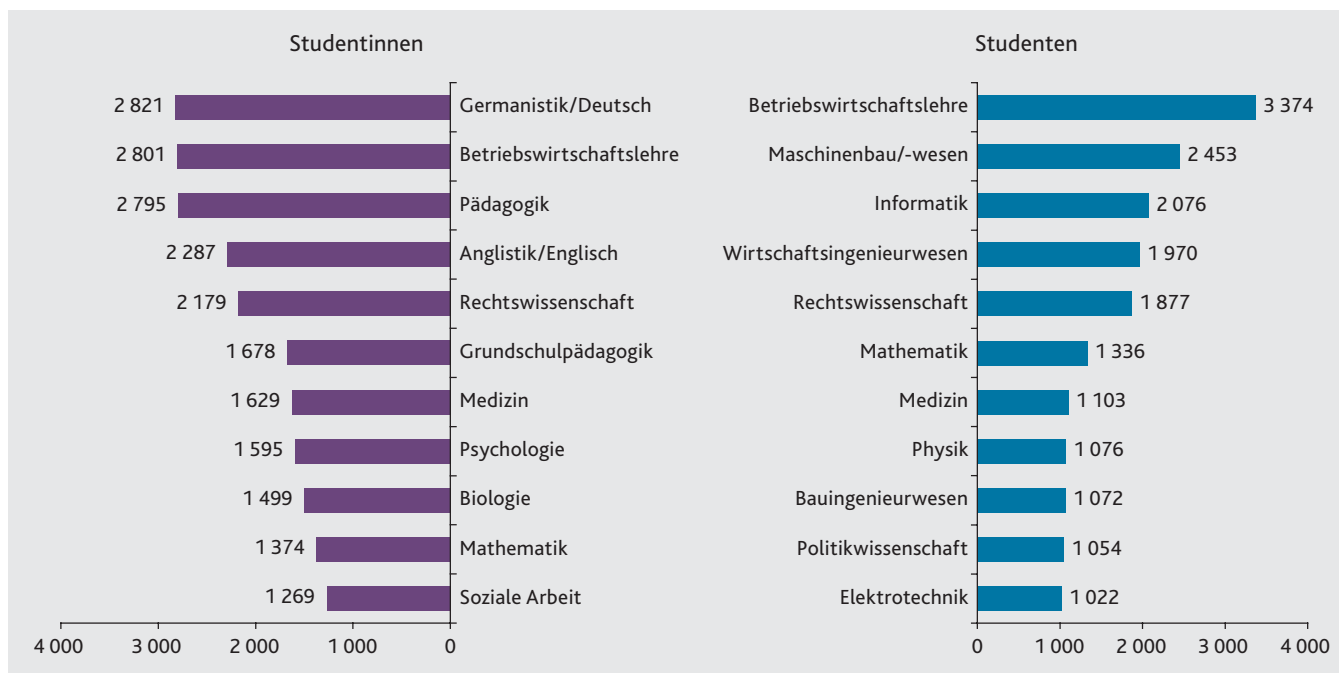
G 3

Frauen an Hochschulen 2003 und 2008



G 4

Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2008/09 nach Geschlecht



2008 wurden nur sieben von 67 Habilitationen von Frauen abgelegt

Bei den Habilitationen schwankte der Frauenanteil in den vergangenen Jahren recht stark. Wurden im Prüfungsjahr 2003 24,3% aller Habilitationen von Frauen abgeschlossen, so waren es im Jahr 2007 28,4%. Im letzten Jahr gab es unter den 67 Neuhabilitierten allerdings lediglich sieben Frauen.

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede siebte Professur wird derzeit von einer Frau besetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise starre Altersfristen und die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv.

Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnet jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2008 waren knapp 29% der Juniorprofessuren von Frauen besetzt. Dieser Anteil ist doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – gut die Hälfte der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Um gleichwertige Berufschancen von Akademikerinnen und Akademikern innerhalb und außerhalb der Hochschule

29% aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt.

T 6

Studierende im Wintersemester 2008/09 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)¹⁾ und dem Land des Studienortes

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungsüberschuss (+)/-defizit (-)
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Innerhalb des Bundesgebietes	89 590	100	98 236	91,7	8 646
Baden-Württemberg	12 009	13,4	8 781	8,2	- 3 228
Bayern	2 379	2,7	2 665	2,5	286
Berlin	1 354	1,5	826	0,8	- 528
Brandenburg	265	0,3	534	0,5	269
Bremen	193	0,2	176	0,2	- 17
Hamburg	746	0,8	413	0,4	- 333
Hessen	7 972	8,9	14 469	13,5	6 497
Mecklenburg-Vorpommern	234	0,3	452	0,4	218
Niedersachsen	1 006	1,1	2 272	2,1	1 266
Nordrhein-Westfalen	11 157	12,5	8 801	8,2	- 2 356
Rheinland-Pfalz	48 410	54,0	48 410	45,2	-
Saarland	2 310	2,6	7 469	7,0	5 159
Sachsen	607	0,7	890	0,8	283
Sachsen-Anhalt	256	0,3	572	0,5	316
Schleswig-Holstein	302	0,3	687	0,6	385
Thüringen	390	0,4	819	0,8	429
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben ²⁾	-	-	8 880	8,3	8 880
Insgesamt	89 590	100	107 116	100	17 526

1) Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2) Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.

zu erreichen, muss jedoch früher angesetzt werden. So sollte bereits in der Schule insbesondere auch das Interesse der Schülerinnen für die naturwissenschaftlich-technischen Fächer geweckt werden. Denn deutliche Geschlechterunterschiede zeigen sich schon bei der Studienfachwahl. Während Studentinnen vorwiegend sprachwissenschaftliche und pädagogische Studiengänge belegen, wählen ihre männlichen Kommilitonen eher technische Fächer wie Maschinenbau oder Informatik. Diese Fächer bieten häufig bessere Beschäftigungschancen, Aufstiegsmöglichkeiten und ein attraktiveres Gehalt.

Wanderungssaldo

54,8% aller Studierenden sind keine „Landeskinder“

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2008/09 waren etwa 54,8% aller Studierenden keine „Landeskinder“. Unter diesen stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (8,3%)

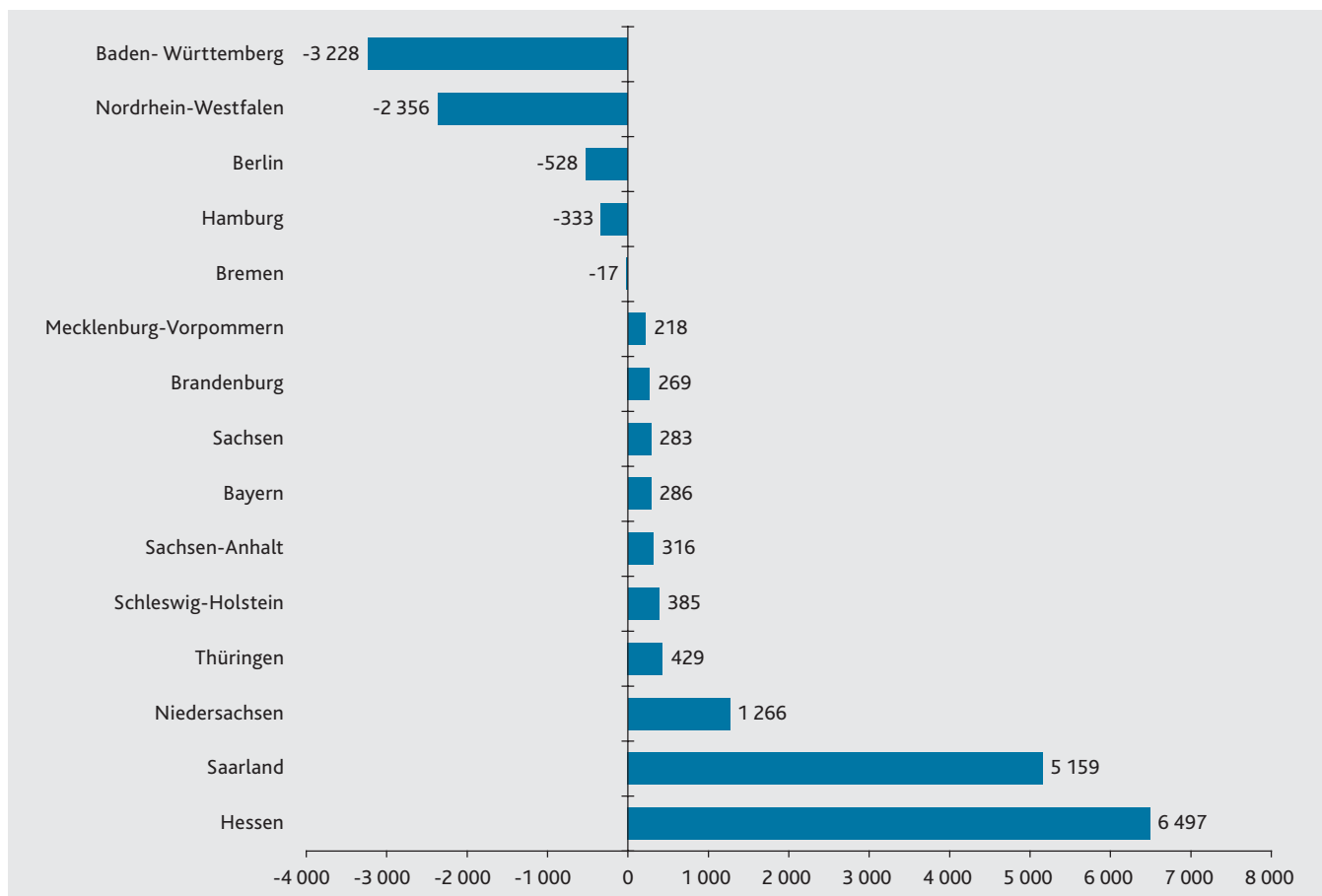
die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13,5%), Nordrhein-Westfalen (8,2%) und Baden-Württemberg (8,2%) erlangt haben, die größten Anteile.

Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen am beliebtesten. Hier studierten jeweils 13,4%, 12,5% und 8,9% der rheinland-pfälzischen Studienberechtigten. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen in das Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Jahr

G 5

Rheinland-pfälzischer Studierendenwanderungssaldo mit anderen Bundesländern Wintersemester 2008/09



2008 bei 8 646 Studierenden. Das heißt, dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

Im Jahr 2008 verzeichnete Rheinland-Pfalz nach Nordrhein-Westfalen (+13 814) die höchsten Zuwanderungsgewinne unter allen Flächenländern. Diese Bilanz kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandortes Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Sie ist aber sicherlich durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. So fordern beispielsweise

die rheinland-pfälzischen Nachbarländer Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester betragen können. In Rheinland-Pfalz ist das Erststudium dagegen gebührenfrei.

Ausländische Studierende

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländer“ bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Aus-

Anteil der Bildungsausländer in Rheinland-Pfalz bei 8,8%

T 7

Bildungsinländer und -ausländer in den Wintersemestern 2000/01–2008/09

Wintersemester	Bildungsausländer				Bildungsinländer			
	insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...		insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...	
			Universitäten ¹⁾	Fachhochschulen			Universitäten ¹⁾	Fachhochschulen
	Anzahl		%		Anzahl		%	
2000/01	6 138	7,5	8,8	4,5	2 432	3,0	2,8	3,4
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9	2 520	2,9	2,8	3,2
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1

1) Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

land. Der Anteil der „Bildungsausländer“ lag im Jahr 2008 bei 8,8% (Deutschland: 8,9%). Im Gegensatz zu früheren Jahren gibt es bei den Anteilswerten keinen Unterschied mehr zwischen Fachhochschulen und Universitäten.

Im Zeitvergleich lässt sich insgesamt eine leichte Zunahme des Anteils der „Bildungsausländer“ feststellen. Möglicherweise ist dies auch ein Erfolg der Bologna-Reform, die darauf zielt, durch Schaffung des europäischen Hochschulraums eine Steigerung der innereuropäischen Studierendenmobilität und eine Steigerung der internationalen Attraktivität europäischer Hochschulen zu erreichen.

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern“ im Jahr 2008 stellten die Studierenden mit chinesischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (964), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus Luxemburg (819) und Kamerun (697).

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländer“ bezeichnet.

Bei ihnen handelt es sich häufig um Angehörige der zweiten und dritten Generation von Zuwandererfamilien, die in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als „Gastarbeiter“ nach Deutschland kamen. Unter den „Bildungsinländern“ sind daher vor allem Personen mit türkischer (23,1%), italienischer (9,2%), kroatischer (6%) und griechischer (5,1%) Staatsangehörigkeit stark vertreten.

Der Anteil der „Bildungsinländer“ an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz liegt momentan bei 2,7%. Er ist seit acht Jahren leicht rückläufig. Dies hängt auch mit der

T 8

Bildungsausländer im Wintersemester 2008/09 nach Herkunftsland

Staatsangehörigkeit	Anzahl
China	964
Luxemburg	819
Kamerun	697
Marokko	625
Polen	529
Russische Föderation	472
Bulgarien	471
Ukraine	430
Frankreich	264
Türkei	246
Übrige	3 900
Insgesamt	9 417

T 9

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2003 und 2008

Beschäftigte	2003				2008				Veränderung VZÄ ¹⁾ 2008 gegenüber 2003 in %
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹⁾	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹⁾	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	6 608	1 889	28,6	5663,5	7 125	2 569	36,1	5840,5	3,1
Professor(inn)en	1 698	71	4,2	1662,5	1 743	104	6,0	1691,0	1,7
Dozent(inn)en und Assistent(inn)en	305	24	7,9	293,0	64	13	20,3	57,5	-80,4
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 141	1 662	40,1	3310,0	4 620	2 097	45,4	3571,5	7,9
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	464	132	28,4	398,0	698	355	50,9	520,5	30,8
Nebenberufliches Personal	2 874	2 874	100	574,8	3 790	3 790	100	758,0	31,9
Gastprofessor(inn)en, Emeriti	11	11	100	2,2	70	70	100	14,0	536,4
Lehrbeauftragte	2 534	2 534	100	506,8	3 110	3 110	100	622,0	22,7
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	329	329	100	65,8	610	610	100	122,0	85,4
Insgesamt	9 482	4 763	50,2	6238,3	10 915	6 359	58,3	6598,5	5,8

1) VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 zusammen. Diese Gesetzesänderung vereinfachte für die in Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund die Einbürgerung und führte in der Folge deutschlandweit zu einem Rückgang des Ausländeranteils.

Personelle Ausstattung der Hochschulen

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie das Universitätsklinikum in Mainz beschäftigten im Jahr 2008 insgesamt 21 224 Personen und damit etwa 1 300 mehr als 2003. Von den Beschäftigten waren 10 915 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 10 309 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

15% mehr
wissen-
schaftlich/
künstlerisches
Personal

Seit dem Jahr 2003 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+15%). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs die Zahl der Professorinnen und Professoren (+2,7%), die der wissen-

schaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (+11,6%) sowie die der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (+50,4%). Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Assistenten und Dozenten (-79%). Der generelle Anstieg der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen.

Diese ist in den vergangenen fünf Jahren um 8,1 Prozentpunkte auf nunmehr 58,3% gestiegen.

Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte“ vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 6 599 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2008. Gegenüber dem Jahr 2003 ergab sich ein Anstieg um 5,8%. Zudem zeigt sich, dass die Personalkapazitäten der Professorinnen und Professoren,

T 10

Betreuungsrelationen 2008 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ¹⁾		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen ¹⁾	
	Studierende ²⁾ je					
	Lehrperson ³⁾	Professor	Lehrperson ³⁾	Professor	Lehrperson ³⁾	Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	29,9	33,6	0,0	0,0	29,9	33,6
Humanmedizin/ Gesundheitswissenschaften	4,2	52,1	3,6	48,2	55,2	99,3
Ingenieurwissenschaften	24,8	42,4	22,9	67,9	25,6	37,0
Kunst, Kunstwissenschaft	14,5	37,9	12,8	40,4	18,9	34,2
Mathematik, Naturwissenschaften	21,0	55,2	19,9	59,8	27,5	42,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	31,4	71,6	32,0	103,3	30,7	53,1
Sport	35,8	208,8	35,8	208,8	0,0	0,0
Sprach- und Kulturwissenschaften	27,7	95,9	27,8	96,6	13,6	35,0
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	19,4	62,7	17,3	77,2	27,1	43,8

1) Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2) Studierende im Wintersemester 2008/09. – 3) Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Lehrkräfte für besondere Aufgaben aufgestockt wurden.

Der deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Dozenten und Assistenten (–80,4%) und der nahezu gleichstarke Anstieg der Personalkapazitäten der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+85%) ist Folge des 2003 in Kraft getretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentendienstverhältnissen nicht mehr zulässig.

Eine Lehrkraft betreute 19,4 Studierende

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Textkasten) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2008 eine Lehrkraft 19,4 Studierende¹⁾ (Deutschland 2007: 15). Auf einen Professor kamen im Schnitt 62,7 Studierende. Im Vergleich zum Jahr 2003

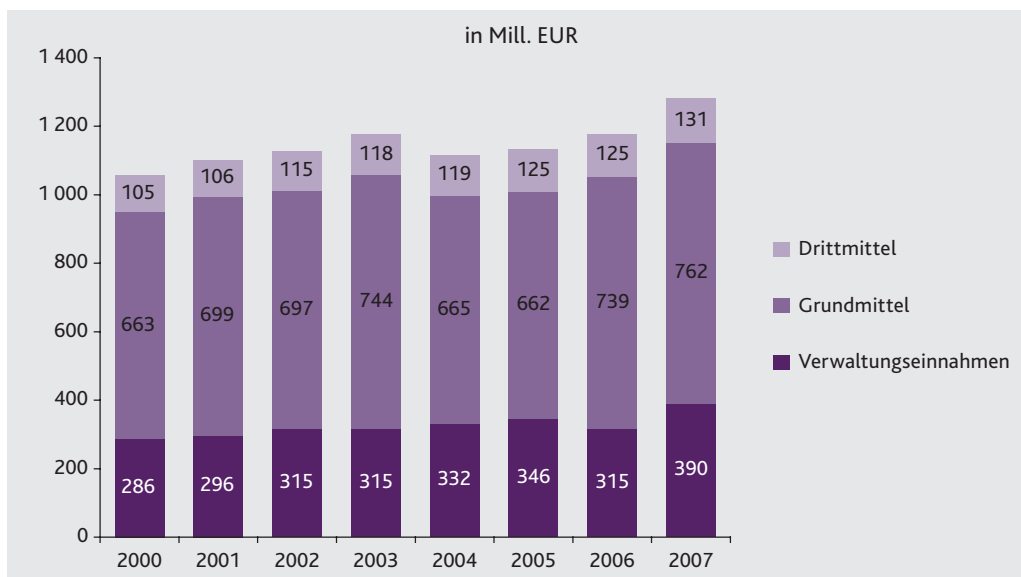
haben sich die Betreuungsrelationen damit um 1,5 Studierende pro Lehrkraft und um 5,9 Studierende pro Professor verschlechtert. Deutliche Unterschiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfallen im Jahr 2008 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende (77,2) auf einen Professor als an den Fachhochschulen (43,8). Hier spiegelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -professoren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 4,2 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe

1) Ohne Drittmittelfinanzierung und ohne Verwaltungsfachhochschulen.

G 6

Einnahmen der Hochschulen 2000–2007 nach Einnahmearten



Sport werden dagegen durchschnittlich fast 36 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Finanzen

Hochschulen
geben rund
1,3 Mrd. Euro
aus

Im Jahr 2007 gaben die rheinland-pfälzischen Hochschulen rund 1,3 Mrd. Euro für Forschung und Lehre aus, das waren knapp 14% mehr als fünf Jahre zuvor. Die Ausgaben der Hochschulen werden im Wesentlichen aus drei Quellen bestritten, nämlich aus Grundmitteln, aus Verwaltungseinnahmen und aus Drittmitteln.

Hierbei stellen die Grundmittel, also jene Mittel, die den Hochschulen vom Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden, mit 59,4% den größten Anteil (762 Mill. Euro).

Die Verwaltungseinnahmen beliefen sich im Jahr 2007 auf 390 Mill. Euro (Anteil 30,4%). Ein großer Teil dieser Einnahmen wurde, wie auch in den Vorjahren, an den medizinischen Einrichtungen des Universitätsklinikums Mainz erzielt.

Zudem konnten die Hochschulen 131 Mill. Euro an Drittmiteleinnahmen einwerben (Anteil 10,2%). Die wichtigsten Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (41,4 Mill. Euro), die gewerbliche Wirtschaft (33,5 Mill. Euro) und der Bund (21,2 Mill. Euro).

Wichtigster
Drittmittel-
geber ist die
Deutsche
Forschungs-
gemeinschaft

G 7

Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen 2007 nach Fächergruppen



T 11

Hochschulen 2008¹⁾

Hochschule	Studienanfänger 1. Hochschul- semester		Studierende		Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	4 937	-6,5	34 268	-1,4	3 761	0,6	3 221	14,8
Klinikum der Johannes Gutenberg- Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 292	2,8
Technische Universität Kaiserslautern	2 306	11,5	11 198	8,7	1 399	6,5	1 181	-3,5
Universität Trier	3 140	26,5	14 235	4,9	1 507	3,4	1 263	7,6
Universität Koblenz-Landau	1 699	-26,6	11 958	-4,0	1 656	2,7	1 036	1,0
Theologische Fakultät Trier	74	-31,5	434	3,1	16	-27,3	34	-5,6
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	15	275,0	205	12,6	38	137,5	35	12,9
Deutsche Hochschule für Verwaltungs- wissenschaften, Speyer	8	166,7	365	-1,1	40	-35,5	180	27,7
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	140	11,1	448	-2,0	214	33,8	196	-1,5
Fachhochschule Bingen	550	15,5	2 361	5,9	274	-5,2	107	-18,3
Fachhochschule Kaiserslautern	1 090	0,6	5 350	3,9	728	2,7	347	0,3
Fachhochschule Koblenz	1 566	26,8	6 338	6,8	1 101	20,7	473	10,5
Fachhochschule Ludwigshafen	878	34,7	3 767	27,3	694	31,7	302	57,3
Fachhochschule Mainz	800	0,9	4 246	-2,2	760	-2,1	323	4,5
Fachhochschule Trier	1 381	18,5	6 218	1,2	940	36,4	420	14,1
Fachhochschule Worms	600	12,8	2 755	0,8	437	-1,8	182	2,8
Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen ²⁾	-	-	-	-	107	-41,2	-	-
Katholische Fachhochschule, Mainz	201	23,3	905	5,7	155	6,2	111	9,9
Fachhochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	62	12,7	210	12,9	52	23,8	68	1,5
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	400	9,9	1 412	1,8	424	2,4	114	0,0
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	157	18,0	443	8,6	116	-8,7	30	3,4
Sonstige deutsche Hochschule ³⁾	-	-	-	-	46	-44,6	-	0,0
Hochschule im Ausland ³⁾	-	-	-	-	7	-36,4	-	0,0
Insgesamt	20 004	4,1	107 116	1,4	14 472	5,4	10 915	6,4

1) Studienanfänger: Kalenderjahr 2008, Studierende: Wintersemester 2008/09, Absolventen: Prüfungsjahr 2008, Personal: Wintersemester 2008/09. –

2) Die Evangelische Fachhochschule Ludwigshafen wurde zum 1. März 2008 in die Fachhochschule Ludwigshafen integriert. Im Prüfungsjahr 2008 sind die Absolventen des Wintersemesters 2007/08 enthalten. – 3) In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztimmatrikulation erhoben.

Anteil der
Grundmittel
geht zurück

Die Struktur der Hochschulfinanzierung hat sich in den vergangenen fünf Jahren leicht verändert. So sind ein Wachstum des Anteils der Verwaltungseinnahmen und eine leichte Zunahme des Drittmittelanteils zu beobachten, während der Anteil der Grundmittel rückläufig ist.

Zurzeit erweitern die Exzellenzinitiative und der Hochschulpakt 2020 den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Daneben sorgt die Einführung von Globalhaushalten für eine größere Flexibilität des Mitteleinsatzes. Die Vergabe von Forschungsmitteln

im Wettbewerb ermöglicht zudem die Einwerbung zusätzlicher Gelder. In der Folge ist in den nächsten Jahren mit einem weiteren Rückgang des Anteils der Grundfinanzierung und einer Zunahme der Drittmittelquote sowie des Anteils der Verwaltungseinnahmen zu rechnen.

Nach Fächergruppen differenziert fließt an den staatlichen Hochschulen das meiste Geld in die medizinischen Einrichtungen. Insgesamt 342 Mill. Euro gingen im Jahr 2007 in diesen Bereich. Mit weitem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik und

Großteil des
Geldes fließt in
medizinische
Einrichtungen

Naturwissenschaften (135 Mill. Euro) sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (104 Mill. Euro).

Mit 57,8% wendeten die staatlichen Hochschulen im Jahr 2007 den größten Teil ihrer Mittel für Personal auf. Für sächliche Verwaltungsausgaben wurden 28,8% und für Sachinvestitionen, wie dem Erwerb von Grundstücken und Gebäuden oder Baumaßnahmen, 8,2% verwendet. Die restlichen 5,2% entfielen auf sonstige Investitionen.

Der Mitteleinsatz je Studierendem im Jahr 2006 ist im Vergleich zum Jahr 2002 trotz der deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen nahezu unverändert. Die laufenden Grundmittel für Lehre und Forschung je Hochschulstudierendem betrugen im Jahr 2006 rund 6 150 Euro und lagen damit etwa 30 Euro unter dem Wert des Jahres 2002 (6 180 Euro).²⁾

2) Diese Kennzahlen liegen für das Jahr 2007 noch nicht vor.

Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt von 7 270 Euro sind die rheinland-pfälzischen Hochschulausgaben noch immer relativ gering. Lediglich in Brandenburg wurde im Jahr 2006 noch weniger Geld je Studierendem ausgegeben (5 390 Euro).

Der geringe Mittelaufwand je Studierendem resultiert auch aus der rheinland-pfälzischen Fächerstruktur. Diese ist geprägt durch einen vergleichsweise hohen Anteil sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftlicher Fächer. Diese Ausbildungsgänge weisen traditionell einen geringeren Mitteleinsatz je Studierendem auf, als beispielsweise die betreuungsintensivere Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften.

Bettina Link, Diplom Soziologin,
Mag. rer. publ., ist Referentin im
Referat Bildung

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im November weiter gestiegen

ifo Index steigt zum achten Mal in Folge

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich weiter verbessert. Der ifo Geschäftsklimaindex erhöhte sich von 92 auf 93,9 Punkte. Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich langsam aus dem Konjunkturtal heraus; der ifo Index hat fast wieder das Niveau vom August 2008 erreicht.

Lagebeurteilung und Geschäftserwartungen der Unternehmen verbesserten sich. Der Lageindex stieg von 87,4 auf 89,1 Punkte und der Erwartungsindex von 96,8 auf 98,9 Punkte.

Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe aufgeellt

Im verarbeitenden Gewerbe gab es erneut eine kräftige Verbesserung des Geschäftsklimas. Die Industrieunternehmen beurteilten sowohl ihre Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen günstiger als noch im Oktober.

Schlechtere Stimmung im Baugewerbe

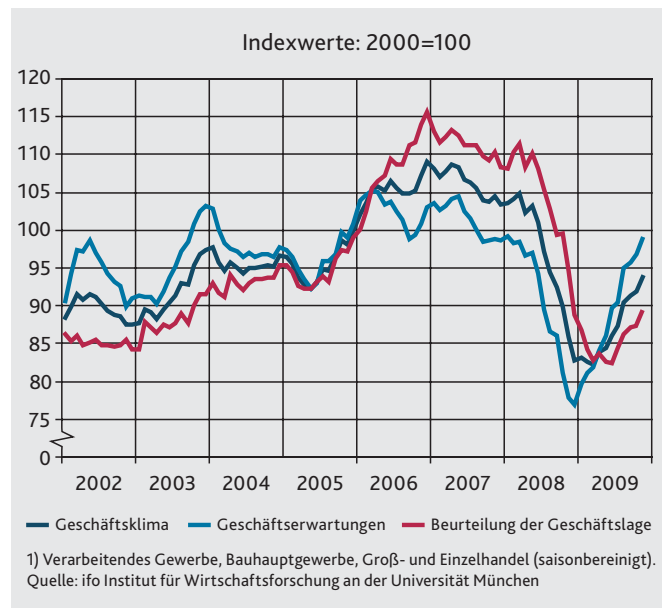
Im Bauhauptgewerbe hat sich die Stimmung wieder eingetrübt, nach dem sie sich im Vormonat noch leicht verbessert hatte. Die Lagebeurteilung blieb nahezu unverändert, aber die Geschäftserwartungen der Bauunternehmer für die kommenden Monate fielen ungünstiger aus.

Bessere Stimmung im Handel

Im Großhandel und im Einzelhandel war die Stimmung im Vergleich zum Vormonat besser. Im Großhandel blieb zwar die Lagebeurteilung fast unverändert, dafür ergaben sich aber etwas günstigere Geschäftserwartungen als noch im Oktober. Im Einzelhandel wiesen Lageindex und Erwartungsindex höhere Werte aus. In den günstigeren

Stand:
November
2009

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Geschäftserwartungen des Einzelhandels dürfte sich vor allem die Hoffnung auf ein gutes Weihnachtsgeschäft widerspiegeln.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe weiter rückläufig

Für Rheinland-Pfalz zeigen die quantitativen Indikatoren nach wie vor eine angespannte konjunkturelle Lage. Verfügbar sind zurzeit Indikatoren für die ersten neun Monate des Jahres. Im Berichtsmonat September 2009 liegen die Auftragseingänge um 23% unter dem Vorjahresniveau. Gegenüber dem Vormonat gab es dagegen ein Plus von 12% – allerdings konnte mit dieser Verbesserung lediglich der urlaubsbedingte Auftragsrückgang des Monats August ausgeglichen werden. Der Wert des gleitenden Drei-Monats-

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes: -26%

Durchschnitts für den August 2009 (in den die Originalwerte für die Monate Juli, August und September einfließen) lag um 26% unter dem des Vorjahres. Damit war der Rückgang deutlich niedriger als noch im Juni (–33%) und im Juli (–29%).

Auslandsaufträge sinken im Vorjahresvergleich stärker als Inlandsaufträge

Im Berichtsmonat September 2009 sind die Auftragseingänge aus dem Inland gegenüber dem Vormonat um 10% gestiegen, die ausländische Nachfrage hat sich sogar um 13% verbessert. Trotzdem ist im Vorjahresvergleich bei den Auslandsaufträgen nach wie vor ein stärkerer Rückgang zu verzeichnen. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt ging die heimische Nachfrage im August 2009 um 21% (Juli: –25%) und das Ordervolumen aus dem Ausland um 30% (Juli: –33%) zurück.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie gehen um 35% zurück

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 28%) war es im September 2008 erstmals seit Januar 2004 wieder zu einem Rückgang der Nachfrage gekommen. Seit dem Berichtsmonat März 2009 hat sich – mit Ausnahme des Berichtsmonats August – die Auftragslage gegenüber dem jeweiligen Vormonat verbessert. Trotzdem ist der Rückgang des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts im Vorjahresvergleich immer noch sehr kräftig. Im August 2009 verminderten sich die Auftragseingänge gegenüber dem August des Vorjahres um 35%, nach –39,5% im Juli. Die kräftige Einbuße ist von Nachfragerückgängen sowohl im Inland (–27%) als auch im Ausland (–40%) verursacht worden.

Fahrzeugbau: Rückgang der Auftrags-eingänge schwächt sich weiter ab

Der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbes beisteuert, ist besonders stark von der Wirtschaftskrise betroffen. Der gleitende Drei-

Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge ist zwar auch weiterhin deutlich rückläufig, ging aber im August 2009 mit –30,5% noch einmal schwächer zurück als im Juli (–37,5%). Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten verringerte sich um 21%. Die schlechte Gesamtsituation wird allerdings nach wie vor durch den kräftigen Einbruch bei den Auslandsaufträgen (–38%) bestimmt.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) kam es im Berichtsmonat September 2009 zu einem kräftigen Auftragsplus von 21,5% gegenüber dem Vormonat. Im Vergleich zum September 2008 fällt der Nachfragerückgang mit 37% allerdings deutlicher aus als in den anderen umsatzstarken Branchen des Landes. Im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt sanken die Bestellungen im August 2009 gegenüber dem August des Vorjahres um 38% und damit etwas stärker als im Juli (–37%). Die heimische Nachfrage ist mit –41%, anders als in den beiden Vormonaten, kräftiger gesunken als die Auslandsnachfrage. Diese blieb um 35% hinter dem Vorjahreswert zurück.

Auftragseingänge im Maschinenbau 38% niedriger als im Vorjahr

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe wieder deutlich gesunken

Im Bauhauptgewerbe sind die Auftragseingänge im August 2009 gegenüber August 2008 „geglättet“ um 18% gesunken. Damit war das Minus deutlich kräftiger als in den vorangegangenen Jahren. Zuletzt hatte es vier Monate in Folge Rückgänge im Bereich von 2,4 bis 3% gegeben. Im Tiefbau war zwar im Drei-Monats-Durchschnitt ein Anstieg von 5,2% zu verzeichnen. Dieser wurde allerdings durch den sehr starken Rückgang um 40% im Hochbau überkompensiert. Zu berücksichtigen ist dabei, dass gerade im Bauhauptgewerbe selbst die gleiten-

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe sinken um 18%

den Durchschnittswerte häufig noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt werden. Der Anteil des Tiefbaus am gesamten baugewerblichen Umsatz lag 2008 bei 51%, der des Hochbaus entsprechend bei 49%.

Zahl der Baugenehmigungen gestiegen

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator für die Baukonjunktur, ist im August 2009 im Drei-Monats-Durchschnitt um 3,3% gestiegen. Davor war – mit Ausnahme des April 2009 – seit August 2008 die Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich gesunken. Zuletzt hatte es von Mai bis Juli besonders starke Rückgänge im Bereich von 15 bis 28,5% gegeben.

Umsatz im Einzelhandel leicht gesunken – deutliche Rückgänge im Großhandel und im Gastgewerbe

Umsatz im Einzelhandel sinkt um 0,5%

Die Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im August 2009 im gleitenden Drei-Monats-Durchschnitt (in den die Originalwerte für die Monate Juli, August und September einfließen) einen realen Rückgang um 0,5% gegenüber August 2008 auf. Im Juli hatte es im Vorjahresvergleich noch einen leichten Anstieg von 0,3% gegeben.

Umsatzzuwachs im Kfz-Handel

Die Umsätze im Kraftfahrzeughandel stiegen im Drei-Monats-Durchschnitt im August 2009 gegenüber August 2008 um 1,7%. Damit ist es seit Anfang 2007 überhaupt erst zum vierten Mal zu einem Umsatzplus im Kraftfahrzeughandel im Vorjahresvergleich gekommen. Zuvor war in den Monaten Mai bis Juli ein Umsatzrückgang zwischen 0,3 und 4,2% registriert worden.

Deutlich sinkende Umsätze im Großhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken im August 2009 gegenüber August 2008 real um 5,5% (Rückgang des gleitenden Drei-

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich etwa 7 000 Unternehmen.

Die **Auftragseingänge** sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung üblicherweise der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Monats-Durchschnitts). Bereits seit Februar 2009 liegt das Umsatzminus des Großhandels in einem Bereich von 3,8 bis 6,7%.

Weiterhin
Umsatz-
einbußen im
Gastgewerbe

Im Gastgewerbe lagen Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im August 2009 preisbereinigt um 3,2% unter dem Vorjahreswert (Veränderung der geglätteten Monatsumsätze). Im Juli waren die Umsätze im Vorjahresvergleich um 2,8% gesunken.

Verbraucherpreisindex im November wieder gestiegen

Höhere Preise
für Kraftstoffe
tragen zum
Preisanstieg bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ist im November 2009 im Vergleich zum Vormonat um 0,1% gesunken. Gegenüber dem November des Vorjahres ist der Index dagegen um 0,3% gestiegen, nachdem er zuvor sechs Mal in Folge rückläufig war. Im Mai 2009 waren die Verbraucherpreise erstmals – seit der Berechnung eines eigenen Index für Rheinland-Pfalz im Jahre 1995 – im Vorjahresvergleich gesunken. Zu dem Anstieg trugen im November insbesondere die im Vorjahresvergleich kräftig gestiegenen Preise für Kraftstoffe (+6,2%) bei.

Preisentwick-
lungen in den
Waren- und
Dienstleis-
tungsgruppen
uneinheitlich

Die höchsten Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im November 2009 in den Indexhauptgruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,7%), „Verkehr“ (+2,7%) sowie „Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung“ (+2,4%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (-1,1%), „Nachrichtenübermittlung“ (-1,9%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-2,1%) niedriger als im November 2008. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (-19%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitslosenzahl im November leicht rückläufig

Die Arbeitslosigkeit hat sich im November weiter verringert, allerdings nur leicht. Insgesamt waren im Berichtsmonat 116 700 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet; das waren 700 bzw. 0,6 Prozent weniger als im Oktober. Im Vergleich zum November 2008 ergab sich aber ein deutlicher Anstieg der Arbeitslosenzahl um 9 400 bzw. 8,8%. Hierin spiegelt sich der kräftige Konjunkturabschwung in den vergangenen Monaten wider.

Zahl der
Arbeitslosen
sinkt

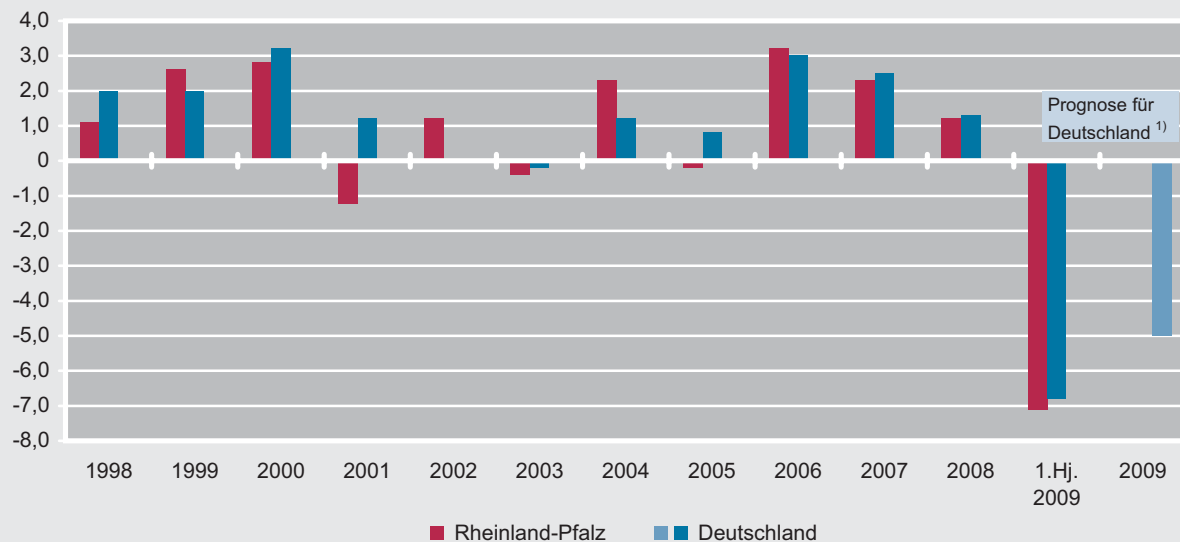
Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, blieb mit 5,6% gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Oktober 2008 ist die Quote um 0,4 Prozentpunkte gestiegen.

Arbeitslosen-
quote 5,6%

Vor dem Hintergrund des kräftigen Rückgangs der Wirtschaftsleistung in den vergangenen Monaten – das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr preisbereinigt immerhin um 7% gesunken – fällt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz bisher relativ günstig aus. Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit führt dies auf die flexiblen Arbeitszeitmodelle, die es mittlerweile flächendeckend gibt, und auf die starke Inanspruchnahme der Kurzarbeit zurück.

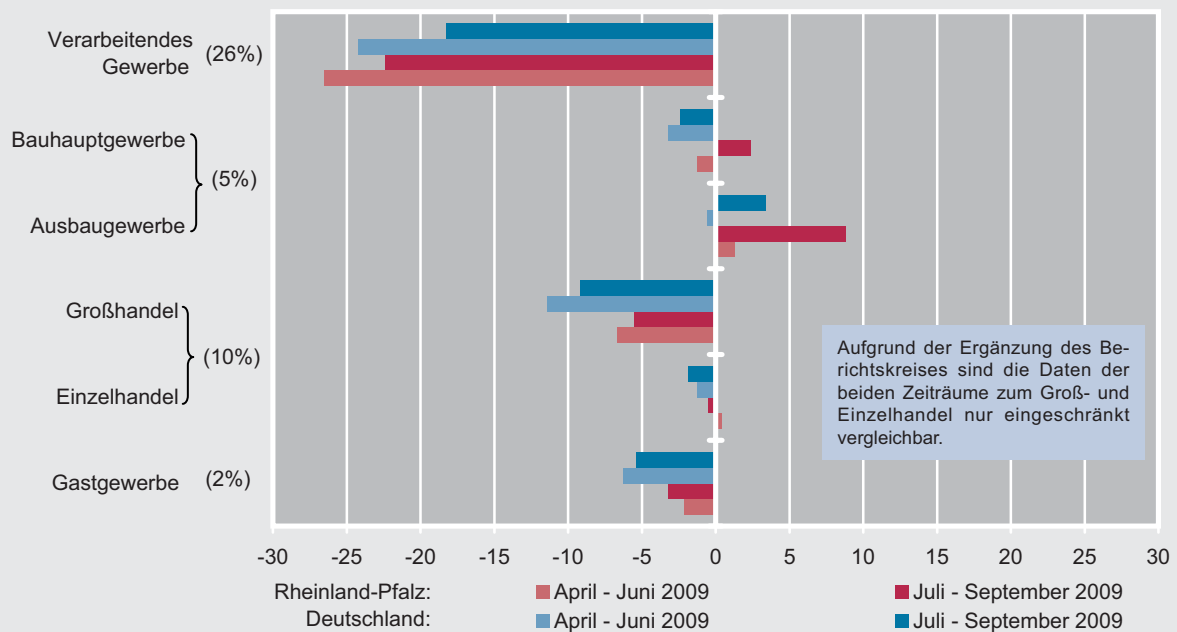
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist dort als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland – Preisbereinigt – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für 2009 im März 2010. - Quelle: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2009.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen ¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 3-Monats-Durchschnitte ²⁾³⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



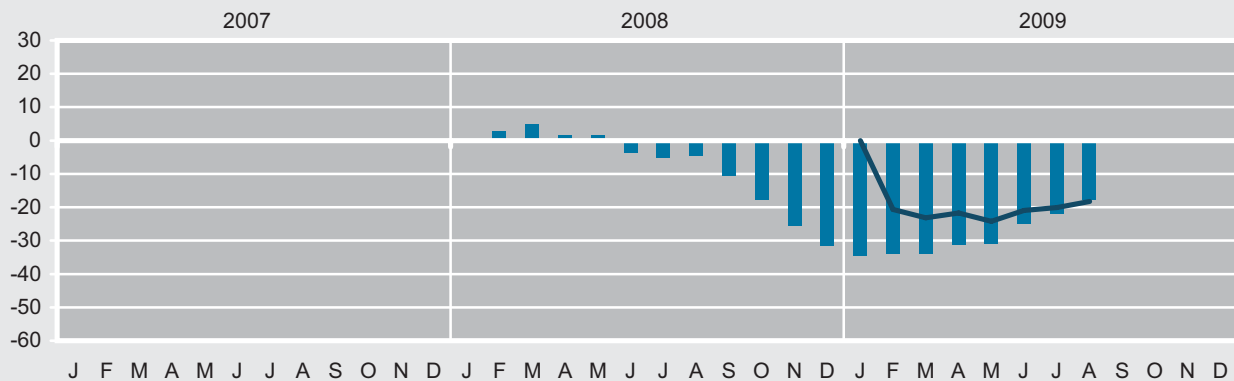
1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2008. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale. – 3) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

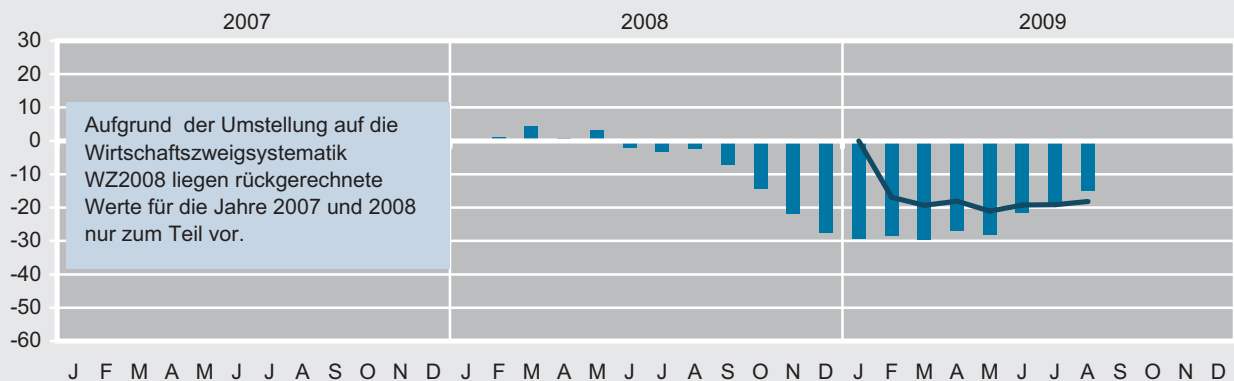
Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

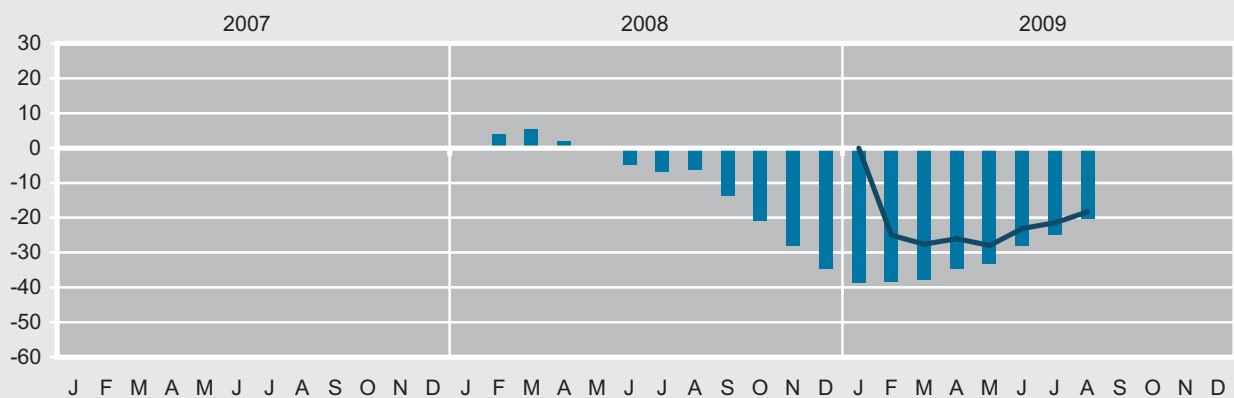
Insgesamt



Inland



Ausland



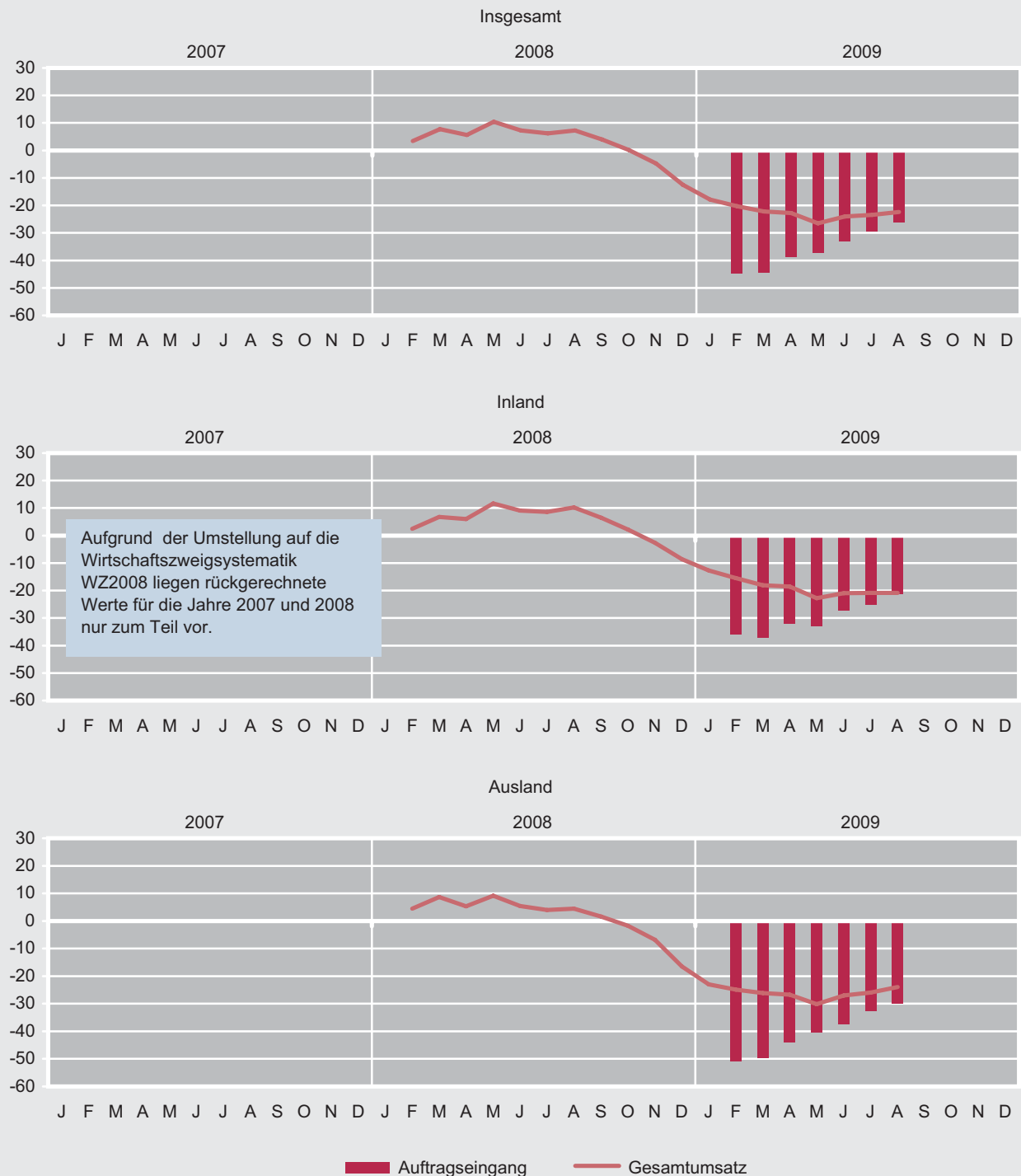
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

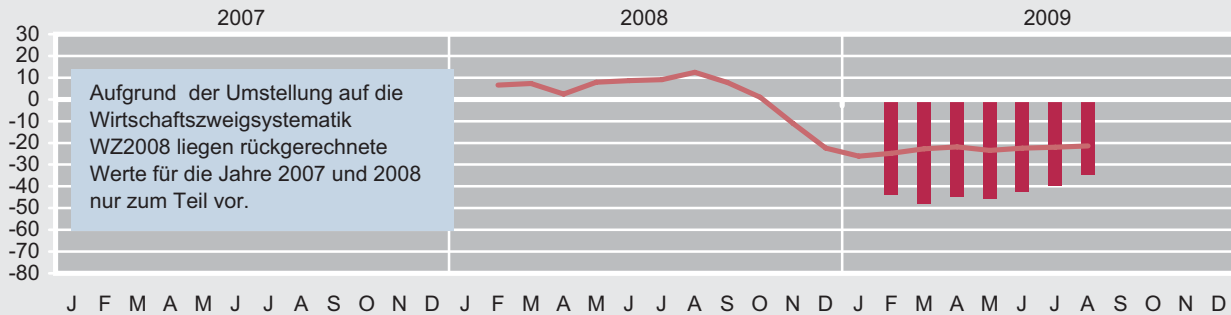
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



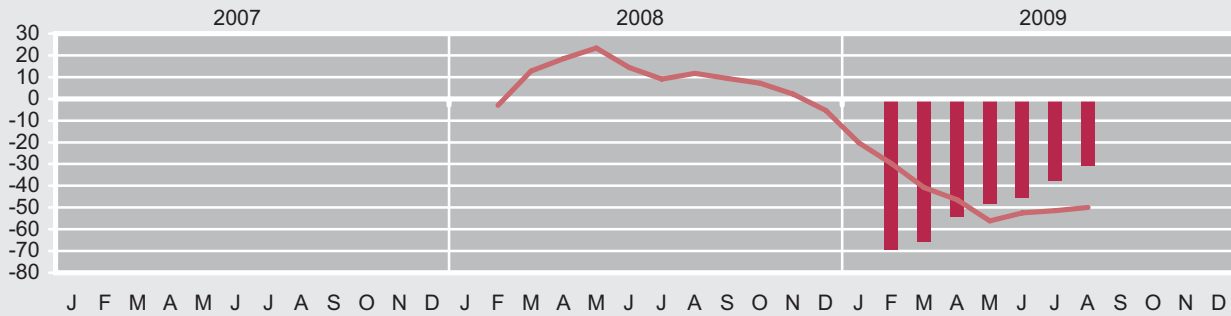
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

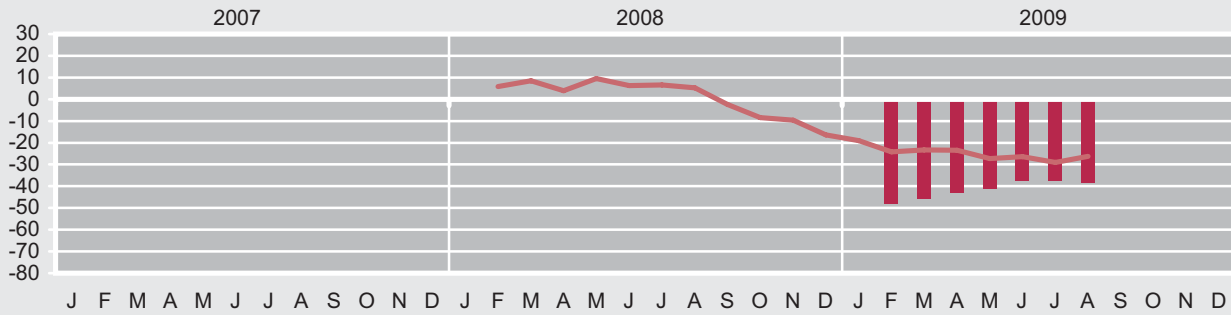
Herstellung von chemischen Erzeugnissen (Anteil am Gesamtumsatz 2008: 28%)



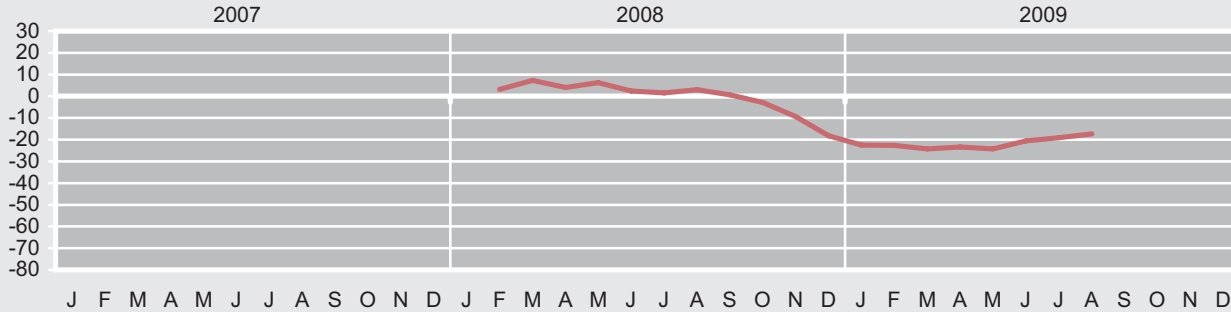
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (Anteil am Gesamtumsatz 2008: 17%)



Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2008: 10%)



Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren²⁾ (Anteil am Gesamtumsatz 2008: 6%)

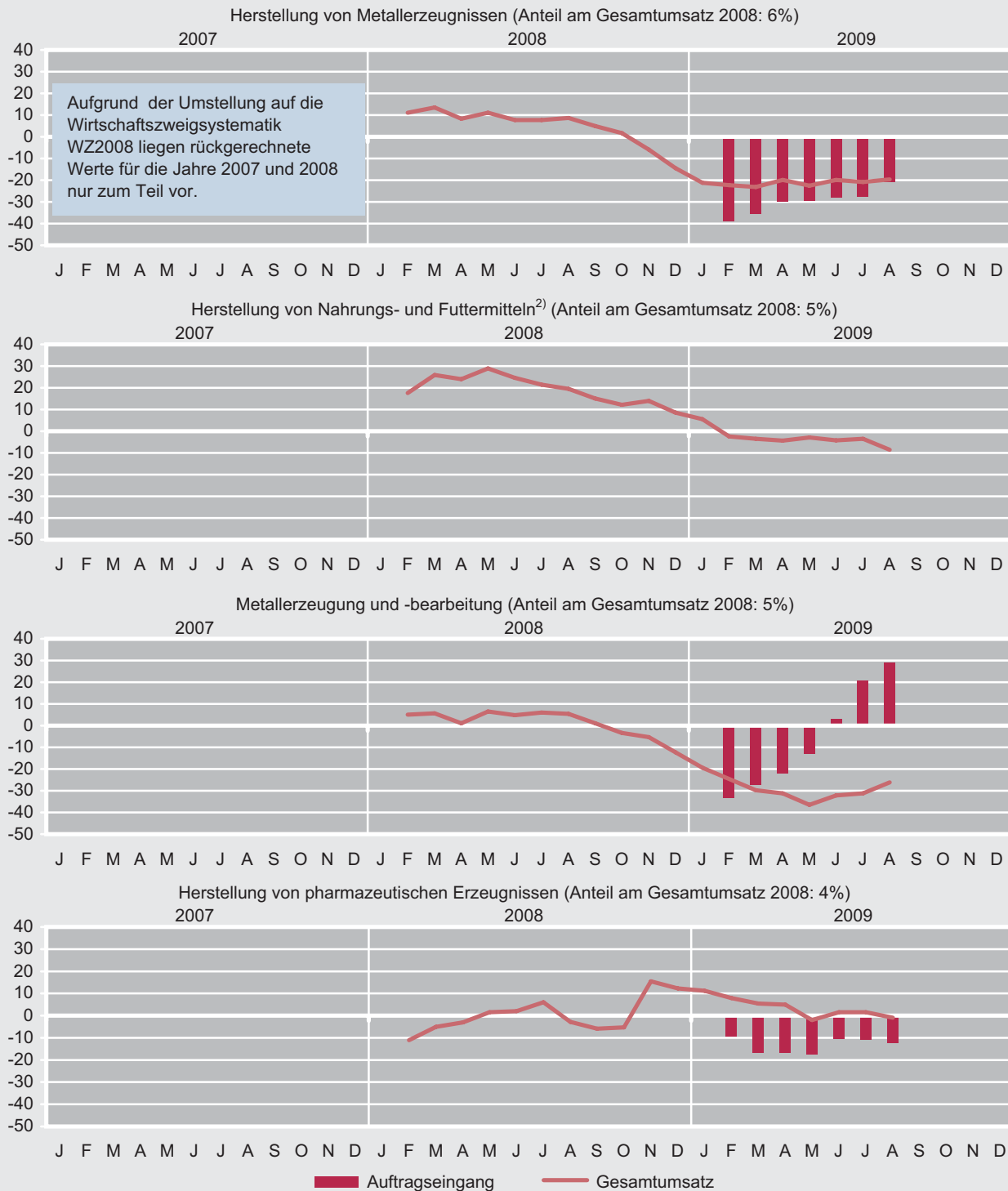


■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

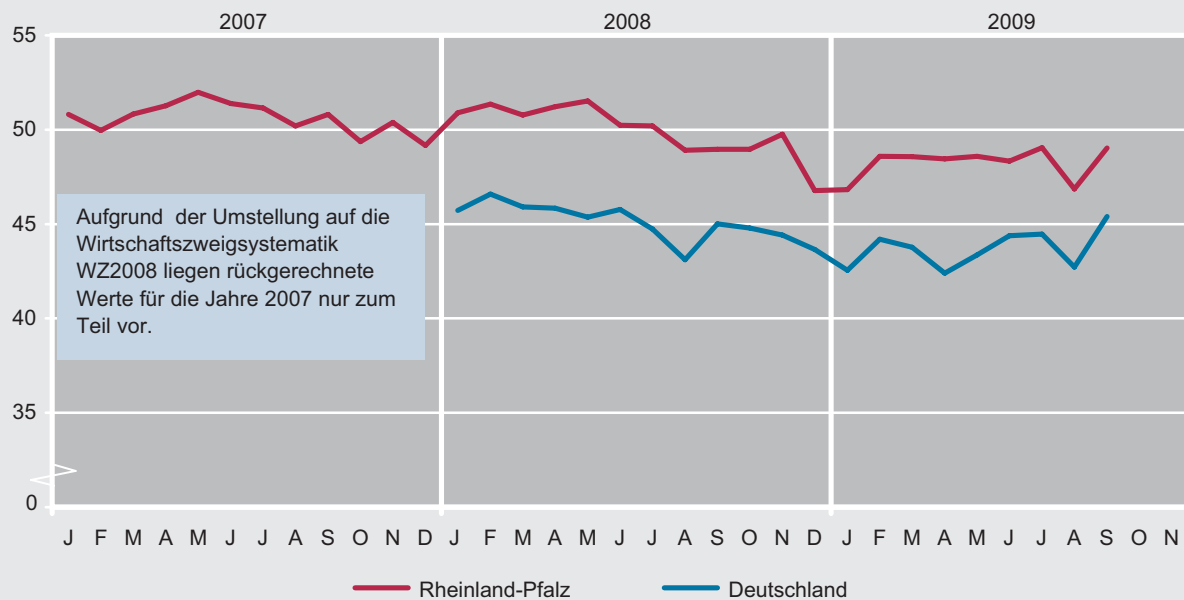
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt. - 2) Der Auftragseingang wird nicht veröffentlicht.

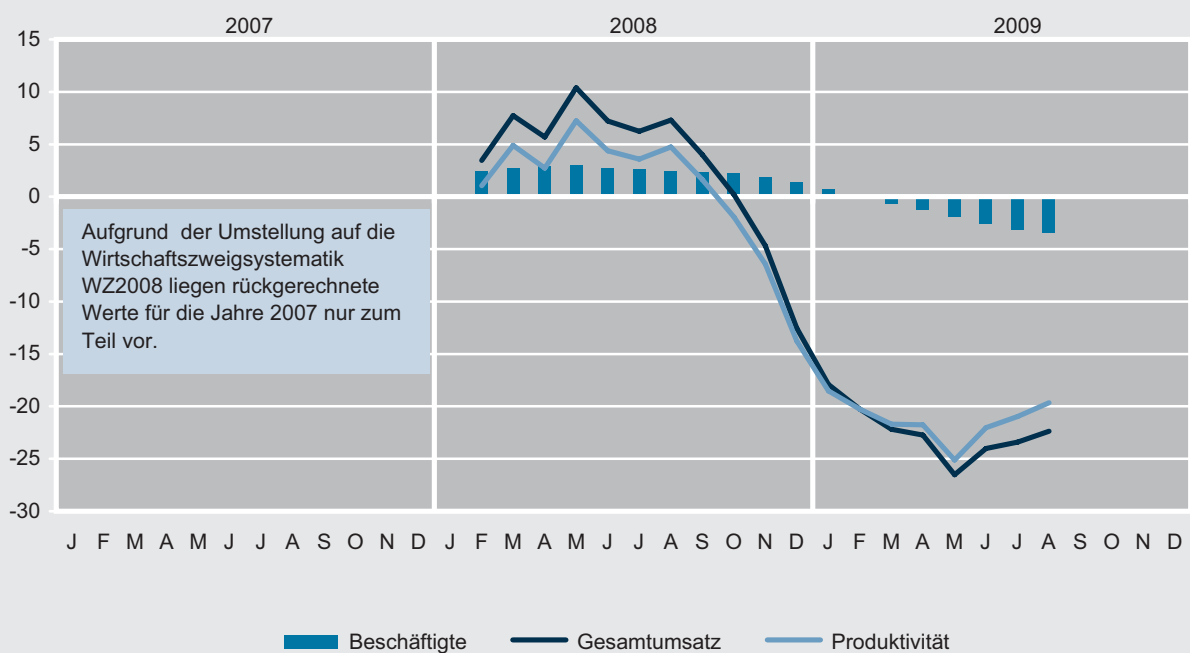
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

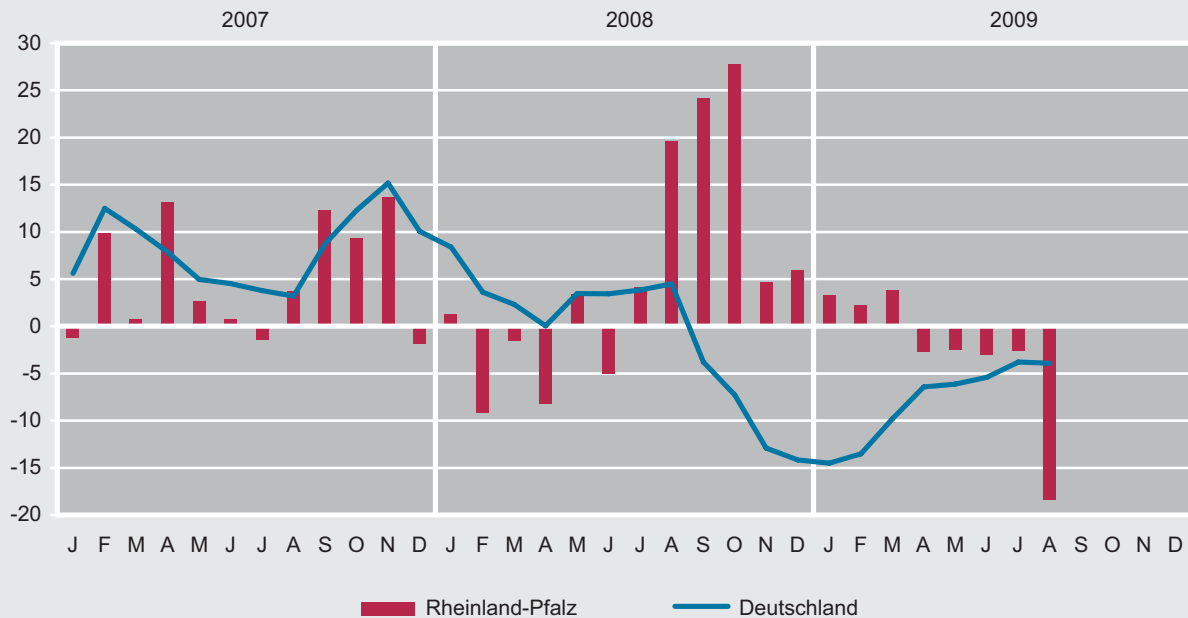
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

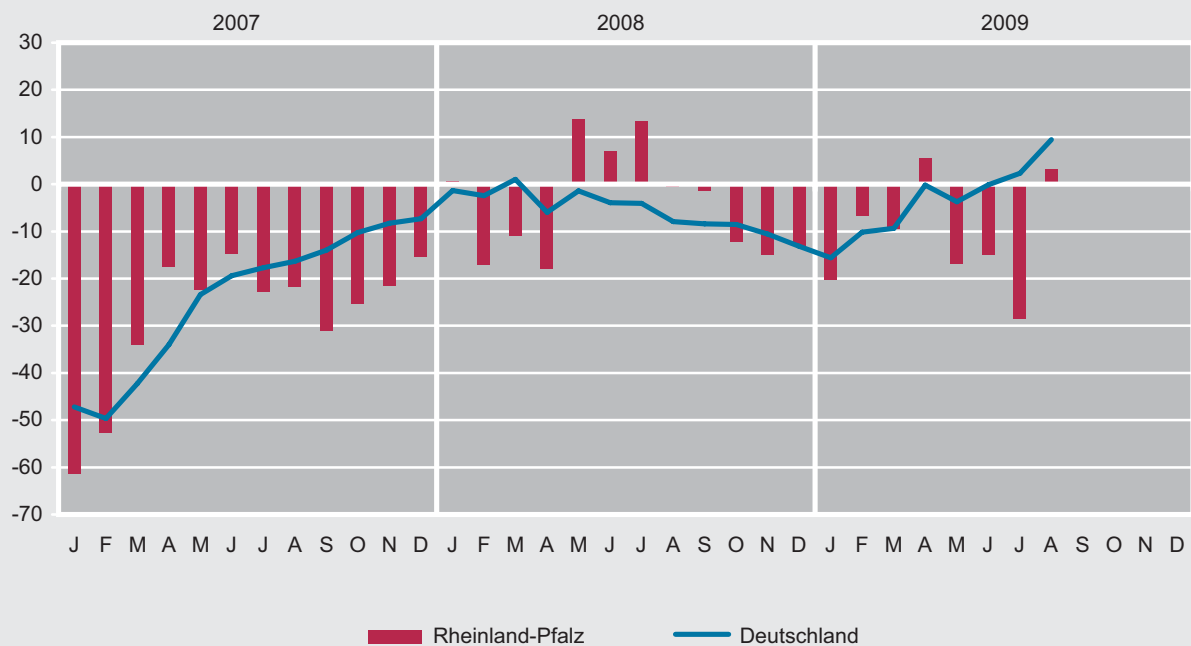
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

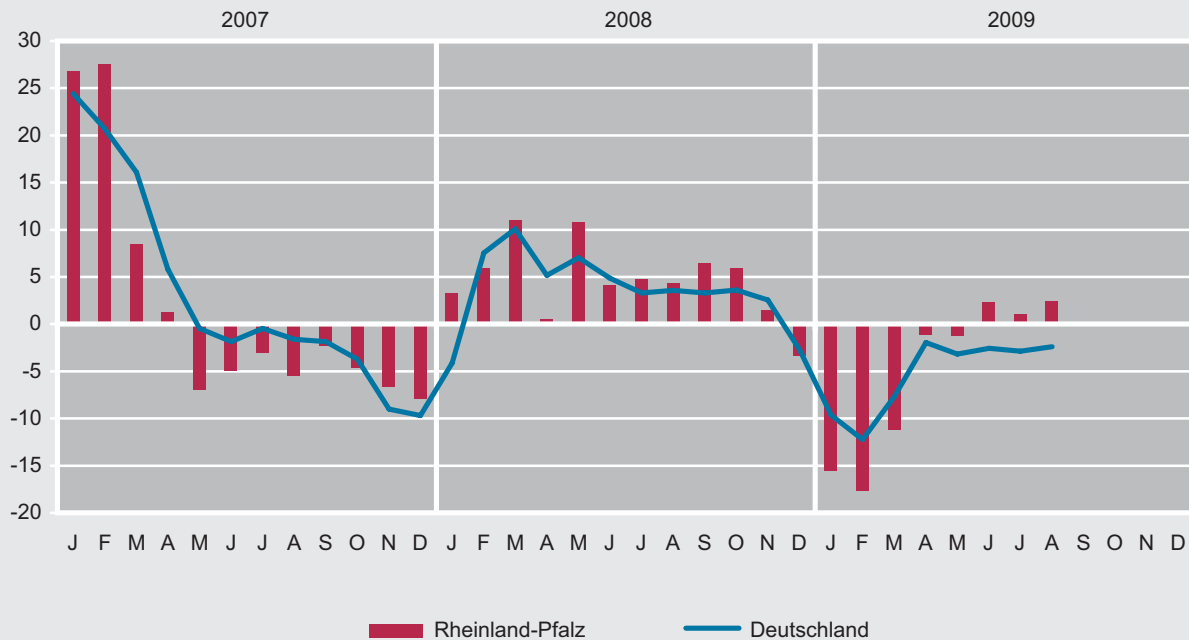
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

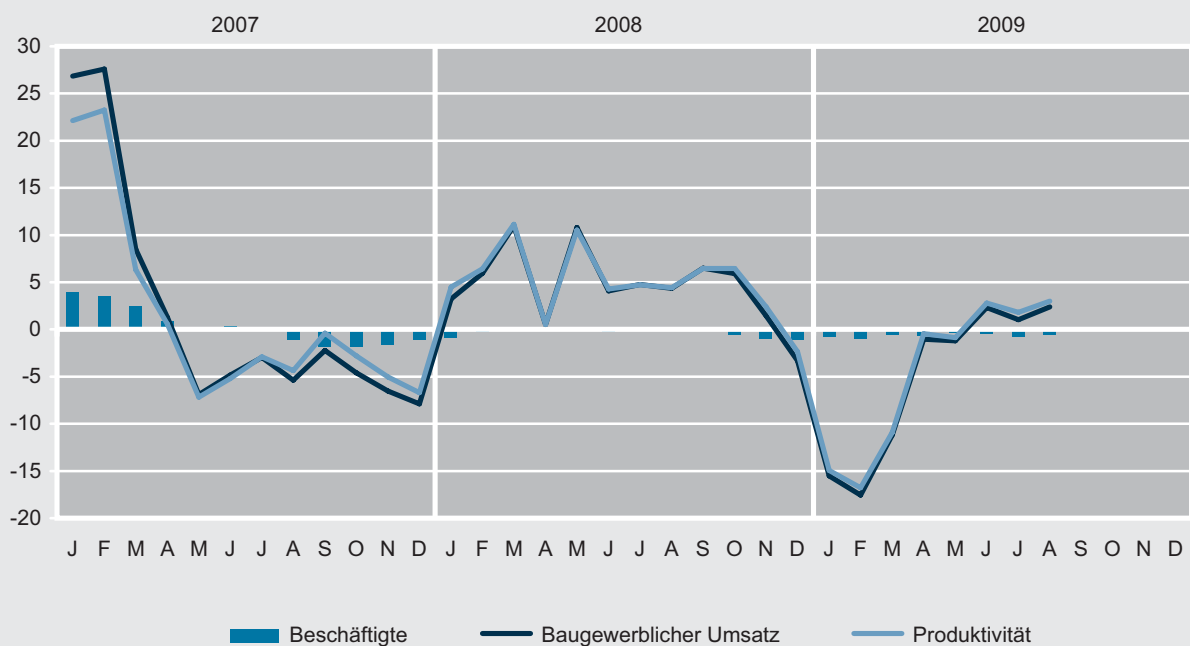
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

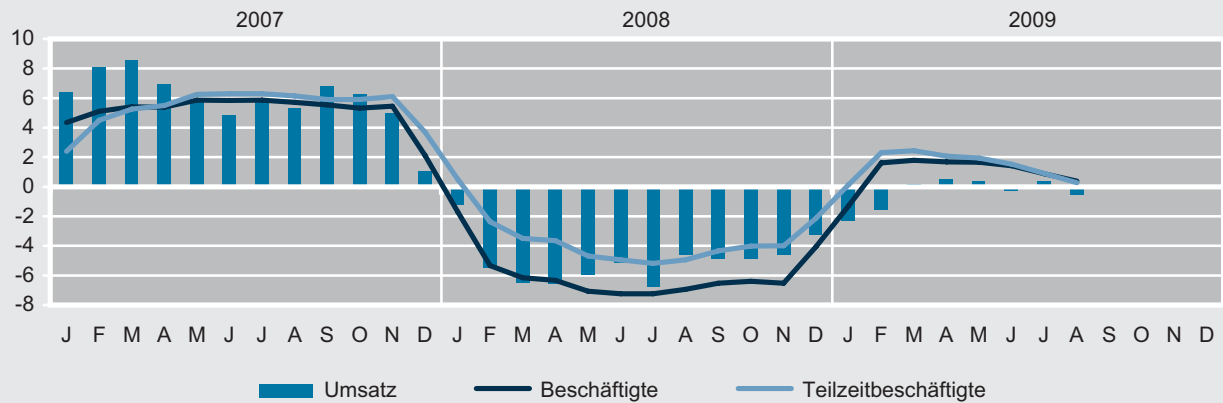
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

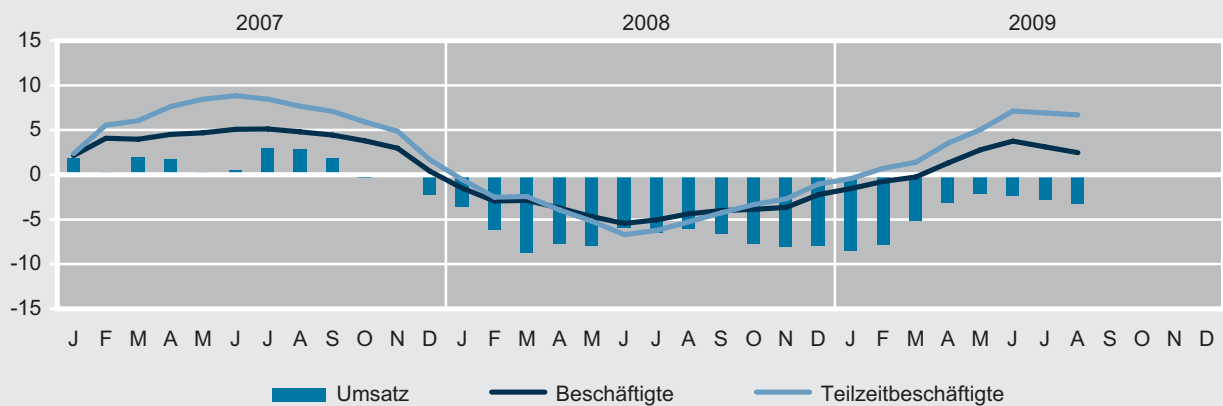
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



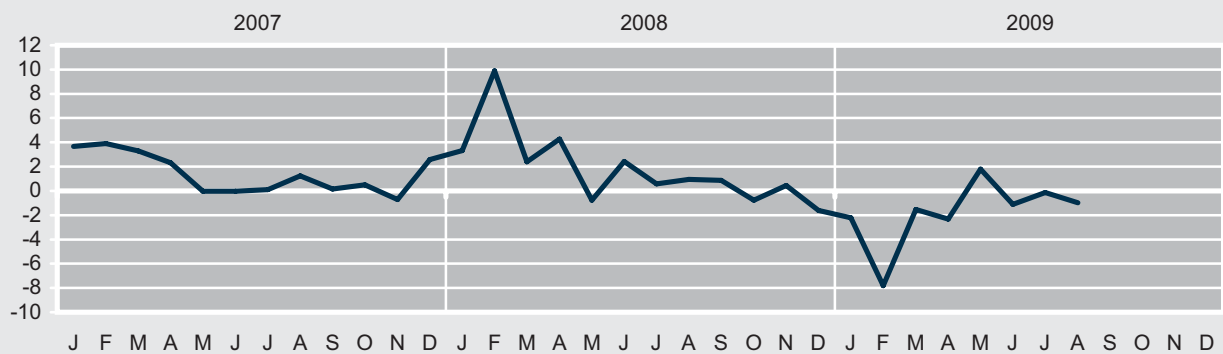
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

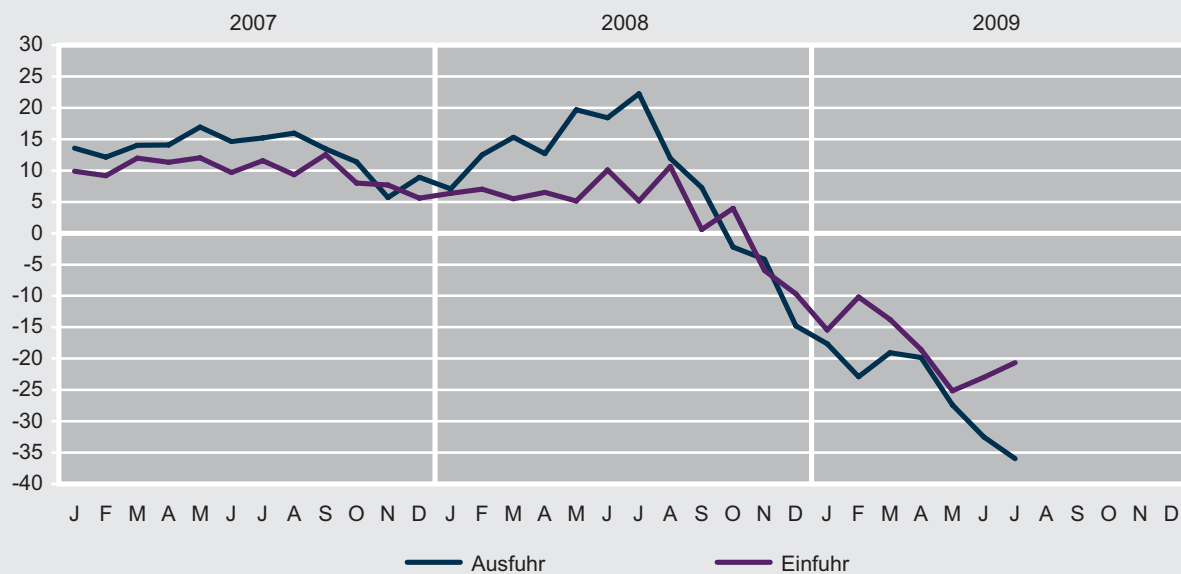
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

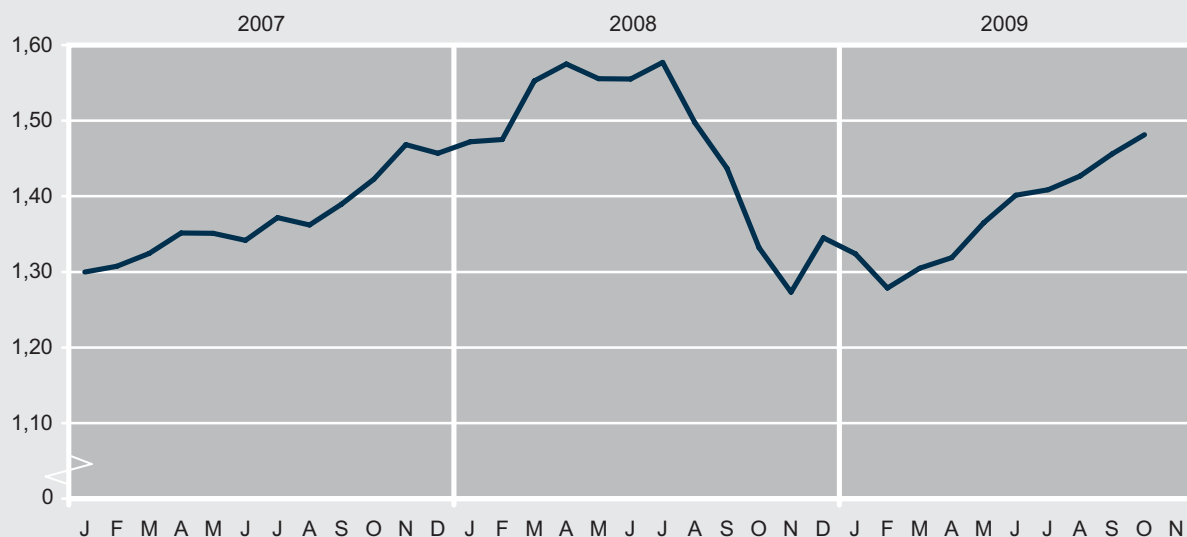
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland. - 2) Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monatszeitraumes dargestellt.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

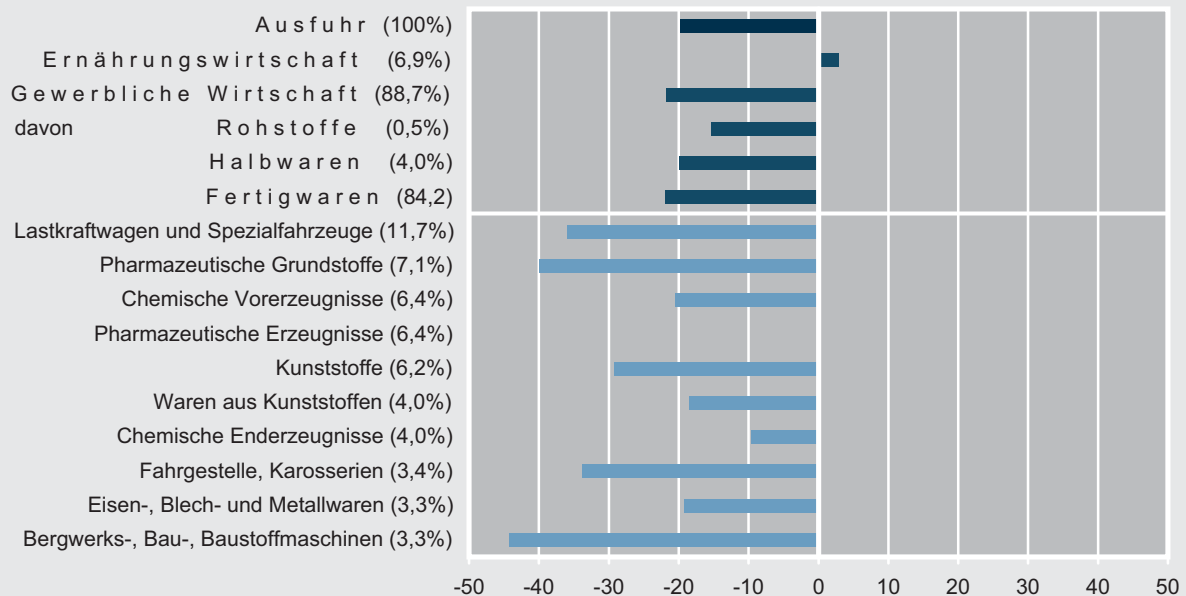
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



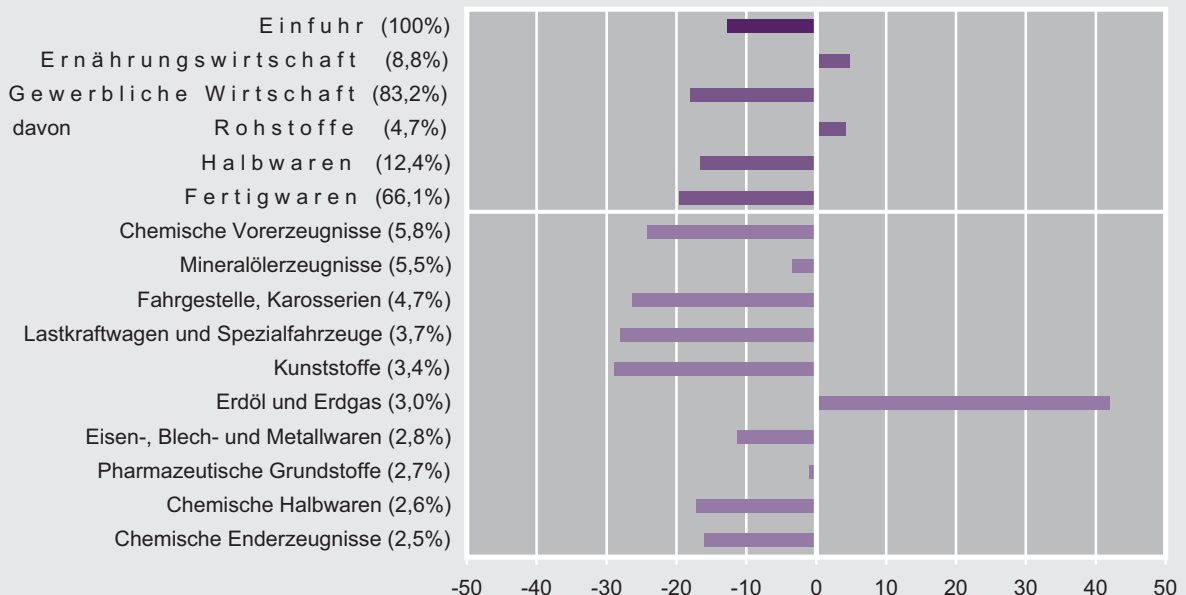
Quelle: Europäische Zentralbank

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2008 – August 2009 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2008 – August 2009 nach Warengruppen¹⁾**

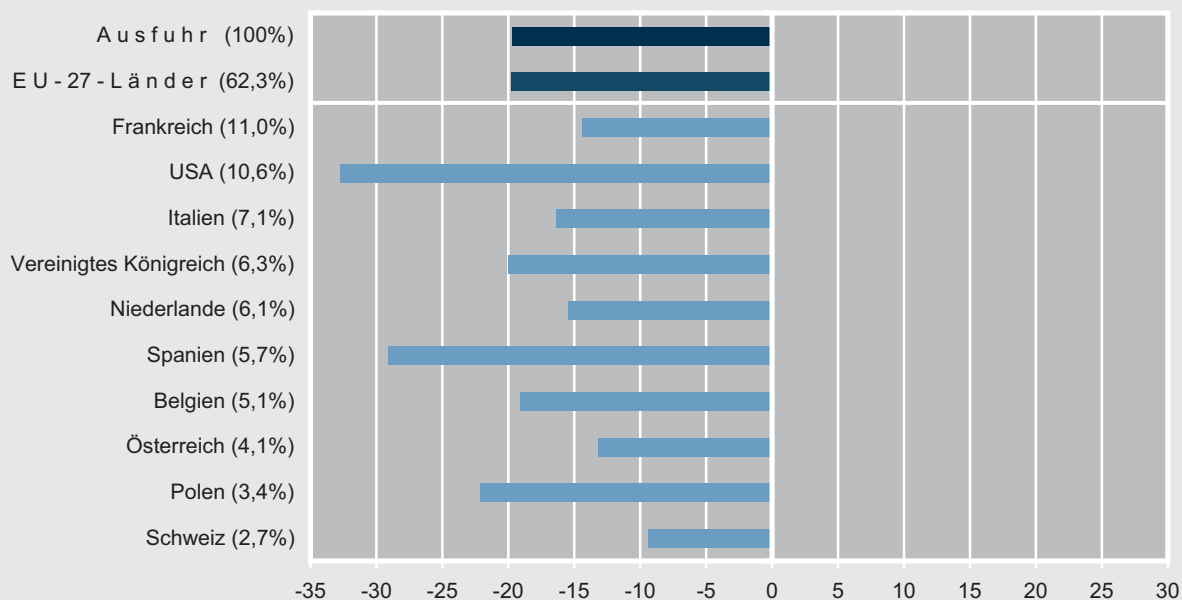
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

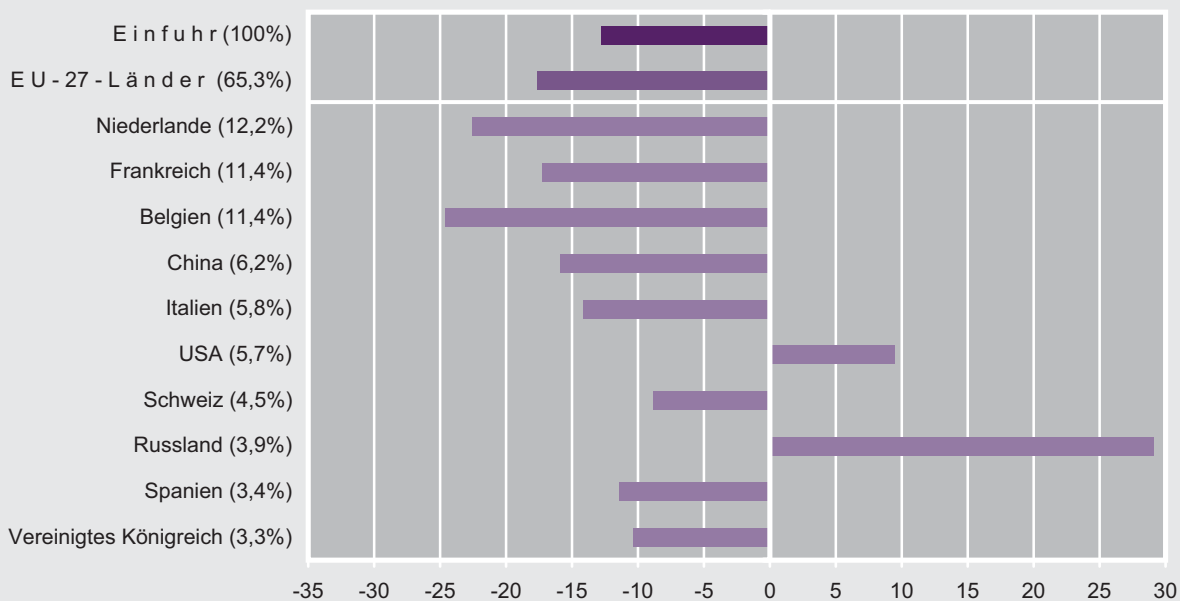
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz September 2008 – August 2009 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



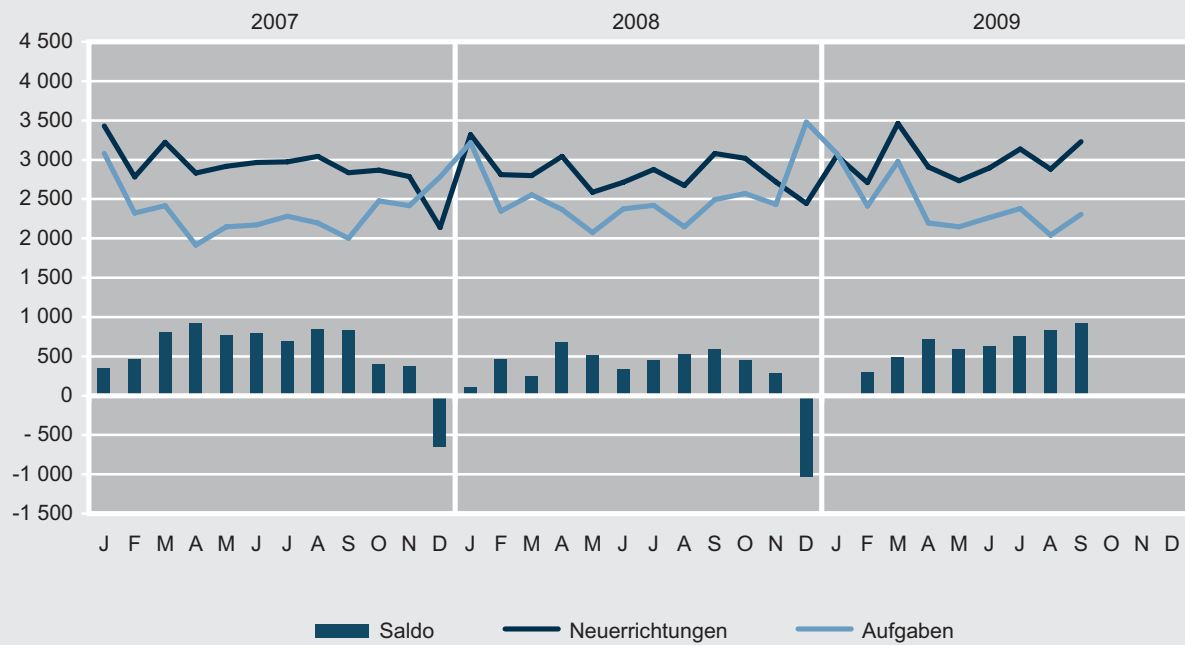
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz September 2008 – August 2009 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

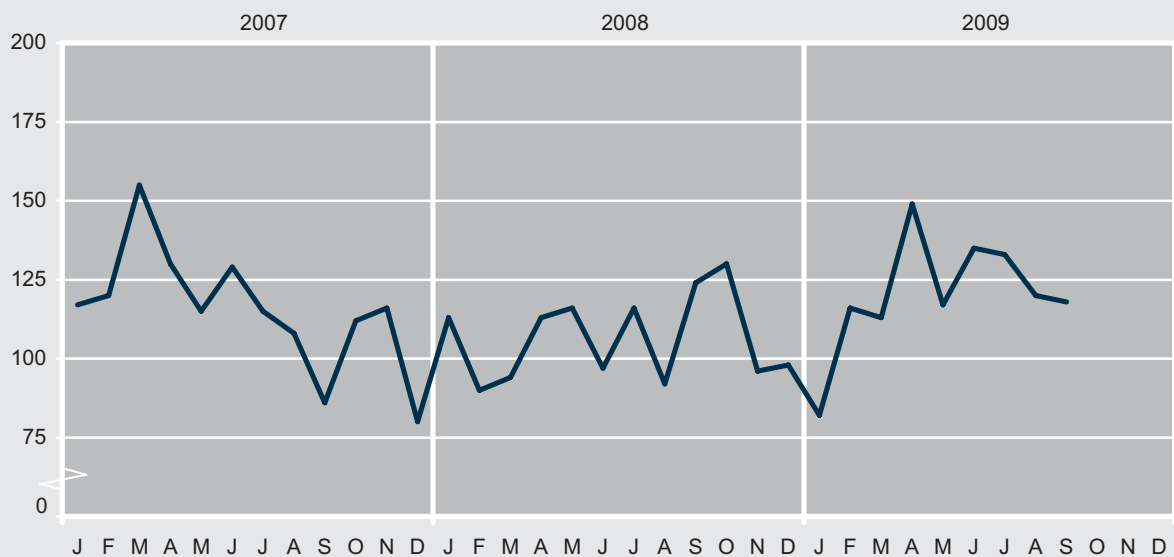


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2008.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

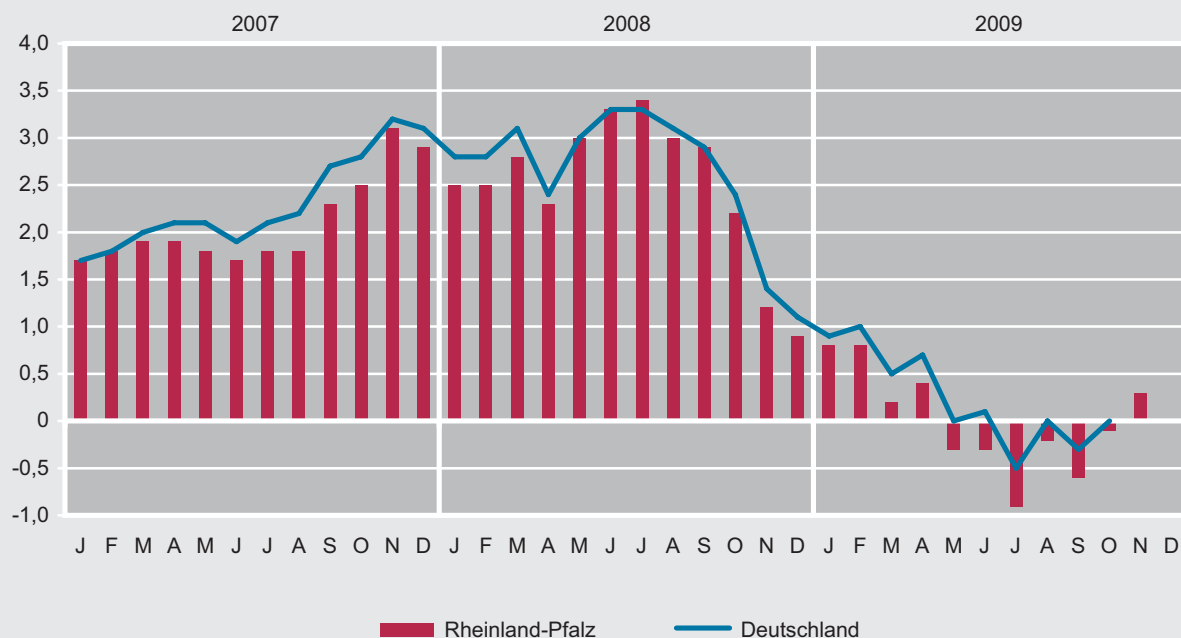


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



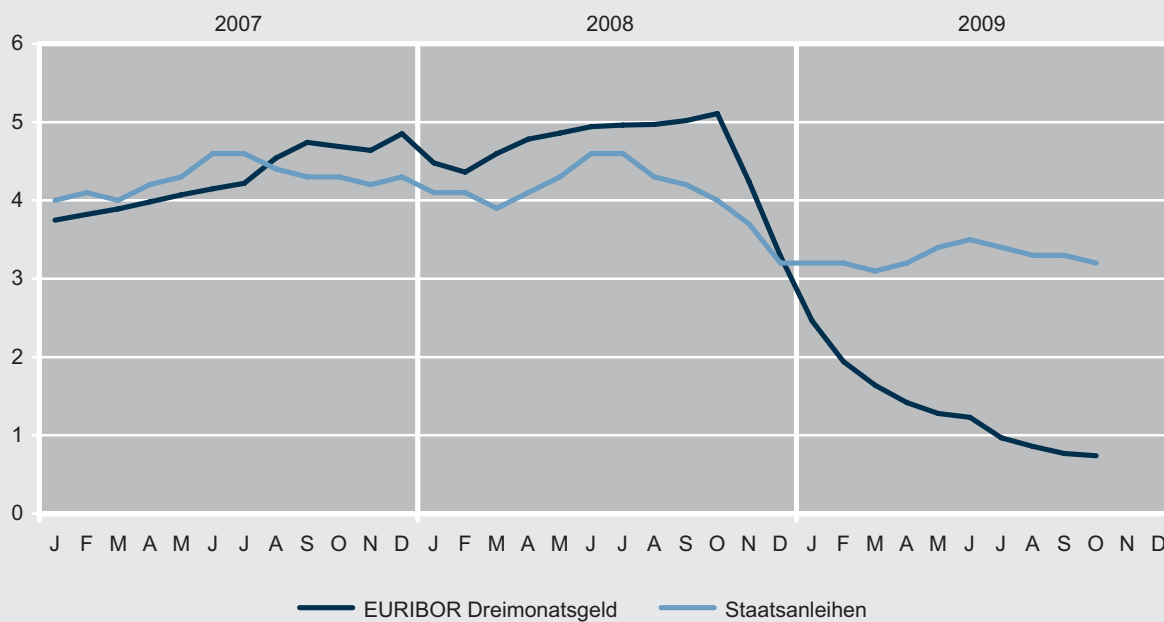
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

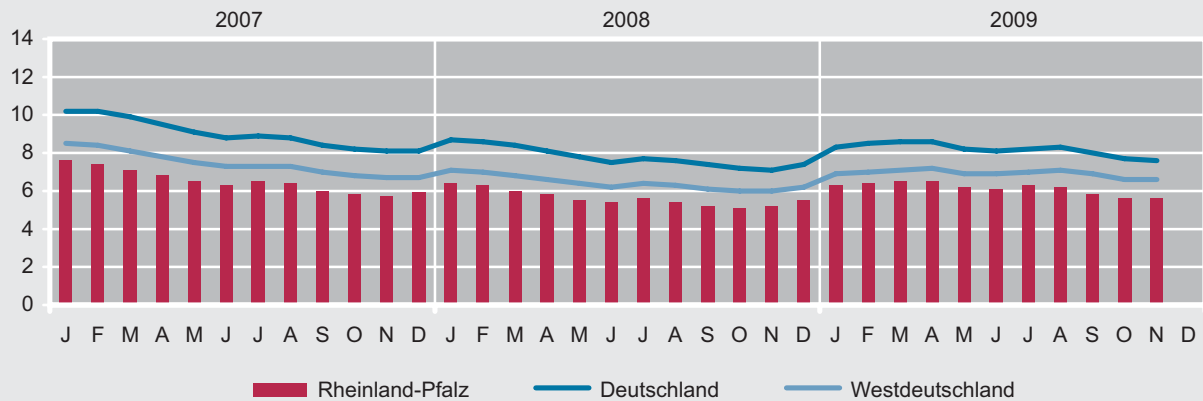
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

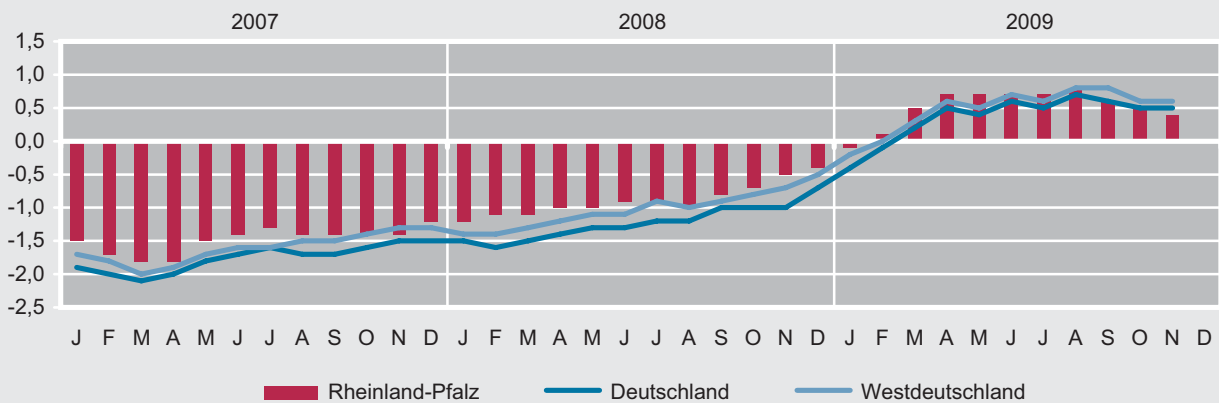
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Gemeldete offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

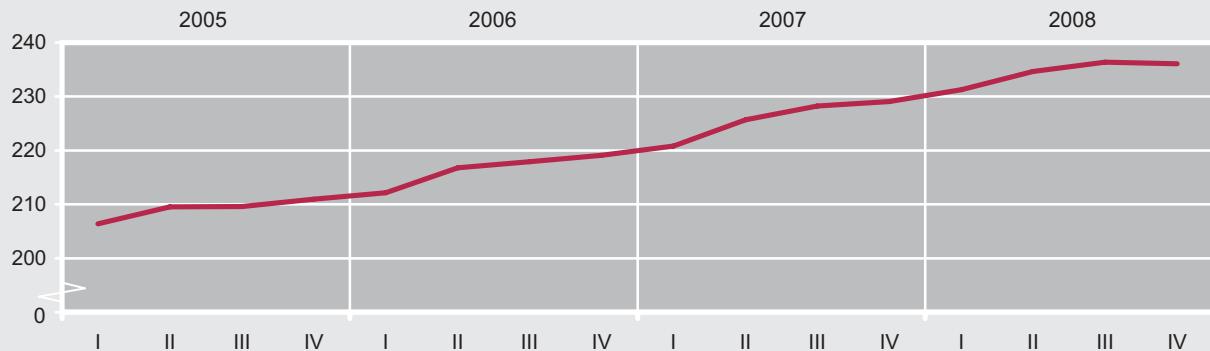
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



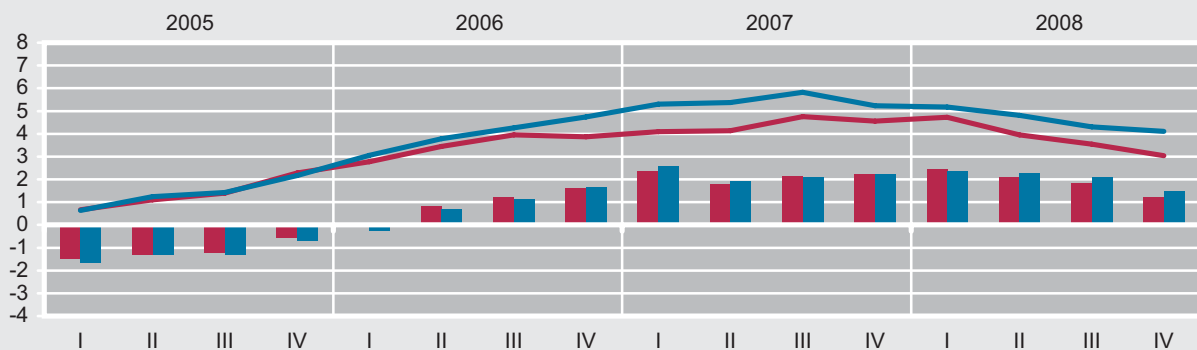
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Rheinland-Pfalz: Beschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

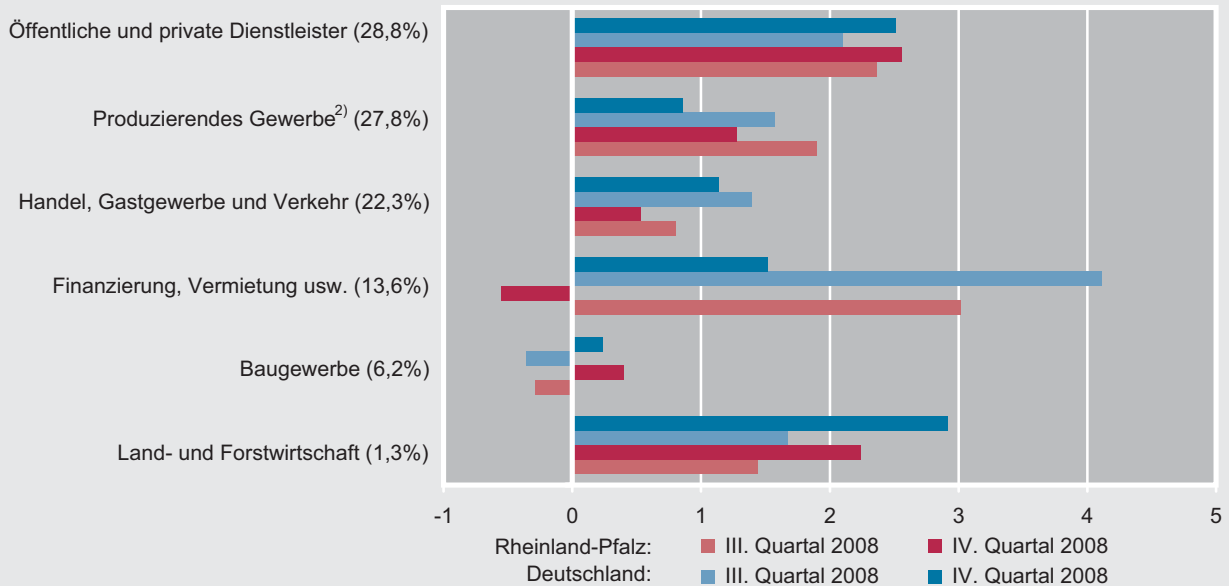
Deutschland: Beschäftigte

Teilzeitbeschäftigte

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

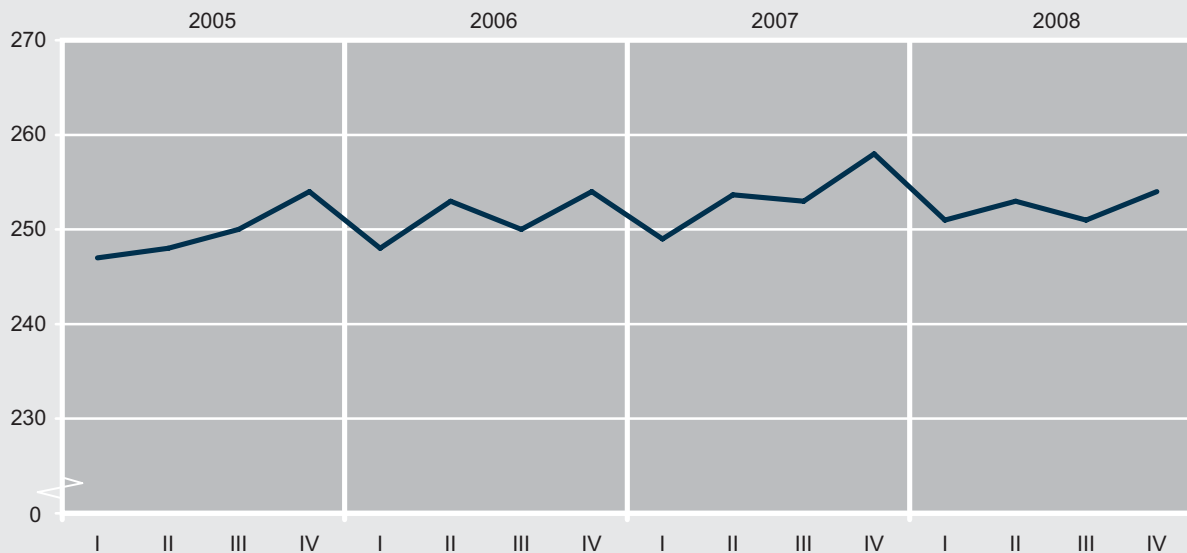
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.

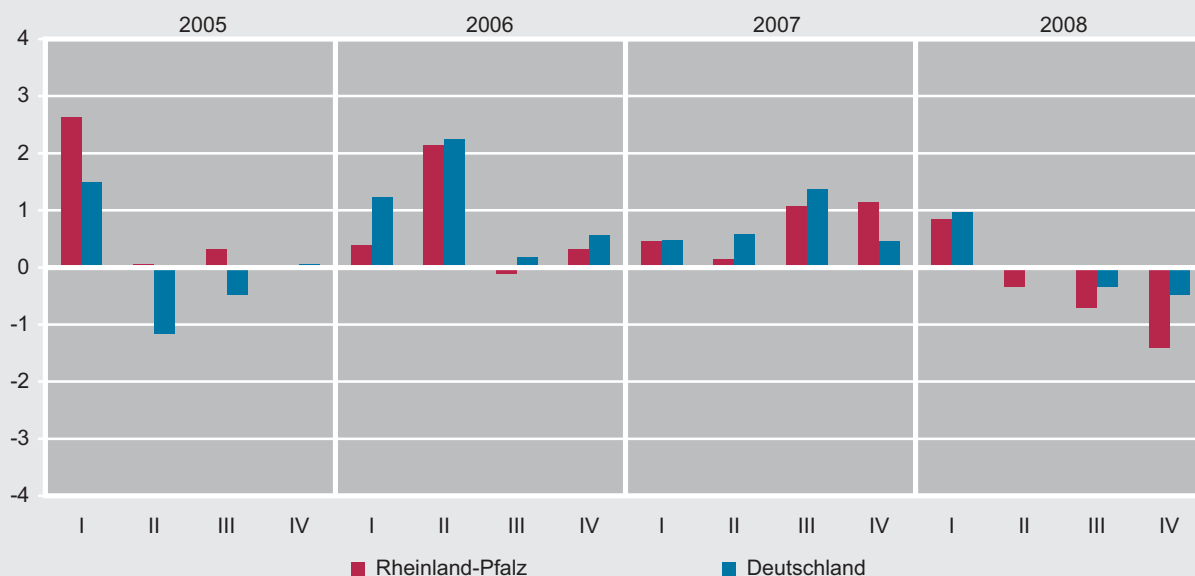
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000



1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

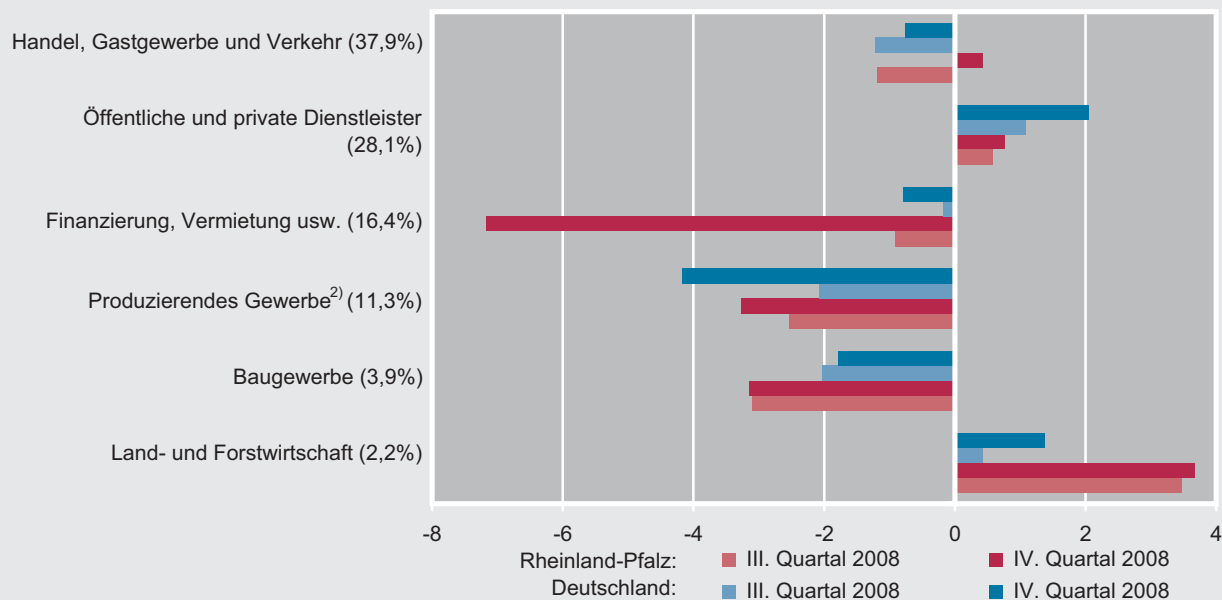
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2008. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 30. November 2009.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend

der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchen-

umsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neuerrichtung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunktur-entwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene

Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen

Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



20	129 151	130 903	127 162
752	134 121	128 083	127 162
6 058	126 824	133 450	128 432
134 628	134 545	157 264	113 522
157 811	157 827	111 776	110 138
113 466	113 035	80 756	77 082
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	92 396
78 320	78 146	94 429	125 873
95 409	125 677	103 801	69 111
	27 027		

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 046 ¹⁾	4 028 ¹⁾	4 040	4 039	4 038	4 020
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	308 ¹⁾	314	315	315	307
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 629	1 672	2 286	1 936	2 035	1 267
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 711	2 685	2 407	2 758	3 119	2 467
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,0	8,0	7,0	8,3	9,1	7,5
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 514	3 578	3 368	3 368	3 526	3 597
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,6	9,8	10,1	10,3	10,9
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	8	9	6	8	12
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,6	3,1	3,7	2,2	2,6	4,9
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 802	- 892	- 961	- 610	- 407	- 1 130
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,4	- 2,7	- 2,8	- 1,8	- 1,2	- 3,4

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 931	7 963	6 822	7 315	9 548	8 118
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 595	2 619	2 276	2 403	2 899	2 847
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 734	8 517	6 672	7 599	9 739	7 429
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 338	2 828	1 907	2 095	3 223	2 270
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	197	- 554	150	- 284	- 191	689
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 402	12 673	11 219	12 498	14 604	12 989

ERWERBSTÄTIGKEIT

Beschäftigte ^{8) 9)}

	Einheit	2005	2006	2007		2008			
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 149	1 158	1 179	1 206	1 194	1 196	1 203	1 228
* Frauen	1 000	519	521	527	540	539	539	540	553
* Ausländer/-innen	1 000	68	70	73	76	70	74	77	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	210	217	226	228	229	231	235	236
* darunter Frauen	1 000	183	187	195	197	198	200	202	203
davon nach Wirtschaftsbereichen ¹¹⁾									
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	9	10	11
* Produzierendes Gewerbe	1 000
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	408	411	419
* Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	262	263	269
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	182	185	188
							334	333	341
									344

1) Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung. – 11) Abgrenzung ab 2008 nach WZ 2008; frühere Ergebnisse sind nicht vergleichbar.

Arbeitsmarkt ¹⁾

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Arbeitslose	Anzahl	133 676	116 260	108 558	106 847	107 275	131 197	122 252	117 370	116 664
* Frauen	Anzahl	67 361	57 758	55 517	54 198	53 287	60 802	56 401	54 306	53 602
Männer	Anzahl	66 315	58 501	53 041	52 649	53 988	70 395	65 851	63 064	63 062
SGB III (Arbeitslosengeld I) ²⁾	Anzahl	52 478	43 862	38 929	38 894	40 176	54 975	48 337	45 540	44 826
SGB II (Arbeitslosengeld II) ³⁾	Anzahl	81 198	72 398	69 629	67 953	67 099	76 222	73 915	71 830	71 838
* Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	6,5	5,6	5,2	5,1	5,2	6,2	5,8	5,6	5,6
* Frauen	%	.	6,0	5,8	5,6	5,5	6,2	5,8	5,6	5,5
* Männer	%	.	5,3	4,8	4,7	4,8	6,3	5,8	5,6	5,6
* Jüngere von 15 bis unter 25 Jahren	%	.	5,6	5,6	5,0	5,0	8,2	6,6	5,4	5,3
Jüngere von 15 bis unter 20 Jahren	%	.	4,0	4,4	3,6	3,5	5,9	4,5	3,4	3,2
Ältere von 50 bis unter 65 Jahren	%	.	6,0	5,6	5,6	5,7	6,0	5,8	5,7	5,7
Ältere von 55 bis unter 65 Jahren	%	.	5,7	5,5	5,6	5,7	6,2	6,1	6,0	5,9
* Ausländer/-innen	%	.	12,6	11,9	11,7	11,8	13,5	13,0	12,5	12,6
Deutsche	%	.	5,1	4,8	4,7	4,7	5,7	5,3	5,1	5,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 527	4 624	2 836	5 132	7 512	42 277	41 722
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 191	23 508	25 296	25 105	22 262	19 141	19 168	18 705	17 779

**BAUTÄTIGKEIT
(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	469	467	545	464	403	430	606	333	488
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	448	443	514	430	384	412	579	310	456
3 und mehr Wohnungen ⁵⁾	Anzahl	21	23	31	34	19	18	27	23	32
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa- tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	-	2	16	1	2	-	-	1	1
Unternehmen	Anzahl	68	88	90	69	44	51	160	32	76
private Haushalte	Anzahl	400	376	439	394	357	379	446	300	411
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	673	642	816	786	532	553	769	476	959
* Umbauter Raum	1 000 m ³	468	437	554	489	384	410	533	338	516
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	82	105	90	69	75	101	64	95
Wohnräume	Anzahl	3 688	3 532	4 695	3 773	3 011	3 207	4 257	2 621	4 246
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	114	107	140	124	96	104	137	86	134

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	133	133	151	173	133	105	136	100	123
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	12	14	24	15	6	16	22	12	13
Unternehmen	Anzahl	115	116	124	156	117	87	110	87	107
private Haushalte	Anzahl	6	3	3	2	10	2	4	1	3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	14	22	33	12	38	10	22	5	6
* Umbauter Raum	1 000 m ³	980	1 243	900	1 830	721	392	610	588	661
* Nutzfläche	1 000 m ²	124	156	123	220	110	61	92	71	107
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	76	105	90	107	67	50	98	82	60

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- u. Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden										
Gebäuden)	Anzahl	783	752	977	932	666	633	893	514	1 065
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	4 336	4 197	5 456	4 537	3 595	3 784	5 011	3 054	4 826

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 3) Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 4) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 5) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 823	10 686	10 213	10 214	10 981	10 069	9 257	9 785	10 411
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 530	2 520	2 164	2 284	2 512	2 048	2 038	2 094	2 408
darunter										
* Kälber ²⁾	t	17	18	13	15	18	6	8	8	11
* Jungrinder	t	5	2	19	13
* Schweine	t	8 211	8 094	8 004	7 855	8 399	7 963	7 168	7 651	7 938
* Eierzeugung ³⁾	1 000	10 036	9 727	9 462	8 619	7 805	8 355	9 036	9 022	9 019

**PRODUZIERENDES
GEWERBE**
**Verarbeitendes Gewerbe
sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen
und Erden ⁴⁾**

* Betriebe	Anzahl	1 007	1 038	1 036	1 042	1 041	1 040	1 040	1 040	1 041
* Beschäftigte ⁵⁾	Anzahl	242 340	248 154	249 281	250 901	250 691	242 054	241 145	241 866	242 560
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	31 117	31 786	31 535	31 577	33 252	28 783	29 737	27 215	30 297
* Entgelte ⁶⁾	Mill. EUR	839	884	839	829	843	858	794	771	791
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 230	6 485	6 804	6 204	6 934	5 273	5 337	4 700	5 446
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	3 307	3 413	3 672	3 283	3 592	2 816	2 929	2 574	2 925
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 801	1 932	1 988	1 808	2 124	1 320	1 269	1 033	1 356
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	137	107	88	106	120	87	93	78	114
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	984	1 033	1 056	1 007	1 099	1 050	1 047	1 015	1 050
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	.	1 804	1 966	1 722	1 872	1 480	1 551	1 343	1 475
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	998	1 083	1 095	977	1 261	585	562	452	651
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 153	3 244	3 416	3 034	3 395	2 549	2 618	2 203	2 670
Exportquote ⁸⁾	%	50,6	50,0	50,2	48,9	49,0	48,3	49,0	46,9	49,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	.	108,9	117,3	94,8	104,8	79,0	81,7	72,3	80,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	.	109,0	119,0	97,8	105,1	82,0	86,0	74,3	80,3
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	.	105,4	111,9	86,4	98,3	68,6	67,8	62,5	75,0
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	91,3	110,7	93,0	81,3	92,2	88,9	74,0	100,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	.	128,7	133,2	116,8	138,5	106,9	118,5	106,8	111,9
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2005=100	.	108,8	123,0	98,6	103,7	71,3	75,1	66,6	70,8
Herst. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	.	93,2	98,1	68,3	79,2	51,7	52,5	52,6	65,5

**Energie- und Wasser-
versorgung**

* Betriebe ⁹⁾	Anzahl	103	111	111	110	110	116	115	115	115
* Beschäftigte ^{5) 9)}	Anzahl	9 860	9 943	9 906	10 001	10 004	10 011	9 963	10 083	10 134
* Geleistete Arbeitsstunden ⁹⁾	1 000 h	1 241	1 261	1 205	1 252	1 335	1 242	1 302	1 191	1 287
* Bruttoentgeltsumme ⁹⁾	Mill. EUR	34	35	32	32	32	34	33	33	33
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	776	759	742	681	644	326	397	418	567
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	760	743	725	666	626	313	383	405	547

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 werden die Angaben nach einer revidierten Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) abgegrenzt. Um einen korrekten Vorjahresvergleich zu ermöglichen, wurden die Ergebnisse des Jahres 2008 auf diese neue Klassifikation umgeschlüsselt. – 5) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 10) Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW.

Baugewerbe ¹⁾**Bauhauptgewerbe ²⁾**

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	Anzahl	36 559	36 466	36 622	37 250	36 981	36 885	36 577	36 790
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 702	3 647	3 804	3 893	4 260	3 969	4 042	3 694
davon									
* Wohnungsbau	1 000 h	1 523	1 419	1 440	1 460	1 611	1 520	1 479	1 278
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	862	929	958	1 009	1 071	948	958	928
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 317	1 298	1 406	1 424	1 578	1 501	1 605	1 488
darunter Straßenbau	1 000 h	652	664	730	784	840	761	817	772
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	82	84	90	84	87	86	88	85
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	363	377	385	410	398	419	359
davon									
* Wohnungsbau	Mill. EUR	112	113	113	111	127	113	110	106
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	91	105	110	115	118	114	116	100
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	142	145	155	159	165	171	192	153
darunter Straßenbau	Mill. EUR	65	66	75	78	82	81	95	81

Ausbaugewerbe**(Bauinstallation und sonstiger Ausbau) ⁵⁾**

	Einheit	2007	2008				2009		
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	297	312	313	310	311	313	356	357
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) ⁶⁾	Anzahl	11 384	11 985	11 876	11 907	12 029	12 127	13 153	13 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 674	3 819	3 686	3 814	3 856	3 921	3 996	4 129
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	78	83	79	81	81	90	86	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	276	311	230	302	302	409	249	306

HANDEL ⁷⁾**Großhandel ⁸⁾**

	Einheit	2007	2008			2009			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Beschäftigte	2005=100	120,8	123,6	122,4	123,7	124,2	120,9	120,4	120,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	115,1	111,2	113,9	116,8	119,9	119,7	121,3
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	114,5	119,9	125,2	120,1	133,6	109,1	111,2	104,4
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	107,9	108,7	110,1	106,4	119,2	103,1	105,4	98,7

Einzelhandel ¹⁰⁾

* Beschäftigte	2005=100	113,3	106,0	104,9	106,5	106,9	106,1	106,3	106,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	112,8	108,3	107,9	108,5	108,9	108,5	109,3	108,6
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	115,2	111,2	111,1	110,0	112,0	106,4	113,0	107,2
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	113,5	107,7	107,2	106,1	108,1	102,7	110,3	104,1

Kfz-Handel ¹¹⁾

* Beschäftigte	2005=100	112,6	102,9	103,8	104,5	103,9	103,3	103,2	102,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	126,5	115,1	117,8	116,6	114,4	122,8	120,9	120,7
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	99,5	94,1	96,4	88,3	94,8	99,0	101,0	87,7
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	95,3	90,6	92,5	84,9	91,0	94,7	96,4	83,7

GASTGEWERBE ^P

* Beschäftigte	2005=100	109,4	105,1	108,0	110,8	110,8	112,0	112,3	112,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	116,2	111,5	113,5	116,9	117,4	121,9	123,4	123,4
* Umsatz nominal ⁹⁾	2005=100	107,7	102,8	114,2	120,4	117,5	108,0	115,2	117,8
* Umsatz real ⁹⁾	2005=100	104,0	96,6	106,9	112,7	109,6	99,7	105,5	107,9

1) Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2) Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 6) Am Ende des Berichtszeitraums. – 7) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtszeitraum wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 8) Einschließlich Handelsvermittlung. – 9) Ohne Umsatzsteuer. – 10) Einschließlich Tankstellen. – 11) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS¹⁾

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gästeankünfte	1 000	615	621	774	871	846	758	803	849	854
* darunter von Auslandsgästen	1 000	143	148	248	242	178	177	251	243	188
* Gästeübernachtungen	1 000	1 662	1 686	2 433	2 506	2 239	1 987	2 399	2 513	2 270
* darunter von Auslandsgästen	1 000	402	427	854	822	498	499	842	851	546

VERKEHR
Straßenverkehrsunfälle

Straßenverkehrsunfälle	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 082	2 017	2 213	2 105	2 286	2 201	2 171	2 088	2 179
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 384	1 331	1 592	1 467	1 659	1 573	1 496	1 476	1 616
* Getötete Personen darunter	Anzahl	18	19	15	27	22	30	18	22	15
Pkw-Insassen	Anzahl	10	10	9	12	10	17	9	8	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	3	4	10	6	7	4	8	3
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	1	2	3	3	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	3	-	4	3	2	2	2	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 795	1 738	2 049	1 894	2 123	2 070	1 989	1 899	2 057
dar. schwer verletzte Personen darunter	Anzahl	338	329	428	419	455	476	394	388	424
Pkw-Insassen	Anzahl	159	147	175	166	166	168	156	159	125
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	83	82	124	116	155	163	130	106	162
Radfahrer	Anzahl	47	47	84	85	87	84	61	79	94
Fußgänger	Anzahl	34	35	26	30	30	42	33	33	22

Kraftfahrzeuge³⁾

Kraftfahrzeuge ³⁾	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 830	12 408	12 965	11 859	12 195	18 851	23 512	13 364	16 849
darunter										
Krafträder	Anzahl	825	835	1 170	905	644	894	1 118	708	626
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	10 673	10 243	10 506	9 482	10 238	17 008	21 031	11 838	15 072
* Lastkraftwagen	Anzahl	954	929	906	1 058	861	645	880	598	870
Zugmaschinen	Anzahl	302	314	302	312	341	260	417	166	208

Personenbeförderung

Personenbeförderung	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	62 850	62 125	65 513	63 191	56 089	63 707	65 502	63 399	54 542
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	583	577	585	579	508	636	586	581	499

Binnenschifffahrt

Binnenschifffahrt	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Gütereingang	1 000 t	1142	1158	1194	1325	1308	1007	998	1006	911
* Güterversand	1 000 t	959	945	981	1024	953	890	931	935	878

AUSSENHANDEL⁶⁾
Ausfuhr (Spezialhandel)⁷⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	3 391	3 753	4 668	4 176	4 075	2 674	2 764	2 934	2 575
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	219	256	265	277	273	249	297	273	257
* Güter der gewerbbl. Wirtschaft	Mill. EUR	3 012	3 328	4 212	3 712	3 638	2 319	2 349	2 543	2 216
* Rohstoffe	Mill. EUR	20	20	23	22	17	15	22	16	11
* Halbwaren	Mill. EUR	130	149	174	168	175	116	111	119	115
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 862	3 159	4 016	3 522	3 446	2 188	2 216	2 409	2 090
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	894	1 009	1 612	1 105	1 420	640	675	744	647
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 968	2 150	2 404	2 417	2 026	1 548	1 541	1 665	1 442

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel (bis einschließlich Dezember 2007 nur unter Alkoholeinwirkung). – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾**Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾**

davon nach

* Europa	Mill. EUR	2 527	2 678	3 057	2 983	2 601	1 963	2 085	2 075	1 881
darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	2 210	2 338	2 644	2 591	2 275	1 743	1 839	1 813	1 664
Belgien	Mill. EUR	183	190	212	203	207	143	149	133	138
Luxemburg	Mill. EUR	48	49	53	46	47	45	47	52	42
Dänemark	Mill. EUR	49	50	48	61	47	32	32	36	28
Finnland	Mill. EUR	28	31	36	30	31	21	20	19	26
Frankreich	Mill. EUR	372	413	480	463	383	296	331	317	275
Griechenland	Mill. EUR	41	44	41	62	43	33	32	32	37
Großbritannien	Mill. EUR	245	237	249	269	273	174	190	198	188
Irland	Mill. EUR	15	13	13	15	11	9	9	7	8
Italien	Mill. EUR	268	265	303	313	212	200	232	248	166
Niederlande	Mill. EUR	198	228	248	236	234	191	203	170	183
Österreich	Mill. EUR	145	153	160	173	146	140	130	137	124
Schweden	Mill. EUR	67	66	78	55	70	40	45	33	42
Spanien	Mill. EUR	210	215	259	250	173	154	156	152	132
Portugal	Mill. EUR	22	27	35	32	24	20	18	17	20
* Afrika	Mill. EUR	74	83	91	101	86	69	56	84	55
* Amerika	Mill. EUR	396	542	1 091	600	967	299	276	352	280
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	295	418	946	436	827	207	185	239	190
* Asien	Mill. EUR	364	418	393	455	390	314	322	402	340
darunter nach Japan	Mill. EUR	56	53	61	46	54	35	42	61	54
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	30	33	35	38	31	30	23	21	19

Einfuhr (Generalhandel) ²⁾

* Insgesamt	Mill. EUR	2 158	2 236	2 179	2 536	2 138	1 609	1 776	1 986	1 675
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	188	196	194	220	191	200	228	186	182
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 786	1 860	1 803	2 111	1 766	1 258	1 373	1 633	1 340
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	93	105	32	128	34	35	18	117	65
* Halbwaren	Mill. EUR	237	278	267	365	289	165	188	228	193
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 456	1 477	1 505	1 618	1 442	1 058	1 166	1 288	1 081
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	416	401	432	467	381	300	335	350	281
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 040	1 076	1 073	1 151	1 061	758	832	938	801
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 652	1 703	1 666	1 947	1 627	1 198	1 341	1 483	1 252
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 428	1 459	1 469	1 657	1 490	1 060	1 167	1 218	1 077
Belgien	Mill. EUR	256	254	280	318	280	171	185	196	189
Luxemburg	Mill. EUR	44	38	41	45	39	38	29	37	34
Dänemark	Mill. EUR	43	27	13	14	14	24	17	20	21
Finnland	Mill. EUR	12	11	14	16	9	12	11	9	13
Frankreich	Mill. EUR	246	256	258	280	232	165	204	183	159
Griechenland	Mill. EUR	6	7	9	6	9	6	7	7	5
Großbritannien	Mill. EUR	70	74	79	95	91	57	60	65	63
Irland	Mill. EUR	11	7	6	7	11	6	7	9	9
Italien	Mill. EUR	135	129	140	144	114	108	124	120	97
Niederlande	Mill. EUR	238	273	210	352	313	169	181	197	154
Österreich	Mill. EUR	66	71	67	67	71	58	61	63	57
Schweden	Mill. EUR	43	46	52	41	52	23	32	25	22
Spanien	Mill. EUR	81	75	77	73	63	55	65	81	60
Portugal	Mill. EUR	11	14	18	15	15	11	12	15	15
* Afrika	Mill. EUR	32	34	28	45	29	23	41	31	29
* Amerika	Mill. EUR	209	210	214	228	181	177	171	222	153
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	146	145	143	160	140	107	107	167	107
* Asien	Mill. EUR	260	283	267	313	296	207	218	247	238
darunter aus Japan	Mill. EUR	26	30	28	33	28	19	15	24	19
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	5	4	4	5	5	4	3	3

GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾

		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 462	3 392	3 406	3 148	3 652	3 386	3 742	3 325	3 739
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 920	3 094	2 998	2 629	3 038	2 767	2 897	2 459	2 840

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. –

4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN

INSOLVENZEN	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Insgesamt	Anzahl	615	592	598	550	669	715	738	568	686
davon										
* Unternehmen	Anzahl	115	107	116	92	124	135	133	120	118
* Verbraucher	Anzahl	371	355	361	331	395	436	456	320	379
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	114	115	105	118	132	121	133	109	155
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	15	16	16	9	18	23	16	19	34
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	99	98	93	57	95	106	100	85	353

HANDWERK ²⁾

HANDWERK²⁾

Einheit	2007	2008					2009			
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾	94,2	97,1	96,7	96,4	98,5	96,8	95,7	95,4	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾	102,3	103,5	87,5	105,5	107,8	113,0	85,8	102,9	...

PREISE

PREISE	Einheit	2007	2008			2009				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	103,5	106,1	106,7	106,3	105,8	106,6	106,1	106,2	106,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	101,6	103,0	103,2	103,4	103,4	103,7	103,9	103,9	103,9

VERDIENSTE ⁶⁾

VERDIENSTE ⁶⁾

Einheit	2007	2008				2009				
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
* Bruttonomatsverdienste ⁷⁾ der vollzeit- beschäftigten Arbeitnehmer ⁸⁾ im produzierenden Gewerbe und Dienst- leistungsbereich	EUR	3 294	3 391	3 058	3 094	3 096	3 123	3 102	3 142	...
* männlich	EUR	3 480	3 582	3 214	3 256	3 257	3 285	3 251	3 297	...
* weiblich	EUR	2 803	2 890	2 648	2 668	2 673	2 703	2 715	2 744	...
* produzierendes Gewerbe	EUR	3 497	3 615	3 164	3 224	3 222	3 240	3 139	3 178	...
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 183	3 241	2 958	3 011	3 044	3 046	3 057	3 070	...
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 572	3 697	3 224	3 279	3 269	3 284	3 199	3 202	...
* Energieversorgung	EUR	4 897	4 951	4 167	4 227	4 192	4 285	4 278	4 346	...
* Wasserversorgung ⁹⁾	EUR	2 798	2 870	2 620	2 756	2 701	2 696	2 673	2 702	...
* Baugewerbe	EUR	2 888	3 002	2 681	2 786	2 848	2 885	2 620	2 886	...
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 145	3 226	2 981	2 999	3 003	3 037	3 074	3 116	...
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 133	3 204	2 903	2 918	2 918	2 934	2 941	3 001	...
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 664	2 739	2 525	2 533	2 530	2 579	2 541	2 581	...
* Gastgewerbe	EUR	1 980	1 984	1 944	1 909	1 901	1 924	1 928	1 938	...
* Information und Kommunikation	EUR	4 199	4 192	3 799	3 829	3 804	3 821	3 802	(3 901)	...
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 234	4 356	3 659	3 724	3 708	3 742	3 807	3 804	...
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 382	3 347	3 085	3 020	2 962	3 003	(2 996)	(2 980)	...
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und tech- nischen Dienstleistungen	EUR	3 612	3 714	3 345	3 395	3 379	3 404	3 439	3 432	...
* Erbringung von sonstigen wirt- schaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 879	1 922	1 818	1 870	1 850	1 871	1 879	1 891	...
* öffentliche Verwaltung, Verteidi- gung; Sozialversicherung	EUR	3 044	3 117	2 930	2 943	2 995	3 011	3 053	3 103	...
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 748	3 803	3 699	3 708	3 728	3 727	3 735	3 854	...
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 260	3 334	3 051	3 100	3 100	3 157	3 195	3 217	...
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 151	3 217	3 000	3 030	3 009	3 140	(3 166)	(3 185)	...
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 623	2 700	2 502	2 521	2 522	2 612	2 589	2 622	...

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 7) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 8) Einschließlich Beamte. – 9) Einschließlich Abwasser und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT¹⁾

	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	119 209	116 529	120 076	120 250	113 898	111 890	111 171	111 639	112 534
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 896	13 120	13 710	13 324	12 544	12 903	12 152	11 682	11 421
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 417	11 062	11 348	11 639	10 954	10 305	10 497	11 275	11 892
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	95 897	92 347	95 018	95 287	90 400	88 682	88 522	88 682	89 221
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	111 411	107 081	110 247	110 068	104 599	103 408	102 704	102 925	103 339
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	98 448	97 036	98 193	98 580	96 410	94 962	94 732	95 167	95 489
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 963	10 044	12 054	11 488	8 189	8 446	7 972	7 758	7 850
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	7 799	9 448	9 829	10 182	9 299	8 482	8 467	8 714	9 195
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	100 212	101 309	103 616	102 920	98 243	100 456	101 671	102 226	104 036
Sichteinlagen	Mill. EUR	29 349	29 449	29 936	29 385	29 108	29 365	31 352	33 464	35 897
Termineinlagen	Mill. EUR	35 704	38 076	39 228	39 516	35 806	37 754	36 452	34 778	33 558
Sparbriefe	Mill. EUR	7 374	8 972	8 531	8 839	9 253	9 263	9 252	8 197	7 582
Spareinlagen	Mill. EUR	27 787	24 813	25 921	25 180	24 076	24 074	24 615	25 787	26 999
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	96 908	98 361	99 741	100 077	95 507	98 117	99 456	100 204	101 786
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	94 374	95 971	97 369	97 519	93 190	95 805	97 311	97 988	99 590
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 535	2 390	2 372	2 558	2 317	2 312	2 145	2 216	2 196
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 304	2 948	3 875	2 843	2 736	2 339	2 215	2 022	2 250

STEUERN

STEUERN	Einheit	2007	2008				2009			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 807	3 007	3 202	3 162	2 736	2 317	2 727	2 724	2 432
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	888	982	1 065	1 128	556	554	921	979	489
Lohnsteuer	Mill. EUR	637	674	930	474	472	553	898	469	482
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	128	141	435	-	-	-	408	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	91	128	2	465	- 11	- 59	- 14	403	- 24
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	50	63	18	16	41	33	19	20	13
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ²⁾	Mill. EUR	38	47	79	17	22	25	74	17	22
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge ³⁾	Mill. EUR	15	18	51	0	-	8	50	0	0
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	71	70	36	156	31	2	- 55	70	- 3
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	1	- 0	20	-	-	-	- 47	-	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 920	2 025	2 137	2 034	2 180	1 764	1 806	1 745	1 943
Umsatzsteuer	Mill. EUR	430	427	457	459	442	453	467	462	477
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 489	1 598	1 680	1 575	1 738	1 311	1 339	1 283	1 465
Zölle	Mill. EUR	156	161	171	167	184	142	151	149	152
Bundessteuern ⁴⁾	Mill. EUR	78	78	66	44	70	104	97	125	96
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	23	28	- 26	32	31	26	29	29
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	39	44	27	63	26	27	25	53	24

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Bis 2008 Zinsabschlag. – 3) Bis 2008 Zinsabschlag-Zerlegung. – 4) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu.

noch STEUERN

Landessteuern

Vermögensteuer	Mill. EUR	97	94	85	85	80	48	52	49	45
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	0	0	0	- 0	- 0	0	0	0	0
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	18	16	14	12	16	20	13	9
Kraftfahrzeugsteuer ¹⁾	Mill. EUR	19	19	20	17	17	17	18	17	21
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	41	40	33	35	35	-	-	-	-
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	14	13	13	12	14	11	11	12	12
Biersteuer	Mill. EUR	1	1	0	4	0	0	0	4	0
	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.

Einheit	2007	2008				2009		
	Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal

Gemeindesteuern

Grundsteuer A	Mill. EUR	516	523	530	537	520	505	460	478	392
Grundsteuer B	Mill. EUR	4	5	4	4	6	4	5	5	5
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	104	106	95	111	120	96	89	118	120
sonstige Gemeindesteuern ²⁾	Mill. EUR	399	404	423	410	385	399	358	347	256
	Mill. EUR	9	9	8	11	9	7	9	7	11

Steuerverteilung

Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.

Gewerbesteuer (netto) ³⁾	Mill. EUR	753	826	669	780	831	1 024	502	730	655
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	320	326	381	339	319	264	351	290	184
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	281	344	163	283	338	592	45	280	295
	Mill. EUR	34	37	17	31	39	62	4	29	40

Einheit	2007	2008			2009			
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.

Steuereinnahmen

des Landes

Landessteuern	Mill. EUR	733	765	788	713	605	531	659	622	511
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	97	94	85	85	80	48	52	49	45
Lohnsteuer	Mill. EUR	331	372	398	439	190	176	320	369	153
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	219	235	341	153	152	183	318	148	153
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	39	54	1	198	- 5	- 25	- 6	171	- 10
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ⁴⁾	Mill. EUR	21	27	4	4	18	7	3	7	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	17	21	35	7	10	11	32	7	10
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	35	35	18	78	16	1	- 28	35	- 2
Umsatzsteuer	Mill. EUR	286	280	301	189	281	261	283	204	279
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	211	199	219	91	212	210	216	136	221
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	75	81	82	98	69	52	67	68	58
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	6	5	1	-	12	11	1	-	8
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	2	2	0	-	6	4	0	-	3
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	10	11	2	-	29	25	2	-	18
	Mill. EUR	2	2	0	-	6	5	1	-	4

Steuereinnahmen

des Bundes

Bundessteuern	Mill. EUR	1 485	1 578	1 641	1 702	1 466	1 264	1 420	1 447	1 318
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	78	78	66	44	70	104	97	125	96
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	386	427	457	492	241	238	389	423	208
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	1 016	1 068	1 117	1 166	1 142	911	932	900	1 005
	Mill. EUR	6	5	1	-	12	11	1	-	8

1) Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. – 2) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Bis 2008 Zinsabschlag.

November

STATISTISCHE BERICHTE

Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Berufsbildung 2008
Bestellnr.: B2053 200800

Studienseminare 2009 – Lehrer-
ausbildung für allgemeinbildende
und berufsbildende Schulen
(Stand: 1. Oktober 2009)
Bestellnr.: B3023 200922

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte
von Feldfrüchten und Grünland
Anfang Oktober 2009
Bestellnr.: C2013 200903

Wachstumstand der Reben
im September 2009
Bestellnr.: C2063 200903

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im Mai 2009
Bestellnr.: C3073 200921

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen September 2009
Bestellnr.: D1023 200909

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von Steinen
und Erden im September 2009
Bestellnr.: E1023 200909

Index des Auftragseingangs
für das verarbeitende Gewerbe
im September 2009
Bestellnr.: E1033 200909

Elektrizitäts- und Wärmezeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im August 2009
Bestellnr.: E4023 200908

Energiebilanz und CO₂-Bilanz 2006
Bestellnr.: E4123 200600

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk
im 2. Vierteljahr 2009
Bestellnr.: E5023 200942

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2009
Bestellnr.: F2033 200910

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und
im Gastgewerbe im September 2009
Bestellnr.: G1023 200909

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im September 2009
Bestellnr.: G4023 200909

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-
Pfalz und Deutschland im Oktober 2009
Bestellnr.: M1013 200910

Umwelt

Klimawirksame Stoffe 2008
Bestellnr.: Q4013 200800

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Statistische Monatshefte Rheinland-
Pfalz – Ausgabe November 2009
Bestellnr.: Z2201 200911

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand (kostenfrei): Brutto-
inlandsprodukt, Bruttowertschöpfung
in den kreisfreien Städten und Land-
kreisen Deutschlands 1992 und 1994
bis 2007 – Reihe 2 Kreisergebnisse,
Band 1
Bestellnr.: P1315E 200700

Umweltökonomische Gesamt-
rechnungen der Länder – Private Haus-
halte – Ökonomie – Ökologie
(Grafikteil) Ausgabe 2009
Bestellnr.: P5085E 200900

Umweltökonomische Gesamt-
rechnungen der Länder – Private Haus-
halte – Ökonomie – Ökologie – (Analy-
sen und Ergebnisse) Ausgabe 2009
Bestellnr.: P5075E 200900

Umweltökonomische Gesamt-
rechnungen der Länder – Private
Haushalte – Ökonomie – Ökologie –
Tabellenteil (Ausgabe 2009)
Bestellnr.: P5095E 200900

E-Mail-Versand (kostenfrei): Brutto-
anlageinvestitionen in den Ländern
und Ost-West-Großraumregionen
Deutschlands 1991 bis 2007 –
Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3
(Berechnungsstand: August 2009)
Bestellnr.: P1235E 200700

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen Statistischen Berichte zum kostenfreien Download zur Verfügung. Zudem sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: Thomas Kirschey und Manfred Riege

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:
Printausgabe: 60,00 EUR

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistik.rlp.de/verlag/monatshefte/index.html>

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.